jüdisches Forum
für Demokratie und gegen Antisemitismus

Tätigkeitsbericht:

Auswahl an Veranstaltungen und Veröffentlichungen des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)

2014

Inhaltsverzeichnis

VORWORT VON LALA SÜSSKIND, VORSITZENDE DES JFDA E.V. 4

1. AUFGABEN DES JFDA 6

2. VERANSTALTUNGEN UND KOOPERATIONEN IM RAHMEN DER ANTISEMITISMUSBEKÄMPFUNG UND FÖRDERUNG DES DEMOKRATISCHEN STAATSWESENS 7

Ausstellungseröffnung zum Projekt "Bekennt Euch!" in Berlin am 27. Mai 2014 8
Bericht: "Bekennt Euch!" – Ausstellungseröffnung in Berlin 10
Ausstellungseröffnung zum Projekt "Bekennt Euch!" in Potsdam am 6. Juni 2014 12
Gegen den islamistischen Quds-Tag. Solidarität mit Israel am 25.07.2014 14
Aufruf zur Kundgebung "STEH AUF! Nie wieder Judenhass!" 16
Aufruf zur Mahnwache am 05. September 2014 um 14 Uhr vor dem Brandenburger Tor 17
Wir wollen leben, nicht Leben nehmen – Mahnwache für Menschenrechte und gegen religiösen Fanatismus 18

3. PRESSEMITTEILUNGEN 19

14. April 2014 PM: 24h Jerusalem: Zusammenarbeit und doch aneinander vorbei? 20
17. Juli 2014 PM: Hass auf Juden und Israel: Eine Bestandsaufnahme 22
18. Juli 2014 PM: Pluralistische Demokratie? Wer für Israel auf die Straße geht, muss um sein Leben fürchten 27
23. Juli 2014 PM: Demokratie auf dem Prüfstand – Ist Hetze gegen Juden in der Bundesrepublik Deutschland noch strafbar? 29
29. Juli PM: Brandanschlag auf Synagoge und Morddrohungen gegen Frankfurter Juden 30
24. September 2014 PM: Hakenkreuz in Motorhaube jüdischer Familie geritzt 31

4. ARTIKEL 33

Israeltag an der TU Berlin und BDS 34
Terroranschag in Brüssel – Vorbote eines Tsumani djihadistisch–antisemitischer Gewalt 37
Dynamik des antisemitischen Ressentiments 45
Antisemitische Ausbrüche zum Tod von Robin Williams 47
Die Mär von der Schuld am Antisemitismus 48
Erziehung zum Hass 50
Antisemitismus in Deutschland – Sommer 2014: Eine Reflexion 54
Was stehen bleibt – Kundgebung gegen Antisemitismus und Störungen 59
Berndt Georg Thamm: 35 Jahre Al-Quds-Tag 69
Den Worten folgen Taten 75
Der 9. November als Schicksalstag aus jüdischer Perspektive 77
OSCE-Commemorative Event 2014: Erinnerungsveranstaltung und Empfehlungen zivilgesellschaftlicher Akteure zur Bekämpfung von Antisemitismus 80
Graumann: Offener Judenhass kein Tabu mehr 83
Vergangenheit bewältigt? 84

5. SONSTIGES 86

Gedenkrede Prof. Dr. Margot Käßmanns zum Geburtstag von Elisabeth Schmitz 87
Nach 50 Jahren erscheint zum ersten Mal wieder eine jüdische Kinderbibel in Deutschland 96
Zur Entführung von Eyal Yifrach, Gilad Sha'er und Naftali Frenkel 97
Zur Ermordung der drei israelischen Jugendlichen 98
Kel Male Rachamim zum Gedenken an die ermordeten israelischen Jugendlichen 99
Chronik 2014 von antisemitischen, rechtsextremen und homophoben Vorfällen 101

Vorwort von Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA e.V.

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus legt 2014 nun schon zum siebten Mal einen umfassenden Tätigkeitsbericht vor. Seit der Gründung 2008 ist die Arbeit des Forums kontinuierlich gewachsen und das JFDA hat sich deutschlandweit als Anlaufstelle für Menschen, die von antisemitischen Vorfällen betroffen sind, etabliert. Bei den Veranstaltungen des JFDA in den Räumen der Berliner Universitäten sollen insbesondere junge Menschen für das Thema sensibilisiert und angeregt werden, sich für Demokratie und gegen Antisemitismus zu engagieren. Seit dem 10. Oktober 2012 ist das Forum nun auch in der neuen Form als Verein erfolgreich tätig; das Finanzamt hat dem JFDA e.V. am 04.04.2013 die Gemeinnützigkeit erteilt.

Der Sommer 2014 ist uns allen noch mit den schrecklichen antisemitischen Ausschreitungen in Erinnerung. Das JFDA organisierte die Kundgebung „Stand with Israel“ am Joachimstaler-Platz am 17. Juli, dem Bundesweiten Aktionstag zur Israelsolidarität, mit. Vor allem die Inhalte der Gegendemonstration gaben den Anstoß zur Diskussion in der Öffentlichkeit. Das Jüdische Forum veröffentlichte zahlreiche Pressemitteilungen und Artikel dazu und prägte so die öffentliche Debatte. In diesem Zusammenhang rief das JFDA auch zur Kundgebung „Steh auf! Nie wieder Judenhass“ am 14. September auf, die vom Zentralrat der Juden in Deutschland organisiert wurde.

Am 27. Mai 2014 organisierte das Jüdische Forum in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche in Berlin die Ausstellungseröffnung mit Podiumsdiskussion zum Abschluss des Schulprojekts *„Bekennt euch!“*, das sich mit religiöser Selbstbehauptung während der NS-Zeit beschäftigte. An der Podiumsdiskussion nahmen Ulrike Trautwein, Superintendentin Ekbo, Prof. Dr. Christoph Markschies, Prof. Dr. Andreas Nachama sowie Pfarrerin Marion Gardei, die das Gespräch moderierte, teil.

Am 6. Juni 2014 fand die zweite Ausstellungseröffnung des vom JFDA im Schuljahr 13/14 durchgeführten Modellprojekts in der Französisch-Reformierten Kirche in Potsdam statt. Neben Martin Vogel und Dr. Joachim Zehner diskutierten die Zeitzeugen Dr. Brigitte Grell, Anne-Marie Gülzow und Ulrich Heilmann. Eine weitere Ausstellungseröffnung wurde in Leipzig von der Deutschen Gesellschaft e.V., mit der das Projekt durchgeführt wurde, organisiert. Das Modellprojekt wurde von der Beauftragten für Kultur und Medien gefördert.

Am 25. Juli 2014 war das JFDA auf der Protestkundgebung *gegen den „Al Quds-Tag*“ vertreten.

Am 5. September fand die erste Mahnwache mit Seyran Ates, Ulrike Trautwein und Gülsen Cakal vor dem Brandenburger Tor statt. Diese Mahnwache wendete sich gegen religiösen Fanatismus und soll regelmäßig abgehalten werden.

Darüber hinaus war der Verein mit Beratungen und Hilfeleistungen und dem weiteren Aufbau der Internetseite sowie der Unterhaltung des Facebook-Auftritts befasst. Die Homepage wird fast täglich aktualisiert, ein großer Teil der Meldungen wird zeitnah auf Facebook einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben. Dabei handelt es sich um eine umfangreiche und aufwändige Recherchetätigkeit, die Vorfälle und Meldungen aus der gesamten Bundesrepublik dokumentiert.

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus ist Mitbegründer von „*Treffpunkt Religion und Gesellschaft*“ und beteiligt sich hier regelmäßig am interreligiösen Dialog; darüber hinaus ist das Forum aktiv im „*Bündnis gegen Homophobie*“ sowie im „*Projekt Petri-Platz*“, dessen Ziel es ist ein gemeinsames Bethaus für jüdische, christliche und islamische Gottesdienste zu schaffen.

Seit seiner Gründung hat der Verein eine Reihe neuer Mitglieder und Förderer gewinnen können. Das Interesse an den Veranstaltungen ist groß und auch die Anzahl der Personen, die auf das virtuelle Angebot zugreifen wächst stetig. Wir freuen uns, wenn unser Tätigkeitsbericht auf Interesse stößt und sind für weitere Anregungen und Unterstützung dankbar.

1. Aufgaben des JFDA

Am 30. April 2008 wurde das von Lala Süsskind und Levi Salomon initiierte Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) mit der Unterstützung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gegründet. Seit 2012 ist das Forum nun als Verein tätig. Zweck des JFDA sind die Stärkung des demokratischen Staatswesens, durch politische Bildung, Förderung von Kunst und Kultur, Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, sowie die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten und des Völkerverständigungsgedankens. Hierzu gehört der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus, sowie die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Austauschs. Wir unterstützen dazu demokratische Institutionen und die Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Akteure zum Schutz der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Antisemitismus wird als Hass gegen Juden verstanden, der sich sowohl verbal, als auch durch Gewalt manifestieren kann. Antisemitismus kann sich auch als Antizionismus ausdrücken. Hierbei wird an Stelle der „Juden“ die zionistische Bewegung – nämlich das Recht der Juden auf einen Staat – angegriffen und/ oder in Frage gestellt. Ebenso wird berechtigte Kritik an diesem demokratischen Staat genutzt, um durch überzogene und einseitige Stellungnahme den Staat Israel zu diffamieren und zu delegitimieren (in Anlehnung an die Working Definition of Antisemitism der OSZE).

Das JFDA verfolgt seine Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, wie beispielsweise die Organisation von Vortragsreihen und Konferenzen, die Herausgabe von Resolutionen und Publikationen, sowie das Erstellen von Dokumentationen. Außerdem führt es ein unabhängiges Monitoring durch und erfasst und bewertet antisemitische Vorfälle und Tendenzen, sowie andere gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte gerichtete Vorkommnisse. Damit sollen die Öffentlichkeit sowie staatliche Institutionen auf Probleme aufmerksam gemacht und für Gegenmaßnahmen gewonnen werden.

2. Veranstaltungen und Kooperationen im Rahmen der Antisemitismusbekämpfung und Förderung des Demokratischen Staatswesens

Ausstellungseröffnung zum Projekt “Bekennt Euch!” in Berlin am 27. Mai 2014

Im Schuljahr 2013/14 führten das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) und die Deutsche Gesellschaft e.V. (DG) an Berliner Schulen das Projekt **„Bekennt Euch! Religiöse Selbstbehauptung während des Nationalsozialismus“** durch. Die gleichnamige Ausstellung bildet den Abschluss des Projektes. Anlässlich des 80. Jubiläums der Barmer Bekenntnissynode wird sie im Mai und Juni 2014 in Berlin, Potsdam und Leipzig gezeigt.
Eröffnet wird die Ausstellung in Berlin am **27. Mai 2014** um **19 Uhr** in der **Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche.**
Die Veranstaltungseinladung, Flyer und Informationen zum Projekt finden Sie unter www.jfda.de/bekennteuch

Programm

Grußworte

- Pfarrer Martin Germer (Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirchengemeinde)
- Lala Süsskind (Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.)
- Uwe Lehmann-Brauns, MdA (Sprecher des Kuratoriums der Deutschen Gesellschaft e. V.)

Podium

- Generalsuperintendentin Ulrike Trautwein (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz)
- Rabbiner Prof. Dr. Andreas Nachama (Geschäftsführender Direktor Stiftung Topographie des Terrors)
- Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph Markschies (Vizepräsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften)

Moderation

- Pfarrerin Marion Gardei, Evangelische Kirchengemeinde Berlin Dahlem

Veranstalter

- Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirchengemeinde Berlin
- Deutsche Gesellschaft e.V.
- Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.

Anmeldung und Informationen

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.
Joest Schmidt schmidt@jfda.de
Levi Salomon salomon@jfda.de
Telefon 030 30 87 54 24
Mobil 0170 6327421

Deutsche Gesellschaft e.V.
Juliane Rades juliane.rades@deutsche-gesellschaft-ev.de
Telefon 030 88 412 253

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bericht: “Bekennt Euch!” – Ausstellungseröffnung in Berlin

Ausstellungseröffnung und Podiumsdiskussion

Mit der Barmer Bekenntnissynode vom 29. bis 31. Mai 1934 gründete sich die Bekennende Kirche (BK), die zur wichtigsten Instanz des christlichen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus wurde. 80 Jahre später, am 27. Mai 2014, eröffnete an einem der zentralen Orte der BK, der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche Berlin, die Wanderausstellung zum Projekt *„Bekennt Euch!“ Religiöse Selbstbehauptung während des Nationalsozialismus*. Die Ausstellungstafeln zeigen Fotografien und Collagen aus fünf Schulklassen, die sich mit der Situation der christlichen Kirchen in der NS-Zeit intensiv beschäftigt haben. Hintergrundinformationen zum Kirchenkampf führen die Besucher in das Thema ein, im Mittelpunkt steht jedoch die Perspektive und künstlerische Verarbeitung durch die Schülerinnen und Schüler.

Anlässlich des 80. Jahrestages der Barmer Bekenntnissynode fand zur Ausstellungseröffnung eine Podiumsdiskussion über die Bekennende Kirche statt. **Lala Süßkind**, Sprecherin des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus, dankte in ihrem Grußwort allen Beteiligten für ihr Engagement und hob den innovativen Charakter des Schulprojektes hervor. In Bezug auf die Lehren aus der Vergangenheit betonte sie: *„Am Ende einer differenzierten Betrachtung muss auch für die Kirchen immer die Frage gestellt werden: Wie weit sind wir heute, was haben wir gelernt?“*

Das Podiumsgespräch moderierte **Pfarrerin Marion Gardei** von der Evangelischen Kirchengemeinde Berlin Dahlem. Sie sprach mit den Podiumsgästen über die Rolle der Kirchen im Nationalsozialismus und über die Bedeutung des Glaubensbekenntnisses in der heutigen Zeit. **Ulrike Trautwein**, Generalsuperintendentin für den Sprengel Berlin, berichtete nicht nur aus ihren Erfahrungen in der Seelsorge sondern auch von der schwierigen Situation an Schulen, wenn Lehrerinnen und Lehrer auf antisemitische Anschauungen bei jungen Menschen treffen. Podiumsteilnehmer **Prof. Christoph Markschies**, Vizepräsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, hielt fest, dass die Wirkung der Barmer Synode ein komplexes Thema sei. Wichtig sei es aber zu verstehen, dass sie nicht politisch sondern dezidiert theologisch angelegt war. Erst durch ihren theologischen Inhalt und dessen Gegensatz zur NS-Ideologie sei sie zum Politikum geworden. **Prof. Andreas Nachama**, geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors und Rabbiner, schloss daran an: Die Protogonisten der Bekennenden Kirche eigneten sich nicht für eine uneingeschränkte Heldenverehrung. Entscheidend sei nicht die Makellosigkeit eines Helden, sondern der Umstand, dass er in einer ganz bestimmten Situation eine ganz bestimmte Entscheidung getroffen habe und nach ihr gehandelt hat. Nur an diesem Maßstab könne man die Rolle der Bekennenden Kirche ausreichend würdigen.

Im Anschluss an das Podiumsgespräch bedankte sich **Levi Salomon**, Sprecher des JFDA und künstlerischer Leiter des Projektes, besonders bei den Schülerinnen und Schülern, die am Projekt teilgenommen haben. Gemeinsam habe man viel gelernt und es sei eine hervorragende

Ausstellung entstanden. „Das wäre ohne Euer Interesse und ohne Euren Einsatz nicht möglich gewesen!“, lobte Salomon. Die Ergebnisse der Schülerarbeiten wurden von den Gästen mit großem Interesse aufgenommen. In vielen Gesprächen wurde die kreative Umsetzung des schwierigen geschichtlichen Themas anerkannt.

Die Ausstellung ist noch bis zum **5. Juni in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche Berlin** zu sehen. Ab dem **6. Juni** wird sie in der **Französischen Kirche Potsdam** und ab dem **16. Juni in der Volkshochschule Leipzig** gezeigt.

Ausstellungseröffnung zum Projekt “Bekennt Euch!” in Potsdam am 6. Juni 2014

Im Schuljahr 2013/14 führten das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) und die Deutsche Gesellschaft e.V. (DG) an Berliner Schulen das Projekt **„Bekennt Euch! Religiöse Selbstbehauptung während des Nationalsozialismus“** durch. Die gleichnamige Ausstellung bildet den Abschluss des Projektes. Anlässlich des 80. Jubiläums der Barmer Bekenntnissynode wird sie im Mai und Juni 2014 in Berlin, Potsdam und Leipzig gezeigt.

Eröffnet wird die Ausstellung in Potsdam am **6. Juni 2014** um **19 Uhr** in der **Französischen Kirche**

Programm

Grußworte

- Pastorin Hildegard Rugenstein, Französisch-Reformierte Gemeinde Potsdam
- Dr. Joachim Zehner, Superintendent des Kirchenkreises Potsdam
- Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstandes – Deutsche Gesellschaft e.V.

Podium

- Martin Vogel, Länderbeauftragter der Evangelischen Kirche für Berlin und Brandenburg
- Anne-Marie Gülzow, Zeitzeugin
- Dr. Brigitte Grell, Zeitzeugin
- Pfarrer i.R. Ulrich Heilmann, Zeitzeuge
- Dr. Joachim Zehner, Superintendent des Kirchenkreises Potsdam

Moderation

- Dr. Hans-Jürgen Schulze-Eggert, Evangelischer Vorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Potsdam e.V.

Veranstalter

- Französisch-Reformierte Gemeinde Potsdam
- Deutsche Gesellschaft e.V.
- Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.

Der Eintritt ist kostenfrei.

Anmeldung und Informationen

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.
Joest Schmidt schmidt@jfda.de
Levi Salomon salomon@jfda.de
Telefon 030 30 87 54 24
Mobil 0170 6327421

Deutsche Gesellschaft e.V.
Juliane Rades juliane.rades@deutsche-gesellschaft-ev.de
Telefon 030 88 412 253

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Gegen den islamistischen Quds-Tag. Solidarität mit Israel am 25.07.2014

Für einen freien und demokratischen Nahen Osten

Freitag, 25. Juli 2014, um 13.30 Uhr, Kudamm Ecke Schlüterstr. Georg Grozs Platz (U-Bahnstation Uhlandstr.) – Protestkundgebung gegen den antisemitischen "Quds-Tag"

Für einen freien und demokratischen Nahen Osten.

Gegen den islamistischen Quds-Tag. Solidarität mit Israel.

Seit Ajatollah Khomeini nach der islamistischen Machtergreifung im Iran seine Anhänger 1979 erstmals zur „Befreiung" Jerusalems und zur Vernichtung Israels aufrief folgen Islamisten weltweit zum Ende des Fastenmonats Ramadan dem Aufruf zum „Al-Quds (Jerusalem) -Tag" als Kampftag des politischen Islam.

Am 25. Juli 2014 wird in Berlin vor der bedrohlichen Kulisse des ungebrochen und beschleunigt vorangetriebenen iranischen Atomprogramms demonstriert. 2009 wurde eine landesweite Aufstandsbewegung im Iran mit extremer Gewalt niedergeschlagen, seitdem hat sich die Menschenrechtslage nochmals drastisch verschlechtert. Das iranische Gewaltregime setzt die Unterdrückungs- und Verfolgungspolitik gegen die eigene Bevölkerung ungebrochen fort: Andersdenkende, Andersgläubige, Frauen, Homosexuelle, und ethnische Minderheiten bleiben entrechtet; sie werden verfolgt, inhaftiert, gefoltert und öffentlich ermordet .

Zugleich engagiert sich der Iran militärisch im syrischen Bürgerkrieg auf der Seite des Assad-Regimes – direkt und indirekt über die von ihm ausgerüstete, finanzierte und angeleitete Terrororganisation Hisbollah. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung interveniert das Teheraner Regime militärisch im Irak, um dort so weit wie möglich die Kontrolle zu übernehmen. Mit dem Versuch, Raketen mit größerer Reichweite zu entwickeln, bedroht das iranische Regime auch Europa.
Ein wesentlicher Bestandteil der iranischen Außenpolitik sind die Vernichtungspläne gegenüber dem jüdischen Staat Israel, der einzigen rechtsstaatlichen Demokratie des Nahen und Mittleren Ostens. Die Unterstützung der Hamas, die Israel vernichten will, mit Geld und Waffen in Gaza ist hier Mittel zum Zweck. Der geschürte Hass gegen Juden führte im Juni zur Ermordung von drei israelischen Jugendlichen in der West Bank durch Angehörige der Hamas.

Der jedes Jahr inszenierte "Quds-Tag" ist eine der wichtigsten Machtdemonstrationen des iranischen Terrorregimes. Daran beteiligen sich in Deutschland auch immer wieder Antisemiten unterschiedlicher Ausrichtungen – aus dem offen neonazistischen Spektrum ebenso wie aus dem sogenannten "antiimperialistischen" linksextremistischen Spektrum. Ihr verbindendes Element mit den radikalen Islamisten ist die Feindschaft zu Israel und zur Gemeinschaft der freien Staaten.

Dagegen wollen wir ein Zeichen setzen.

Demonstrieren Sie gemeinsam mit uns:

Wir solidarisieren uns mit der Mehrheit der Iraner, deren Rechte und deren Streben nach Freiheit von der iranischen Diktatur brutal unterdrückt werden.
Gegen jede Form von antisemitischer , islamistischer und homophober Propaganda.
Gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik Iran.
Für ein vollständiges Verbot der Hisbollah in Deutschland und der EU.
Für Solidarität mit Israel und der iranischen Freiheitsbewegung!

Erstunterzeichner:

- Anti-Defamation Center – Bildungswerk für Demokratie und Kultur gemn. e.V./Redaktion haOlam.de (ADC Bildungswerk)
- Bund der Verfolgten des Nazi-Regimes e.V. (BVN)
- Deutsch-Israelische Gesellschaft – Arbeitsgemeinschaft Berlin und Potsdam (DIG)
- Green Party of Iran
- Honestly Concerned e.V.
- Initiative Schalom e.V.
- Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)
- Jüdisches Studentenzentrum Berlin
- Scholars for Peace in the Middle East (SPME Germany)
- Stop the Bomb

Aufruf zur Kundgebung “STEH AUF! Nie wieder Judenhass!”

Der Zentralrat der Juden in Deutschland ruft zu einer Kundgebung mit dem Slogan “STEH AUF! Nie wieder Judenhass!” auf. Am 14. September 2014 soll am Brandenburger Tor so ein Zeichen gegen Judenhass gesetzt werden, der sich in den letzten Wochen offen auf den Straßen in Deutschland gezeigt hat. Das Jüdische Forum ruft ebenfalls mit der Ankündigung des Zentralrats dazu auf, diese Kundgebung zu unterstützen!

http://www.zentralratdjuden.de/de/article/4930.steh-auf.html

19.08.2014

STEH AUF! Nie wieder Judenhass!

Große Kundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin am Sonntag, 14.09.2014, um 15.00 Uhr

In den vergangenen Wochen mussten wir Zeuge werden, wie in vielen deutschen Städten blanker Hass auf Juden wieder offen ausgebrochen ist.
Antisemitische Hetzparolen, tätliche Angriffe und Bedrohungen sowie Anschläge auf Synagogen haben nicht nur in der jüdischen Gemeinschaft, sondern in großen Teilen der Gesellschaft tiefe Besorgnis und Entsetzen ausgelöst.
Doch wir überlassen Antisemiten und den Feinden der Demokratie nicht das Feld!
Deshalb rufen wir alle Demokraten auf:

„Steh auf! Nie wieder Judenhass!“

Große Kundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin
am Sonntag, 14. September 2014, um 15.00 Uhr

Wir freuen uns, auch die Bundeskanzlerin begrüßen zu dürfen!

Die Angriffe auf die jüdische Gemeinschaft sind Angriffe auf die gesamte Gesellschaft.
Deshalb sind alle Bürger aufgerufen, aufzustehen gegen Judenhass!

WIR BRAUCHEN SIE ALLE! GEGEN JUDENHASS! FÜR EIN TOLERANTES UND WELTOFFENES DEUTSCHLAND!

Aufruf zur Mahnwache am 05. September 2014 um 14 Uhr vor dem Brandenburger Tor

Wir wollen leben, nicht Leben nehmen.

Wir, Seyran Ates, Lala Süsskind und Ulrike Trautwein, gehören unterschiedlichen Glaubensrichtungen an und wollen mit einer Mahnwache am 5. September um 14 Uhr vor dem Brandenburger Tor an das Lebensrecht aller Menschen auf dieser Welt erinnern – unabhängig von ihrer Religion oder Weltanschauung. Wir stehen gemeinsam am Brandenburger Tor, um für ein respektvolles Zusammenleben zu werben. Religion ist Privatsache und soll es auch bleiben. Wir dürfen aber nicht ignorieren, dass es anderswo eben keine Privatsache ist, sondern für Feinde der Freiheit Mittel zum Zweck darstellt. Diese Religionskriege sind auf der Welt existent.Wir sind entsetzt, empört und wütend, wie bestialisch Menschen im Namen Gottes andere Menschen töten. Territoriale Ansprüche und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden will man durch “Religionskriege” legitimieren.Dieser Wahnsinn muss aufhören!Jeder Mensch auf der Welt sollte seine Persönlichkeit frei entfalten können, ohne Repressalien staatlicher oder nichtstaatlicher Gruppen fürchten zu müssen.Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Christenfeindlichkeit und Menschenfeindlichkeit muss von allen Demokraten und Vertretern aller Religionen mit allen Mitteln bekämpft werden. Die Freiheit muss Tag für Tag gegen ihre Feinde verteidigt werden, sei es nun hier oder anderswo.Wir wollen und können es nicht mehr hinnehmen, dass Juden, Muslime, Christen, Menschen mit anderer religiöser Orientierung oder Atheisten sterben müssen, nur weil sie Juden, Muslime, Christen, Menschen mit anderer religiöser Orientierung oder Atheisten sind.Jeder kann etwas tun: Setzt dem Irrsinn Menschlichkeit entgegen!Kein Morden im Namen Gottes, Gott will das nicht!

Flyer Mahnwache

Wir wollen leben, nicht Leben nehmen – Mahnwache für Menschenrechte und gegen religiösen Fanatismus

Bei einer von Seyran Ates, Lala Süßkind, Gülşen Çakal und Ulrike Trautwein initiierten und durch das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. organisierten „Mahnwache für Menschenrechte – gegen religiösen Fanatismus“, die am 05.09.2014 auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor in Berlin stattfand, setzten Juden, Muslime, Christen und Aleviten gemeinsam ein Zeichen für das respektvolles Zusammenleben verschiedener Religionen.

© Levi Salomon

Die Teilnehmenden brachten ihren Protest gegen die religiöse Legitimation von Mord und Kriegen und gegen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Christenfeindlichkeit und Menschenfeindlichkeit zum Ausdruck. Sie wiesen darauf hin, dass die Freiheit Tag für Tag gegen ihre Feinde verteidigt werden muss und forderten die Gesellschaft auf, dem Wahnsinn Menschlichkeit entgegen zu setzen.

Die Realisierung der Mahnwache wurde durch die großzügige Unterstützung der degewo AG ermöglicht, mit deren Spende Flyer, Plakate und Transparente finanziert werden konnten.

3. Pressemitteilungen

14. April 2014 PM: 24h Jerusalem: Zusammenarbeit und doch aneinander vorbei?

ARTE hat mit dem BR eine Gemeinschaftsproduktion über Jerusalem von Samstag bis Sonntag 24 Stunden lang ausgestrahlt: „24h Jerusalem“. Mit 70 Kamerateams, darunter 20 israelischen und 20 palästinensischen, wurden mit einem 2,4 Millionen Euro Budget insgesamt 90 Juden, Araber und Europäer interviewt und gefilmt.

Die Idee war großartig. Jerusalem ist eine Stadt mit 3.000-jähriger Geschichte, heiligen Stätten wie an keinem anderen Ort in der Welt und emotionaler Bedeutung für die halbe Menschheit. Gleichzeitig ist Jerusalem eine Stadt, in der etwa 800.000 Menschen unterschiedlichster Zugehörigkeit (überwiegend jüdische Menschen) letztlich und trotz allem ein völlig normales Leben führen. Und natürlich gibt es an einem solchen Brennpunkt auch viele Verrückte, Fanatiker, Hetzer und politische Aktivisten. Leider haben ARTE und die weiteren Produzenten dieses Mammutprogramms dann doch den Boykottdrohungen von palästinensischen Akteuren nachgegeben: „Wir haben die Explosivkraft dieses Projektes und dessen politische Bedeutung in der Stadt trotz für gut empfundener Planung unterschätzt und sind offen in den Boykott gerannt, der den Dreh im Spätsommer 2012 zum Scheitern brachte“, so der Produzent Thomas Kufus im Interview. Im Ergebnis verpasste man der riesigen Ansammlung von Szenen eine problematische Tendenz. Während die deutschen Produzenten eigentlich das „normale“ Leben in der Stadt zeigen wollten, mussten sie sich schließlich dem Willen palästinensischer Aktivisten beugen, jegliche „Normalisierung“ auszublenden. So wurde der politische Konflikt in den Vordergrund gestellt, während die zahllosen Kontakte, Berührungspunkte und Freundschaften zwischen Juden, Moslems und Christen, Palästinensern und Israelis aus Prinzip ausgeblendet worden sind. Ausgerechnet Respekt, Toleranz und Kooperation gemäß der Devise „Leben und leben lassen“ ist in Jerusalem ausgeprägter als das, was am Ende mit Hilfe einer fragwürdigen Auswahl von Protagonisten zusammengestellt worden ist. „24hJerusalem“ war eine sehr gute Idee, ein tolles Projekt und eine echte Chance, tiefere Einblicke in das komplizierte Geflecht auch der menschlichen Beziehungen in dieser komplizierten und am Ende doch erstaunlich friedlichen Stadt zu dokumentieren. Um das Filmprojekt doch noch zu einem Abschluss zu bringen wurde beschlossen, dass israelische Teams keine Palästinenser ansprechen und umgekehrt. So entstand eine Kluft, die den Eindruck erweckt, dass Hass den Alltag in Jerusalem dominiert. Sicher gibt es auch radikale Siedler und Palästinenser sowie christliche Pilger, die teilweise dem “Jerusalem-Syndrom” verfallen sind. Doch wenn ausgerechnet Menschen, die extreme Positionen vertreten, in den Mittelpunkt gestellt werden und dazu auf der jüdischen Seite mehrheitlich Holocaust-Überlebende und Fromme gezeigt werden, während auf der palästinensischen Seite die Checkpoints und die Sperrmauer dominieren, wird der Anschein erweckt, dass diese faszinierende und vor Leben pulsierende Stadt ein Hort von Hass und Zwist ist. So hat dieses großartige Projekt die Chance verpasst, eine Stadt der Kontraste, in der Moderne und Antike, jung und alt sowie Menschen vieler Religionen und Nationen in der Regel friedlich aufeinander treffen, realitätsnah zu porträtieren.

Weitere Pressekritiken:

Ulrich Sahm: „24h Jerusalem“ auf arte

Die Welt: Ein Puzzle, dessen Teile nicht zusammenpassen

Frankfurter Rundschau: Alltag bleibt Alltag

17. Juli 2014 PM: Hass auf Juden und Israel: Eine Bestandsaufnahme

In Paris versuchte ein aufgebrachter Mob in eine mit rund 200 Menschen besetzte Synagoge einzudringen, in Gelsenkirchen wurde eine Scheibe der Synagoge mit einem Gullideckel eingeschlagen, das Synagogendenkmal in Detmold wurde mit roter Farbe übergossen, die Synagoge in Dresden wurde mit den Worten „Stop killing people“ beschmiert, in Frankfurt a.M. schmierten Unbekannte an die Mauer der Synagoge im Baumweg „Tuck Juden“ (gemeint wurde: „Fuck Juden“) und aus einem Polizeilautsprecher schallte „Kindermörder Israel“.

„Wir dürfen nicht zulassen, dass der Nahostkonflikt auf den Straßen Europas ausgetragen wird“, kommentierte Lala Süsskind vom Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) diese Vorfälle. Dies scheint jedoch nach unserer Einschätzung gerade grausame Realität zu werden. Das JFDA führt ein Monitoring zu antisemitischen, rassistischen und homophoben Vorfällen durch. Erschüttert beobachten wir seit der Verschärfung der Lage im Nahen Osten eine deutliche Zunahme antisemitischer Vorfälle. In mehreren Städten der Bundesrepublik wurden kürzlich Synagogen beschädigt oder Denkmäler geschändet. Außerdem konnten bei mehreren Kundgebungen zum Nahostkonflikt antisemitische und antiisraelische Parolen sowie tätliche Übergriffe verzeichnet werden. IslamistInnen, Neonazis und einige VertreterInnen der Linken bilden bei diesen Demonstrationen eine breite Querfront, die in ihrem Engagement für die Hamas in Gaza und gegen Israel zueinander finden.

„Es ist eine Schande, wenn in Deutschland Antisemitismus grassiert und der Holocaust relativiert wird. Dies muss die demokratische Gesellschaft mit all ihren Mitteln bekämpfen!“, so Lala Süsskind weiter. Ein Monitoring zu diesen Vorfällen hängt dieser Pressemitteilung an.

Wir fordern Politik und Zivilgesellschaft auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um eine gewaltsame Austragung des Nahostkonflikts in Europa zu verhindern. Die Polizei muss auf das Gewaltpotential solcher Demonstrationen auch zahlenmäßig vorbereitet sein und Hasspropaganda auf antiisraelischen Kundgebungen unterbinden. Es ist unabdingbar, gegen die antisemitischen Ausbrüche gesamtgesellschaftlich vorzugehen.

Monitoring des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) vom 10.07.-15.07.2014: Antisemitische und antiisraelische Vorfälle

Europaweit konnten zahlreiche antisemitische und antiisraelische Vorfälle bei Kundgebungen verzeichnet werden. In Frankreich kam es zu Demonstrationen mit mehreren Tausend TeilnehmerInnen. Dabei wurde in der Nacht vom 11. auf 12.07.2014 ein Molotow-Cocktail

auf eine Synagoge in einem Pariser Vorort geworfen. Einen Tag darauf kesselten militante Teilnehmer einer propalästinensischen Demonstration eine Synagoge in der Pariser Innenstadt, in der sich mehrere hundert Menschen aufhielten. Während sie versuchten, in das Gotteshaus einzudringen, skandierten sie „Tod den Juden“. Die Polizei konnte Schlimmeres verhindern.
Bei einer Demonstration am 12.07. in Antwerpen (Belgien) mit 500 Menschen konnte in arabischer Sprache die Parole „Schlachtet die Juden!“ vernommen werden. Auch in Großbritannien sorgten am selben Tag antiisraelische Demonstrationen für Besorgnis. Mehrere Hundert Protestierende legten in London für kurze Zeit den Verkehr lahm. Mehrere der Teilnehmenden blockierten die Straßen und kletterten auf einen Doppeldeckerbus. Dabei forderten sie das Ende der „Besatzung“ und „Freiheit für Palästina“.

Quellen:
http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/19681

http://www.spiegel.de/politik/ausland/frankreich-protest-gegen-israels-rolle-im-nahost-konflikt-eskaliert-a-980921.html

http://tachles.ch/news/synagoge-von-demonstranten-voruebergehend-besetzt

http://www.i24news.tv/en/news/international/europe/37389-140716-antwerp-rally-chants-kill-the-jews

http://www.dailymail.co.uk/news/article-2689465/Hundreds-pro-Palestinian-demonstrators-bring-London-traffic-standstill-protest-outside-Israeli-embassy.html

In der Bundesrepublik kam es ebenfalls zu Angriffen auf Synagogen. In Gelsenkirchen wurde am 14.07.2014 ein Gullideckel in eine Glasscheibe des Gotteshauses geworfen. In Essen konnte nur durch ein massives Aufgebot der Polizei ein Angriff auf die Alte Synagoge am 11.07.2014 verhindert werden. Am selben Tag wurde in Dresden die Parole „stop killing people“ an die Wand der Synagoge geschmiert. In Detmold wurde zwischen dem 11. und 14. Juli das Synagogendenkmal mit roter Farbe geschändet, sodass der Eindruck von heruntergelaufenen Blutspuren entstanden ist.

Quellen:
http://www.recklinghaeuser-zeitung.de/nachrichten/region/Sachbeschaedigung-Synagogenfenster-mit-Gullideckel-eingeworfen;art999,1344092

http://www.kath.net/news/46746

http://www.mdr.de/sachsen/synagoge-beschmiert100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html

http://www.lz.de/aktuelles/aktuelle_meldungen_aus_der_region/11183094_Bielefelder_Staatschutz_ermittelt_nach_Schmiererei_auf_Gedenkstein.html

Am 10.07.2014 standen in Dortmund am Rande einer Demonstration mit 100 Protestierenden, die Palästina-Flaggen schwenkten und Sprechchöre wie „Israel ist ein Terrorist“, „Freiheit für Palästina“ und vereinzelt „Tod, Tod Israel“ anstimmten, zwei Personen mit Israel-Fahnen. Der aufkommende Tumult konnte von der Polizei beruhigt werden, indem sie die Israel-AktivistInnen wegschickte. Zwei Tage später zog nochmals eine Demonstration mit rund 2.000 Teilnehmenden durch die Dortmunder Innenstadt. Es wurden antiisraelische und antisemitische Parolen wie „Kindermörder Israel“ skandiert sowie entsprechende Symbole gezeigt, unter anderem ein Transparent mit der Aufschrift „Stop Juden“ sowie ein Schal, auf dem die Karte von Palästina ohne den Staat Israel abgebildet ist.

Quellen:
http://www.presseportal.de/polizeipresse/pm/4971/2782758/pol-do-dortmund-innenstadt-versammlung-zum-konflikt-in-gaza-polizei-bilanziert-stoerungsfreien

http://www.derwesten.de/staedte/dortmund/anti-israel-demo-auf-der-katharinenstrasse-id9581284.html

http://www.ruhrbarone.de/dortmund-neonazis-und-islamisten-gemeinsam-gegen/83406/comment-page-2#comments

Neben Dortmund fanden auch in weiteren Städten Nordrhein-Westfalens Demonstrationen gegen Israel statt. In Gelsenkirchen wurde am 12.07.204 „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“ skandiert, was auf einem Youtube-Video festgehalten wurde. Derweil zog ein weiterer Demonstrationszug durch Bochum, wobei auch hier wiederholt „Kindermörder Israel“ gegrölt wurde. Auch in Düsseldorf fand eine für ursprünglich 200 TeilnehmerInnen angemeldete Anti-Israel-Demonstration statt, deren Aufruf rund 1.000 Protestierende folgten. Aus der Menge waren auch hier antisemitische Sprechchöre wie „Kindermörder Israel“ zu hören. Zudem waren vereinzelt Salafisten in der Menge zu beobachten, die am Rande der Kundgebung Korane verteilten. Zwei Passantinnen, die ihre Solidarität zu Israel bekundeten, wurden daraufhin bedroht. Die Polizei begleitete die Demonstration mit wenigen BeamtInnen.

Quellen:
http://www.welt.de/regionales/duesseldorf/article130133483/Linke-und-Rechtsextreme-protestieren-gegen-Israel.html

http://www.kath.net/news/46746

https://www.youtube.com/watch?v=AixPXzvRyBI ; Minute 4:53

In Frankfurt a.M. eskalierte am 12.07.2014 eine Pro-Gaza-Demonstration mit mehr als 2.500 Teilnehmenden. Im Anschluss an die anfangs friedlich verlaufende Kundgebung setzten sich mehrere hundert DemonstrantInnen, die sich aus Mitgliedern der Linke-SDS, IslamistInnen und Kadern der Neonazigruppe „Nationale Sozialisten Rhein-Main“ zusammensetzten, mit Sprechchören „Freiheit für Palästina“, „Free Gaza“ und „Kindermörder Israel“ in Richtung Innenstadt in Bewegung. Es waren Transparente, auf denen Israels Ministerpräsident Netanjahu mit Hitler verglichen wird oder auch solche, die den Holocaust relativieren („Stop

the Holocaust“), zu sehen. Zur Deeskalation der aufgeheizten Stimmung sollte ein Teilnehmer die Menge über den Polizeilautsprecher beruhigen. Stattdessen stimmte auch er Parolen wie „Kindermörder Israel“ an, sodass die Situation weiter eskalierte und die Polizei Pfefferspray und Schlagstöcke einsetzte. Frankfurts Polizeipräsident Thiel bedauerte den Vorfall gegenüber dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann. Am selben Abend wurde die Frankfurter Synagoge im Baumweg mit dem Schriftzug „Tuck Juden“ beschmiert, womit vermutlich „Fuck Juden“ gemeint ist.

Quellen:
http://www.presseportal.de/polizeipresse/pm/4970/2783042/pol-f-140713-478-frankfurt-innenstadt-demonstration-zum-thema-free-palestine-am-samstag-12-07-201

http://www.fr-online.de/frankfurt/protest-gegen-israel-gaza-demo-eskaliert-in-frankfurt,1472798,27795726.html

http://www.fr-online.de/frankfurt/gaza-demo-in-frankfurt-kritik-an-polizei-waechst,1472798,27813296.html

Zur gleichen Zeit versammelten sich in Berlin unangemeldet rund 1.000 Demonstranten hauptsächlich arabischer und palästinensischer Herkunft am Potsdamer Platz. Die aufgeheizte Menge versuchte die Fanmeile zu stürmen. Die hinzugezogene Polizei konnte sie stoppen, wurde jedoch mit Steinwürfen und Pyrotechnik angegriffen. Es kam zu mehreren Festnahmen und Strafanzeigen.

Quellen:
http://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/pressemitteilung.147000.php

http://www.tagesspiegel.de/berlin/protest-gegen-israel-palaestinensische-demonstranten-wollten-fanmeile-stuermen/10191256.html

In Bremen zogen in der Nacht vom 12. auf den 13.07. rund 150 Männer mit Palästinafahnen, antisemitischen Sprechchören wie „Freiheit für Gaza“, „Israel-Terroristen“, „Zionisten sind Faschisten“ und „Kindermörder Israel“ sowie T-Shirts mit dem Aufdruck „Boycott Israel Apartheid“ durch das Bremer Steintorviertel. Auch hier eskalierte die Situation. Ein Passant wurde bewusstlos geschlagen, andere mit „Scheiß Jude“ beschimpft.

Quellen:
http://www.presseportal.de/polizeipresse/pm/35235/2782947/pol-hb-nr-0417-schwerverletzter-bei-demonstration

http://taz.de/Eskalation-bei-Demonstration/!142364/

Auch auf dem Stuttgarter Schloßplatz eskalierte am 13.07.2014 eine Anti-Israel-Demonstration mit rund 2.500 TeilnehmerInnen. Zu hören waren Parolen wie „Kindermörder Israel“ und „Deutschland finanziert – Kindermörder Israel“. Es konnten Transparente mit „Kindermörder Israel“ sowie ein Schild, auf dem die israelische Flagge mit einem

durchgestrichenen Davidstern zu sehen war, beobachtet werden. Als eine Gruppe von 20 Gegendemonstrierenden die Menge verbal beleidigte, kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und Flaschenwürfen. Ein Großaufgebot der Polizei konnte die Situation beruhigen.

Quellen:
http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.free-palaestina-demo-in-stuttgart-ausschreitungen-auf-dem-schlossplatz.f5d21b4b-4983-41da-912e-730f7f6c491c.html

https://www.youtube.com/watch?v=VusNPON2IYw

In Kassel gingen am 15.07.2014 rund 2.000 DemonstrantInnen auf die Straße, um gegen Israel zu protestieren. Dabei standen sie rund 90 GegendemonstrantInnen gegenüber. Als die beiden Gruppen aufeinander trafen kam es zu verbalen Auseinandersetzungen. Auch hier waren antisemitische und antiisraelische Sprechchöre wie „Kindermörder Israel“ oder „Boykott Israel“ zu hören. Als eine Teilnehmerin während ihres Redebeitrags auf der nachfolgenden Kundgebung sagte, sie könne auch die israelische Bevölkerung verstehen, wurde sie ausgebuht. Die Polizei konnte mit mehreren BeamtInnen die Situation unter Kontrolle halten.

Quelle:
http://www.hna.de/lokales/kassel/fotos-demonstration-palaestina-kasseler-strassen-3704302.html?firstslide=1

18. Juli 2014 PM: Pluralistische Demokratie? Wer für Israel auf die Straße geht, muss um sein Leben fürchten

„Wir wollen den Krieg nicht wegreden, sondern den Frieden herbeireden!“ so Lala Süsskind, Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA e.V.). Hierunter fanden sich friedlich rund 500 Menschen zusammen, die sich solidarisch mit Israel zeigten.

„Pro-Zionisten, leise, leise, ihr seid doch alle scheiße!“ – unter diesem Vorzeichen sammelten sich gleichzeitig geschätzte 400 Menschen in Berlin-Charlottenburg, um die Kundgebung der bundesweiten Aktion „Stand with Israel“ zu stören. Nur durch eine gut aufgestellte Polizeiabsperrung konnte das Bedrohungsszenario, das von der angeblich spontanen Gegendemonstration ausging, unter Kontrolle gehalten werden. Deren hasserfülltes, aggressives Gebaren war für die TeilnehmerInnen der israelsolidarischen Kundgebung nicht zu ignorieren: „Jude, Jude, feiges Schwein, komm herüber, kämpf’ allein!“, „Palästina bis zu Sieg“ oder auch „Intifada bis zum Sieg!“ schallte es laut und dauerhaft zum Joachimsthaler Platz herüber. Trauriger Höhepunkt scheint die Verbrennung einer Israel-Flagge gewesen zu sein. Während es für alle Anwesenden also offensichtlich war, dass die Gegendemonstration auf aggressive Einschüchterung abzielte, brachte die israelsolidarische Kundgebung friedlich ihre Anliegen vor.

Was aber bedeutet Solidarität? Dieser politisch-ethische Begriff heißt nichts anderes als mit Ideen, Zielen und Lebenswelten anderer Menschen verbunden zu sein. Gemeinsam für etwas zu einzustehen, gemeinsame Werte und Normen hochzuhalten. Dies soll nicht bedeuten, jeden einzelnen Inhalt oder jede einzelne Meinung bedingungslos zu teilen und unreflektiert zu unterstützen, sich jedoch in den Grundzügen beizustehen.

Die Redebeiträge der israelsolidarischen Kundgebung knüpften daran an. So betonte Rainhard Naumann, Bezirksbürgermeister von Charlottenburg, dass Israel, die einzige Demokratie im Nahen Osten, sich verteidigen müsse. Dennoch, so Naumann weiter, müsse an einer friedlichen Lösung für beide Seiten gearbeitet werden, vor allem für die Menschen in Gaza. Die Hamas scheint daran nicht interessiert, so Lala Süsskind. Sie missbrauche die Palästinenser, indem sie sie als menschliche Schutzschilder für medienwirksame Aktionen, die den Hass auf Israel schüren, instrumentalisiert. Der Grund dafür sei, dass die Charta der Hamas eine Lösung des Konfliktes mit Israel kategorisch ausschließt. Der Raketenbeschuss gehe deshalb immer weiter, genauso wie die zwangsläufige Antwort Israels, will es seine Existenz verteidigen.

Einer solchen Lösung sind Sprechchöre wie „Tod, Tod Israel“ und „Kindermörder Israel“ keinesfalls zuträglich. Die vergangenen Gewaltausbrüche bei Demonstrationen zum vorgeblichen Wohle friedlicher BewohnerInnen des Gazastreifens veranlassten die Behörden in Paris jüngst, solche Protesten rigoros zu verbieten. Wir gratulieren Präsident Hollande zu diesem notwendigen Schritt, dem israelbezogenen Antisemitismus auf den Straßen klare Grenzen zu setzen. Die deutschen Behörden sollten sich dringend daran ein Beispiel nehmen.

Das Signal dazu allerdings muss von der Politik ausgehen. Es kann nicht sein, dass Menschen, die sich in Deutschland mit dem jüdischen Staat solidarisieren und damit zeigen, dass sie tatsächlich aus der Geschichte unseres Landes gelernt haben, von einem offenkundig aggressiven und gewaltbereiten Mob massiv bedroht werden.

“Als Gott Adam schuf, schuf er ihn nach seinem Ebenbild. Doch was war Adam? Jude? Christ? Moslem? Nichts von allem! Adam war ein Mensch!” (Rabbiner Yitzhak Ehrenberg, Berlin, 17.07.2014)

23. Juli 2014 PM: Demokratie auf dem Prüfstand – Ist Hetze gegen Juden in der Bundesrepublik Deutschland noch strafbar?

Nur ein entschiedenes Eingreifen der Polizei verhinderte Schlimmeres: „Hätte die Polizei uns nicht geschützt, hätten sie uns wohl umgebracht.“ Ein israelisches Ehepaar wurde am Samstag in Berlin am Rande einer „Free-Palestine“-Demonstration von einigen Teilnehmern massiv bedroht und angegriffen. Der Mann trug eine Kippa.

Deutschlandweit fanden in den letzten Tagen wieder zahlreiche Demonstrationen zum Nahostkonflikt statt. Dabei kommt es ständig zu antisemitischen Ausschreitungen, die nicht nur auf verbale Attacken beschränkt bleiben. Die Bundesrepublik hatte sich selbst nach der Shoah die Prämisse auferlegt, seine jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu schützen und jede Form des Antisemitismus zu bekämpfen.

Doch was passiert gerade auf den Straßen?

„Wir erleben hierzulande gerade eine Explosion an bösem und gewaltbereitem Judenhass, die uns alle schockiert und bestürzt“, so Dieter Graumann, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Und weiter: „Dass auf deutschen Straßen antisemitische Aufrufe der übelsten und primitivsten Art skandiert werden können, hätten wir niemals im Leben für möglich gehalten.“

Im Vorfeld der Kundgebung „Stand with Israel“ am Joachimstaler Platz in Berlin am 17. Juli, an der auch Holocaustüberlebende teilnahmen, wurde im Social Media von radikalen Muslimen dazu aufgerufen, diese massiv zu stören. Wer wolle, könne kommen, um „Zionisten zu schlagen“, heißt es in einem Facebook-Eintrag. Auf der Kundgebung richtete sich der Hass dann unverhohlen gegen Juden: „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf’ allein!“. Das American Jewish Committee (AJC) erstattete daraufhin Strafanzeige. Doch dieser werden kaum Erfolgsaussichten eingeräumt. Wie der Tagesspiegel berichtet, handelte es sich laut Staatsanwaltschaft höchstens um Beleidigung – doch nicht einmal das scheint sicher.

Wir sind der Auffassung, dass hierbei der Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt ist und widersprechen der Meinung der Staatsanwaltschaft. Alleine das Gleichsetzen von bestimmten Bevölkerungsgruppen mit Tieren soll einem Angriff auf die Menschenwürde entsprechen. Gezielt wurde damit Gewalt gegen jüdische Menschen geschürt, sie wurden öffentlich beschimpft und böswillig verächtlich gemacht: „Es ist nicht tragbar, dass diese direkt an die Teilnehmer der Kundgebung gerichtete Parole offenbar nicht als Volksverhetzung geahndet wird“, so Lala Süsskind, Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA).

Es ist für alle demokratischen Akteure unabdingbar, sich gemeinsam dem bundesweiten Tsunami antisemitischer Auswüchse, die von Holocaust relativierenden und leugnenden Aussagen begleitet werden, entschieden entgegen zu stellen.

29. Juli PM: Brandanschlag auf Synagoge und Morddrohungen gegen Frankfurter Juden

In der Nacht zum 29.07.2014 warfen drei junge Männer mehrere Brandsätze in die Bergische Synagoge in Wuppertal-Barmen. Nach bisherigem Ermittlungsstand wurde kurz darauf ein 18-jähriger Tatverdächtiger mit unbekannter Staatsbürgerschaft im Umfeld der Synagoge festgenommen.

Bereits vor einigen Tagen wurde die Bergische Synagoge mit dem Schriftzug „Free Palestine“ beschmiert. Die Täter konnten bislang nicht ausfindig gemacht werden. Der Schriftzug lässt jedoch kaum bezweifeln, aus welchem Spektrum diese Personen kommen.

Die gewalttätigen antisemitischen Ausschreitungen im Zuge des Gaza-Konflikts nehmen kein Ende. Am 25.07.2014 droht ein junger Mann einem Rabbiner in Frankfurt a.M., gezielt 30 Juden umzubringen, sollte seiner Familie in Gaza etwas zustoßen. In Essen konnte am selben Tag ein Anschlag auf die Synagoge vereitelt werden. In Berlin wurden am Rande einer propalästinensischen Demonstration am 24.07.2014 ein jüdischer Mann und am 19.07.2014 ein israelisches Ehepaar körperlich angegriffen. Am 18.07.2014 wurde nochmals ein Anschlag auf die Essener Synagoge verhindert. In Gelsenkirchen wurde am 14.07.2014 ein Gullideckel in die Synagoge geworfen. Unbekannte beschmierten wenige Tage zuvor am 11.07.2014 die Synagoge in Dresden.

“Wenn dazu aufgerufen wird, Juden zu ‘vergasen’, zu ‘schlachten’, zu ‘verbrennen’ und Synagogen anzugreifen, dann ist eine neue Dimension von Feindseligkeit erreicht, die ich in Deutschland nicht mehr für möglich gehalten habe, nicht einmal in meinen schlimmsten Alpträumen”, sagte Dieter Graumann, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland.

24. September 2014 PM: Hakenkreuz in Motorhaube jüdischer Familie geritzt

(Berlin) Am 22.09.2014 entdeckte ein Mitglied der Jüdischen Gemeinde zu Berlin ein ca. 30 cm großes Hakenkreuz, das in die Motorhaube seines Autos gekratzt worden war. Die Polizei wurde benachrichtigt und Anzeige erstattet. Nach Angaben des Opfers kam es bereits während des Gaza-Konflikts der letzten Monate zu verbalen Anfeindungen durch eine Gruppe junger Männer, die ihm (sinngemäß) zuriefen:
„Hitler, Hitler, … Jude, … Israel“. Schon in der Vergangenheit war die betroffene Familie mehrmals Opfer antisemitischer Vorfälle geworden. So wurde am 16.02.2010 die Berliner Polizei benachrichtigt, nachdem „mehrere Jugendliche und Kinder mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund die Fenster [der] Wohnung mit Schneebällen beworfen“[1] hatten. Die Kinder und Jugendlichen hatten nach Angaben der betroffenen Familie zuvor bereits die gesamte Familie beschimpft und sollen auch „mit Steinen“ nach ihr geworfen haben. Die Jugendlichen stammten „aus der Wohnumgebung oder der Schule der beschimpften Kinder“. Die Familie wurde damals durch das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus und Rabbiner Yitshak Ehrenberg betreut. Nach dem erneuten Angriff sieht sich die Familie nun vor die Frage gestellt, ob es ihr überhaupt möglich sein wird, weiter in ihrer Gegend zu leben.

[1] http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/antisemitismus-schikanen-gegen-juedische-familie/1684474.html „Schikanen gegen jüdische Familie“, Tagesspiegel, 17.02.2010

4. Artikel

Israeltag an der TU Berlin und BDS

03.02.2014

von Dr. Nikoline Hansen

Am 6.2. findet an der Technischen Universität Berlin ein Israeltag statt. Auf dem Programm stehen Vorträge, eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion, Informationen über die Möglichkeiten der wissenschaftlichen Zusammenarbeit, eine Filmvorführung, Kulinarisches sowie ein kulturelles Programm – nähere Einzelheiten sind der Webseite der Universität zu entnehmen: http://www.tu-berlin.de/israeltag/

Nun ist es in weiten Teilen des angelsächsischen Raums gute Tradition, zum Boykott gegen Israel aufzurufen. Bekannt ist dies unter dem Namen BDS-Kampagne, wobei BDS für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen für Palästina steht. Die Kampagne ist von der „palästinensischen Zivilgesellschaft“ initiiert mit dem Ziel, Israel zu sanktionieren bis es „internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt.“ Diese Forderung wirkt auf den ersten Blick nicht falsch, handelt es sich dabei doch um Prinzipien, die wir alle verfolgen. Ein Blick auf die israelischen Nachbarn zeigt allerdings, dass die Lage in Bezug auf die Gewährung der universellen Menschenrechte in Israel selbst deutlich besser ist als in den Nachbarstaaten. Dass sie nicht ideal ist – und dass es bislang kein Land auf der ganzen Welt gibt, das diese Forderungen bis ins Detail erfüllen kann, sei einmal dahingestellt.

Es bleibt festzustellen, dass Israel sich seit seiner Staatsgründung in einer permanenten Kriegs- und Krisensituation befindet und seine Existenz bereits mehrfach mit Gewalt sichern musste. Anderenfalls würde es nicht mehr existieren. Die Bedrohung ist permanent und geht von seinen Nachbarstaaten aus, die das Existenzrecht Israels als jüdischem Staat nicht anerkennen. Siehe Charta der Hamas
http://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/36358/antisemitismus-in-der-charta-der-hamas?p=all

Es ist also logisch, dass Israel mehr als jedes andere Land der Welt ein Interesse daran hat, Waffen und Mechanismen zu finden, die die Grenzen des Landes sichern und dazu beitragen, die Existenz des Staates zu sichern.

In den letzten Jahren hat die Friedensbewegung in Deutschland eine immer breitere Basis gefunden. Das ist sicher gerechtfertigt, gerade wenn man sieht, dass Deutschland der weltweit drittgrößte Waffenexporteur ist. Die Forderung nach Frieden ist gut. Sie schließt allerdings in letzter Konsequenz ein, dass man bei einem Massaker einfach wegschaut. Oder sich gegebenenfalls lieber Niedermetzeln lässt als zur Selbstverteidigung zu greifen. Das ist sicher nicht jedermanns Sache. Selbstverteidigung ist legitim und mit rechtsstaatlichen Prinzipien und auch dem internationalen Völkerrecht zu vereinbaren.

Es ist allerdings ein Thema, an das man in Deutschland nicht gerne die Gedanken verschwendet. Deshalb hat es sich die Friedensbewegung zum Ziel gesetzt, Universitäten dazu zu bewegen, eine Zivilklausel (http://www.zivilklausel.de/) zu unterzeichnen. Die TU Berlin hat das 1991 getan.

An und für sich ist das eine gute Sache. Allerdings: es tauchen dabei neue Probleme auf. Nicht umsonst werden diese auf Wikipedia unter dem Stichwort „Dual Use“ beschrieben: „Viele Forschungseinrichtungen lehnen die Implementierung einer Zivilklausel mit der Begründung ab, dass sie sowieso nur im zivilen Bereich forschten. Die Befürworter von Zivilklauseln halten das für ein Scheinargument, weil sich sehr viele, vermeintlich friedliche Forschungsbereiche geradezu für den militärischen Einsatz eigneten. Der englische Fachbegriff dafür ist „Dual-Use“- ein doppelter Verwendungszweck. Zum Beispiel würde eine Zivilklausel der TU München verbieten, an Satellitensystemen zu forschen, weil diese leicht auch im Kriegskontext zum Einsatz kommen könnten. Auch bei alten Zivilklausel-Universitäten wie Bremen gibt es laufend Diskussionen darüber, ob bestimmte Forschungsgebiete sich nicht zu stark dem Verteidigungsministerium anböten. Der in Bremen lehrende Informatikprofessor Hans-Jörg Kreowski hält die Zivilklausel für ein Werbeargument, welches viele Firmen anziehe, hier zu investieren.“ (http://de.wikipedia.org/wiki/Zivilklausel)

Der Israeltag an der TU Berlin wird in enger Zusamenarbeit mit dem Technion, der israelischen Technischen Universität in Haifa durchgeführt. Das Technion (http://www.technion.ac.il/en/) widmet sich von der Gehirnforschung angefangen einer Vielzahl von Themen, die zum Nutzen der Gesellschaft sind. Anders dargestellt im Aufruf der BDS-Kampagne, die zu einer Gegendemonstration aufruft:

„Das Technion betreibt seit seiner Gründung intensiv die Erforschung neuer Militär-technologien und bewirbt stolz seine Partnerschaften mit der Rüstungsindustrie.[5] Zu den Entwicklungen aus jüngerer Zeit zählt bspw. eine ferngesteuerte Version des IDF D9 Caterpillar Bulldozers, der vorwiegend zum Abriss palästinensischer Häuser eingesetzt wird.[6] Mit dem Rüstungskonzern Elbit, der unter anderem die Überwachungstechnik für Israel’s illegale Sperranlage im Westjordanland[7] herstellt, hat das Technion sogar ein eigenes Forschungszentrum gegründet.[8] Und dem Präsidenten von Elbit verlieh das Technion die Ehren-Doktorwürde.[9] Es ist daher wenig verwunderlich, dass Technion-Student_innen in ihren Abschlussarbeiten teils direkt Waffenforschung betreiben.[10]“
http://www.bds-kampagne.de/articles/2014/01/29/denkschule-oder-waffenschmiede/

Sicher ist es nicht verwunderlich, dass ein Staat, der sich in einem permanenten Kriegszustand befindet, auch Rüstungsforschung betreibt. Infam ist es jedoch, wenn dies in Deutschland dazu führt, dass zu Boykott aufgerufen wird mit einem Argument, über das sich allemal streiten lässt: Der Sperrzaun, dessen Grenzziehung Gegenstand eines Verfahrens vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag war. Das 2004 gefällte Urteil geht davon aus, dass die Errichtung des Sperrzauns illegal ist, da er nicht, wie von Israel behauptet, der Verteidigung eines Staates gegen einen anderen diene. An diesem Urteil gibt es allerdings auch fundamentale Kritik, da damit gegen terroristische Selbstmordattentate, die von einem

fremden Staatsgebiet ausgehen, keine völkerrechtliche Handhabe gegeben ist (siehe etwa http://www.ivr.uzh.ch/institutsmitglieder/kaufmann/archives/HS10/vorlesungen/Sperrmauer%20Gutachten.pdf).

Unbestritten ist, dass der Sperrzaun inzwischen unzählige Selbstmordattentate verhindern konnte und damit Menschen zu ihrem Recht auf Leben, das ein universales Menschenrecht erster Generation ist, verholfen hat. Ihn also als Militärtechnologie der Rüstungsindustrie anzuführen und unter Berufung auf die Nichteinhaltung der Menschenrechte abzulehnen ist also an Scheinheiligkeit kaum noch zu überbieten.

Wir unterstützen die Technische Universität Berlin in ihrer Partnerschaft mit dem Technion und wünschen einen erfolgreichen Israeltag.

Terroranschag in Brüssel – Vorbote eines Tsumani djihadistisch–antisemitischer Gewalt

Beitrag für das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)
Manusabgabe: 16. Juni 2014, Berlin

Berndt Georg Thamm

TERRORANSCHLAG IN BRÜSSEL — VORBOTE EINES TSUNAMI DJIHADISTISCH-ANTISEMITISCHER GEWALT

Der Prophet Mohammed geriet auf seinem Weg, Herrscher von Medina zu werden, auch in Konflikt mit den ortsansässigen jüdischen Stämmen. In der Folge wurden alle drei geschlagen – getötet oder vertrieben. Ein Teil der Besiegten ließ sich in Chaibar, einer rund 150 Kilometer von Medina entfernten Oase nieder. Im Jahre 628 bekämpfte Mohammed diese jüdische Oasenstadt, dessen Bewohner nach kurzer Zeit kapitulierten. Die Oase Chaibar wurde so das erste von Mohammeds muslimischen Kleinstaat eroberte und unter seine Herrschaft gebrachte Gebiet.

Fast 1400 Jahre später kündigten am Hindukusch die Taliban ihre letzte Frühjahrsoffensive vor dem Ende des NATO-Kampfeinsatzes in Afghanistan an. Die Offensive beginne am Montagmorgen, teilten sie am Donnerstag, 8. Mai 2014 mit. Sie trage den Namen "Chaibar", in Anlehnung an den Sieg von Muslimen über Juden im 7. Jahrhundert: "Indem wir den Namen als gutes Omen für das laufende Jahr nehmen, bitten wir Allah, unser Land vollständig vom Dreck der Ungläubigen zu befreien". Noch im selben Monat machte sich im fernen Belgien ein junger Kämpfer an diese "Befreiungsarbeit" – in seinem Fokus ein jüdisches soft target.

1. Der erste seiner Art – Mehdi Nemmouche und der Anschlag in Brüssel

Am 24. Mai 2014, einen Tag vor der Wahl zum Europaparlament, betrat am Nachmittag ein Mann das in der Innenstadt Brüssels gelegene Jüdische Museum und begann mit zwei Waffen gezielt zu feuern. Im Kugelhagel seines Sturmgewehres und Revolvers starben ein israelisches Touristenpaar aus Tel Aviv und eine französische Museumsangestellte. Ein belgischer Museumsmitarbeiter wurde schwer verwundet und erlag Tage später seinen Schussverletzungen. Nach seiner Bluttat floh der unbekannte Mann mit Rucksack zu Fuß.

Die eingeleitete Großfahndung blieb ohne Erfolg. Den mörderischen Angriff stuften die Sicherheitsbehörden als "Terrorismus" ein. Die Generalstaatsanwaltschaft begann wegen "terroristischen Mordes" und des "Verdachts auf terroristischen Mord" zu ermitteln. Die belgische Regierung, so Premierminister Elio Di Rupo, zeigte sich zutiefst bestürzt und verurteilte diesen Akt der Gewalt. Jüdische Gemeinden und Organisationen waren geschockt – weltweit. Wenige Tage später kontrollierte am 30. Mai der französische Zoll am Bahnhof Saint-Charles in Marseille routinemäßig den Reisebus, der via Brüssel aus Amsterdam gekommen war, auf Drogen. In diesem Bus saß auch der 29-jährige Mehdi Nemmouche,

französischer Staatsbürger “ohne festen Wohnsitz”. Bei dem aus der französisch-belgischen Grenzstadt Roubaix stammenden Mann wurden bei der Kontrolle ein AK-47 Sturmgewehr (Kalaschnikow) und ein Revolver gefunden. Die Waffen waren samt Munition in eine schwarze Fahne mit arabischen Schriftzügen, der Flagge des “Islamischen Staates im Irak und Syrien” (ISIS) eingewickelt. Solche Waffen waren beim Anschlag in Brüssel verwendet worden, was zur Festnahme des Franzosen führte. Nemmouche trug auch eine Kamera, mit der nach Fahndererkenntnissen der mutmaßliche Attentäter seinen Anschlag in Brüssel filmen wollte, die jedoch versagte. Dafür fanden die Ermittler auf ihr ein kurzes Bekennervideo. Die Stimme auf dieser Aufnahme ähnelte der des verhafteten Mehdi Nemmouche, der den französischen Strafverfolgungsbehörden kein Unbekannter war. Insgesamt saß er fünfmal im Gefängnis, zuletzt zwei Jahre wegen bewaffneten Raubüberfalls. Während der Haftzeiten radikalisierte sich der zuvor nicht sonderlich religiöse Muslim, fand damit auch Beachtung des Inlandsnachrichtendienstes. Drei Wochen nach seiner letzten Haftentlassung Ende 2012 reiste er 2013 nach Syrien um an Seiten militanter Islamisten gegen das Assad-Regime zu kämpfen – über ein Jahr lang. Auf Umwegen reiste er zurück nach Europa und betrat nach dem Attentat in Brüssel erstmals wieder französischen Boden.

In Frankreich sitzt er bis dato in Haft, wehrt sich gegen eine Auslieferung an Belgien, das ihm wegen des Anschlages den Prozess machen will. Die Mordtat in Brüssel erinnert an eine gut zwei Jahre zurückliegende Tat, die seinerzeit ebenfalls die zivilen Gesellschaften Europas verstörte.

2. Prototyp des “einsamen Wolfes” – Mohammed Merah und die Anschläge in Toulouse

Am 19. März 2012 betrat der 24-jährige Mohammed Merah das im Zentrum von Toulouse gelegene jüdische Lycée “Ozar-Hatorah”. Dort erschoss er den Rabbiner Jonathan Sandler, Lehrer an dieser Schule und dessen Sohne Arieh (5 Jahre) und Gavriel (3), sowie Myriam Monsonego (8), die Tochter des Schulleiters. Nur wenige Tage zuvor hatte er am 11. und 15. März in Toulouse und Montauban drei Soldaten erschossen. Zwei dieser drei Fallschirmjäger waren maghrebinischer Herkunft und zum Teil im Einsatz in Afghanistan gewesen. Merah plante ursprünglich weitere Soldaten zu töten, ging dann aber nach einem “Ausweichplan” gegen ein soft target, eben gegen die jüdische Schule vor. Der im Norden von Toulouse geborene algerischstämmige Franzose war der Polizei seit 2005 durch Kleinkriminalität bekannt, die auch zu Gefängnisstrafen geführt hatten. Sowohl die Armee als auch die Fremdenlegion hatten seine Bewerbungen abgelehnt. Als Muslim gehörte er einer salafistischen Gemeinde an und galt als Mitglied einer verbotenen islamistischen Gruppe, die ihrer Meinung nach islamophobe Stimmungen in Frankreich anprangerte. Auf eigene Faust war er nach Afghanistan und Pakistan gereist, war dementsprechend den Geheimdiensten seines Landes DCRI (Inland) und DGSE (Ausland) bekannt. Vom Hindukusch war er im Oktober 2011 zurück nach Frankreich gekommen, um nur fünf Monate später sieben seiner Landsleute innerhalb von acht Tagen regelrecht hinzurichten. Seine Mordtaten nahm er mit einer mit Gurten über der Brust befestigten Kamera auf.

Nach dieser ‘nationalen Tragödie’ (Präsident Sarkozy) stand Frankreich, das mehr Juden (600.000) und mehr Muslime (5 Millionen, davon etwa 12.000 Salafisten) als jeder andere

Staat in Europa hatte, unter Schock. “Anschläge gegen Juden in Frankreich seien Anschläge gegen alle 65 Millionen Franzosen”, so Außenminister Alain Juppé zwei Tage später in Jerusalem. Im dortigen Stadtteil Givat Shaun gab er zusammen mit Tausenden Trauergästen den überführten jüdischen Opfern, die auf dem Har-Hemenuchot-Friedhof gemäß orthodoxen Ritus beigesetzt wurden, die letzte Ehre. Fast zeitgleich war deren Mörder von der Polizei in Toulouse gestellt worden, wo er sich in seiner Wohnung schwer bewaffnet verschanzt hatte. Während einer 32-stündigen Belagerung äußerte sich Merah zu seinen Bluttaten. Als Motiv gab er Rache für den französischen Einsatz in Afghanistan, sowie die Tötung palästinensischer Kinder im Gazastreifen durch Israelis an. Er bedauerte gegenüber der Polizei, nicht mehr Kinder getötet zu haben. Bei der Erstürmung seiner Wohnung fand Merah am 22. März 2012 den Tod. Noch am Nachmittag desselben Tages gab eine der al-Qaida nahestehende Gruppe namens “Dschund al-Chilafah” (Soldaten des Kalifats) bekannt, dass Jussuf al-Firansi (Jussuf, der Franzose) einen Pfeiler des “zionistischen Kreuzrittertums” erschüttert hätte. Der Mörder wurde für sein antisemitisches Attentat “gefeiert”. Vom Djihadgebiet am Hindukusch zurückgekehrt, exekutierte der sich zur al-Qaida bekennende selbsternannte “Gotteskrieger” Merah seine Mitbürger mit gezielten Todesschüssen. Sowohl er als auch der Attentatsverdächtige Mehdi Nemmouche waren bzw. sind djihadistische Einzeltäter, sogenannte ‘einsame Wölfe’ (lonely wolves), deren Gefahrenpotentiale gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können. An sie, die “einsamen Wölfe”, richtete sich eine virtuelle Botschaft, nachdem Frankreich sich im Kampf gegen militante Islamisten in Mali 2013 mit der militärischen Opération Serval engagierte und später Schutztruppen in Zentralafrika nach Auseinandersetzungen zwischen muslimischen und christlichen Kämpfern stellte. Als Reaktion auf diese Militäreinsätze drohten Islamisten mit der Ermordung von Frankreichs Präsident François Hollande. Mitte März 2014 riefen sie auf einer Internetseite, die der al-Qaida nahesteht, auch zu Anschlägen gegen Frankreich auf: “An unsere einsamen Wölfe in Frankreich, richtet den Kopf der Ungläubigkeit und des Verbrechertums hin”. Nun bedrohen nicht nur die einsamen Wölfe die zivilen Gesellschaften Europas. Deren Metropolen können auch Opfer von Anschlägen ausgebildeter Hit-Teams werden. Zwei außereuropäische Beispiele verdeutlichen diese Art der Gefahren.

3. “26/11 Mumbai Under Terror” – Anschlagsblaupause für Jahrzehnte

Was für die USA der 9/11, ist für Indien der “26/11″. An jenem 26. November 2008 erreichte auf dem Seeweg ein Hit-Team von zehn pakistanischen Männern im Alter von 21 bis 28 Jahren Indiens wirtschaftlich größtes Ballungszentrum (Z: 12 Millionen Einw.), die am Arabischen Meer gelegene Finanz- und Filmmetropole Mumbai (Bombay), um hier “Krieg zu führen” und “so viele Menschen wie möglich abzuschlachten”. Kaum an Land, teilten sich die mit Sturmgewehren, Handgranaten und Sprengsätzen bewaffneten Terroristen in fünf Zweierteams auf und fuhren mit Taxen zu den zuvor ausgewählten fünf Anschlagszielen, die sie fast zeitgleich erreichten. Ein Terrorkommando besetzte das Hotel Trident/Oberoi über 30 Stunden. Hier starben 33 Menschen. Ein zweites Kommando griff das Touristencafé Leopold an (10 Tote), um danach das dritte Team zu unterstützen. Dieses hatte das in der Nähe des berühmten Gate of India gelegene Hotel Taj Mahal angegriffen (32 Tote). Hier konnten 450 Gäste gerettet werden. Ein viertes Kommando schoss in der Victoria Railway Station, dem Hauptbahnhof um sich (58 Tote, 104 Verletzte), überfiel danach noch das Cama Hospital. Ein

fünftes Kommando hatte das Nariman-House angegriffen. Dieses jüdische Zentrum war ein "Chabad-House", ein religiöses Zentrum mit Herberge der orthodoxen Chabad-Lubawitsch-Bewegung, die derartige Häuser auf der ganzen Welt unterhält. In Indian gab es Chabad-Häuser noch in Bangalore, Goa und der Hauptstadt New Delhi. Hier fanden jüdische Reisende aus aller Welt Unterkunft, vor allen Amerikaner und Israelis. Letztere schätzten das Chabad-House in Mumbai, um hier nach dem langen Militärdienst abzuschalten. Vor diesem Hintergrund war dieses jüdische Zentrum als Anschlagsziel ausgewählt worden. Das dortige Terrorkommando hatte noch während seiner Aktion telefonisch Auftrag bekommen, alle Geiseln zu töten, da dies die Beziehungen zwischen Israel und Indien beeinträchtigen würde. Rund 44 Stunden dauerten die Gefechte um das Nariman-House (8 Tote). Mit einer Sondermaschine der israelischen Luftwaffe wurden die sechs jüdischen Opfer nach Israel geflogen, wo ihnen Tausende das letzte Geleit gaben. Über fast drei Tage dauerte dieser unglaubliche Terrorakt, dessen Akteure erst am 28. November gestoppt werden konnten. Insgesamt fanden in dieser Zeit 166 Menschen, darunter 26 Ausländer (auch drei Deutsche) den Tod, über 300 wurden verletzt. Neun der zehn Terroristen waren getötet worden. Diese Attacke hatte das Land schwer traumatisiert, konnte doch seine Bevölkerung über Tage live am Fernsehen verfolgen, wie die Terrorteams mordend durch die Stadt zogen.

Ihre terroristische Ausbildung hatten die jungen Pakistani von einer Gruppe bekommen, die ursprünglich vom pakistanischen Militär für Einsätze in der Konfliktregion Kaschmir gegründet worden war, der Lashkar-i-Toiba (LiT). Später war diese radikal-islamistische "Armee der Reinen" als Terrororganisation verboten worden. Die LiT unterhielt enge Kontakte zu den Taliban und zur al-Qaida, wollte die Herrschaft des Islam im gesamten indischen Subkontinent etablieren und konzentrierte ihre Terroraktionen auf Indien.

Zum Ende der Ausbildung gab die LiT den Männern die noch notwendige ideologisch-religiöse Unterweisung, handelte es sich doch um einen "Märtyrereinsatz". Erst Mitte September erfuhr das Hit-Team seinen Einsatzort, später die sorgfältig ausgewählten Anschlagsziele. Am 22. November liefen sie in Pakistans Hafenstadt Karatschi aus, wechselten auf der Fahrt nach Mumbai die Boote/Kutter. Als sie am 26. November die Stadt erreichten, setzten sie mit Schlauchbooten an Land, ausgestattet mit westlicher Kleidung, falschen Papieren, Bomben und Waffen. Ob auch Pakistans militärischer Geheimdienst ISI bei der Aktion "behilflich" war, konnte nie geklärt werden. Die Mission des Selbstmordkommandos hieß: Richtet den größtmöglichen Schaden an! Kämpft weiter! Lasst euch nicht lebend gefangen nehmen! Der Prozess gegen den einzig Überlebenden Attentäter begann am 23. März 2009. Das Sondergericht verurteilte ihn am 6. Mai 2010 zum Tod durch den Strang – wegen Verschwörung, Mord und "Kriegführung gegen Indien". Der "26/11 Mumbai" hatte Terrorgeschichte geschrieben – ein quasi zeitloses Modell für überall auf der Welt.

4."Operation Westgate Mall" – Massengeiselnahmen – waffentauglich auch für Europa

Auf einem anderen Kontinent, in Afrika, stand das 'Modell Mumbai' wohl auch Pate. Kurz nach dem 12. Jahrestag des 9/11 wurde ein spektakulärer Anschlag in Kenias Hauptstadt Nairobi (Z: 3,1 Millionen Einw.) verübt. Der Angriff begann am 21. September 2013 auf dem

Parkdeck des viergeschossigen Gebäudekomplexes Westgate Mall. Das im Viertel Westland der Metropole gelegene luxuriöse Einkaufszentrum, das zu Teilen einem israelischen Investor gehört gibt es seit 2007. Es beherbergt über 80 Geschäfte, Boutiquen, Restaurants und Cafés, Banken, ein Multiplex-Kino und nicht zuletzt Kenias größten Supermarkt. Zu den Tausenden Tagesbesuchern gehören begüterte Einheimische und Ausländer, liegt die Mall doch ganz in der Nähe der UN-Mission und der Deutschen Schule. Im Westgate befanden sich mehr als 1000 Personen während des Überfalls. Ein mit automatischen Waffen bewaffnetes mehrköpfiges Hit-Team der somalischen Terrorgruppe al-Shabaab (arab. Jugend, junge Männer), deren Kämpferzahl zwischen 4 bis 5 und 12 bis 15 schwankte, griff Augenzeugen zufolge vornehmlich sogenannte Ungläubige, westliche Ausländer und nicht-muslimische Kenianer an. Fast vier Tage dauerten die Kämpfe mit Sicherheitskräften, bei denen mindestens 72 Menschen (darunter 61 Zivilisten) starben und mehr als 200 verletzt wurden. Die Operation Westgate Mall war über längere Zeit vorbereitet worden. Die Attentäter trainierten ihren Überfall wohl im somalischen Hinterland. Im Einkaufszentrum waren zuvor Waffen deponiert worden. Die Angreifer hatten genaue Lagepläne, arbeiteten mit Komplizen in der Mall zusammen. War diese Operation nun der Beginn einer Shabaab-Offensive mit dem Fernziel der Errichtung eines ostafrikanischen Kalifats? Im Februar 2012 war die al-Shabaab formell der al-Qaida beigetreten. Seither gestaltete sie ihr radikaler Führer Emir Godane zu einem ‘regionalen Franchise der globalen Djihad-Bewegung’ um. Die Operation Westgate Mall kommentierte Godane mit dürren Worten: “Was in Nairobi begonnen hat, ist eine der epischen Schlachten in der Geschichte des Islam”. In Nairobi waren plötzlich über 1000 Menschen zu Geiseln terroristischer Gewalttäter geworden.

Erfahrungen in Operationen dieser Größenordnung hatten zuvor islamistische Nordkaukasier, vornehmlich tschetschenische Kämpfer gemacht. In der Zeit ihrer letzten Kriege (1994 bis 1996 und 1999 bis 2002) und darüber hinaus gehörte zu ihrer asymmetrischen Kriegführung gegen Russland auch die Massengeiselnahme: Mitte Juni 1995 im Krankenhaus der russischen Provinzstadt Budjonnowsk 1100 (bis 1500) Geiseln; im Januar 1996 im Krankenhaus der dagestanischen Kreisstadt Kisljar über 2000 (bis zu 3000) Geiseln; im Oktober 2002 in einem Moskauer Theater an der Dubrowka über 700 Besucher eines Musicals; Anfang September 2004 in der Schule Nummer eins im nordossetischen Städtchen Beslan 1251 Personen, mehrheitlich Schüler. Kopf dieser Art der Kriegführung war der tschetschenische Feldkommandeur Schamil Bassajew (1965 – 2006), der wie kein anderer über Jahre den Nordkaukasuskonflikt islamisierte und als Emir des tschetschenischen Djihad den Waffengang erst dann für beendet sah, wenn das “Gesetz Allahs in Jerusalem herrscht”. Vielleicht auch vor diesem Hintergrund kämpfen heute tschetschenische Djihadisten auch in Syrien, auf Seiten der zum ISIS transformierten al-Qaida im Irak (AQI). Erst am 12. März 2014 fiel eine Gruppe von ISIS-Djihadisten in die Stadt Dscharabulus (Provinz Aleppo) ein und soll dort nach Gefechten 22 Menschen hingerichtet haben. Geführt wurde das ISIS-Kommando, so Augenzeugen gegenüber der Organisation Syrische Menschenrechtsbeobachter, von Abu Omar, dem Tschetschenen. Unter den militant islamistischen Gruppen hat die Qaida-Bewegung eine herausragende Rolle, hatte sie doch mit Syrien, nach “verunglückten Einsätzen” in Libyen und Mali, eine neue Operationsbasis gefunden – mit Zugang zum Mittelmeer und ganz in der Nähe Israels. Syrien könne, so

Osama Bin Ladens Nachfolger Aiman al-Zawahiri, zum "Sprungbrett zur Eroberung Jerusalems" werden.

5. "Heiliger Bürgerkrieg" in Syrien – Aufbau des Tsunami djihadistischer Gewalt

Drei Jahre Bürgerkrieg haben Syrien bis in die Grundfesten erschüttert. Einen Teil des Landes kontrolliert das Assad-Regime, dessen Streitkräfte von 10.000 oder mehr schiitischen "Gastkämpfern" aus dem Libanon (Hizbollah-Milizionäre), dem Iran (Pasdaran-Angehörige), Irak und Jemen, selbst aus Afghanistan (Ethnie der Hazara) unterstützt werden. In anderen Landesteilen herrschen bewaffnete oppositionelle Kräfte der Bürgermiliz FSA (Freie Syrische Armee), diverser islamistischer Rebellen-Brigaden, der Kurden und anderer Gruppen/Bewegungen.

Bis Anfang Juni 2014 soll der Konflikt über 162.000 Todesopfer gefordert haben, davon über 61.000 Regierungssoldaten, über 43.000 Rebellen, 1600 ausländische Islamisten und "der Rest Zivilisten" – so die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte in London. Die bisher überlebte zivile Bevölkerung sucht zu großen Teil der Gewalt durch Flucht auszuweichen. Im Lande selbst zählt man mittlerweile über 6,5 Millionen Binnenflüchtlinge. Fast drei Millionen flohen in die Nachbarländer: gut eine Million in den Libanon, 0,6 Millionen nach Jordanien, über 0,7 Millionen in die Türkei und fast eine Viertelmillion in den Irak. Der volkswirtschaftliche Schaden dreier Bürgerkriegsjahre wird auf 100 Milliarden Euro geschätzt. Im selben Zeitraum entstanden und etablierten sich "Wirtschaftszweige der Gewalt" – vom Menschen- und Waffenhandel über Raub und Entführung bis zur Unterschlagung humanitärer Hilfen. Drei Jahre voller Gewalt haben das zivile Antlitz der syrischen Gesellschaft dramatisch verändert.

Und in dieses Chaos zog es in den letzten zweieinhalb Jahren schon über 10.000 "foreign fighters" aus dem Ausland, so aus Jordanien (über 2000), Saudi-Arabien (über 1000), Tunesien (fast 1000) und dem Libanon, Libyen, der Türkei, Ägypten und anderen Staaten. Aus Europa zog es im selben Zeitraum gut 2000 "Bürgerkriegsfreiwillige" nach Syrien, so aus Frankreich (780), Deutschland (320), Großbritannien, den Niederlanden, Belgien, Schweden, Dänemark und dem Balkan. Mehrheitlich zog und zieht es die europäischen Djihadisten zu den islamistischen Rebellen, und hier insbesondere zur radikalen Vereinigung Islamischer Staat im Irak und (Groß)syrien (ISIS), die am kompromisslosesten für eine islamisch-salafistische Theokratie mit einem ISIS-Emir an der Spitze kämpft. An der langen Landgrenze zur Türkei soll in Nordsyrien der erstrebte Gottesstaat errichtet werden. Der ISIS gilt als äußerst brutal. Hier verläuft die Bürgerkriegssozialisation am schnellsten, hier werden die "Nachwuchs-Djihadisten" rasch an das Töten gewöhnt. So geprägt sind einige Hundert bisher nach Europa zurückgekehrt. Welche Gefahren von ihnen ausgehen könnten, war über längere Zeit unklar, fehlten den Sicherheitsbehörden doch konkrete "Hinweise auf die Planung von Terrorakten". Hier nun schließt sich der Kreis zum jüngsten Terrorakt in Europa. Ein gutes Viertel der in Syrien kämpfenden Europäer stammt aus Frankreich. Mit Mehdi Nemmouche war einer von ihnen zurückgekehrt. Der Franzose war bemüht, seine Reisespuren zu verwischen. Anscheinend reiste er über Deutschland nach Europa ein. Hier wurde er auf dem Frankfurter Flughafen kontrolliert, die französischen Behörden informiert.

Doch reiste Nemmouche nicht in seine Heimat, sondern weiter nach Belgien. Hinweise auf die Planung von Terrorakten – Fehlanzeige. In Brüssel zeigte er, welche Gefahren von Rückkehrern ausgehen können, die der "Heilige Bürgerkrieg" in Syrien verroht, ja entmenschlicht hat. Geprägt wurde hier die Bereitschaft ohne wenn und aber zu töten. Dass der "Gotteskrieger" Nemmouche eine jüdische Einrichtung in Brüssel zur Verbreitung des Todes aufsuchte, war Absicht und kein Zufall. Eine Botschaft an die "Ungläubigen" in dieser Welt – allen voran die Juden.

6. Antisemitische Gewalt – fester Bestandteil des militanten Islamismus

Seine Mordtaten am 24. Mai 2014 waren nicht irgendein Terrorakt, es war ein antisemitischer Anschlag eines bürgerkriegssozialisierten Djihadisten mit al-Qaida/ISIS-Kontakten, der mit Tötungsabsicht gezielt auf die Köpfe und Hälse seiner Opfer schoss. Er ist der erste, ganz bestimmt nicht der letzte seiner Art. Nun muss der antisemitischen Komponente djihadistischer Gewalt hohe, ja höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Schon lange ist bekannt, dass die antisemitische Gewalt fester Bestandteil des militanten Islamismus ist, der sich aus den Quellen des Hasses auf Israel und der Judenfeindschaft speist. Nemmouche hatte während seiner Zeit in Syrien Kontakt zum Islamischen Staat im Irak und Syrien (ISIS).

Dieser war aus der al-Qaida im Irak (AQI) hervorgegangen, die zu Beginn des dortigen Krieges schon 2003 von dem Djihad-Terroristen Abu Mussab al-Sarkawi (1966 – 2006) begründet wurde. In einer Botschaft ließ er die al-Qaida-Führung in Afghanistan wissen: "… Die Amerikaner sind in den Irak eingedrungen, um Großisrael zu schaffen, reichend vom Nil bis zum Euphrat …". Al-Qaida-Begründer Osama Bin Laden (1957 – 2011) hatte schon zehn Jahre zuvor deutlich gemacht, dass es mit den Juden keinen Frieden geben kann. Diese Haltung machte er in einem Schreiben an den Obersten Rechtsgelehrten des Saudischen Rats der Ulama Ende Dezember 1994 deutlich: "Der jüdische Staat, gegen den wir kämpfen, ist kein Feind, der in seinem eigenen Land sitzt und sich verteidigt, bis er einen Friedensvertrag erkämpft hat. Der jüdische Feind ist der Aggressor, der Verderber der Religion und der Welt … so ist es unsere gesetzliche Pflicht, im Namen Gottes Djihad zu führen und unsere Umma zum Djihad aufzurufen, damit Palästina vollständig befreit wird und wieder unter islamischer Souveränität leben kann …"

Ein halbes Jahrzehnt später, mit Beginn der Zweiten Intifada (28. September 2000) der Palästinenser gegen Israel, nahm in Europa die Anzahl antisemitischer Übergriffe nun auch von gewaltbereiten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus islamisch geprägten Migrantenmilieus zu. In Deutschland kam es bereits einen Monat später zu einem spektakulären Vorfall, als im Oktober muslimische Jugendliche einen Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge verübten. Im Jahr 2008 bilanzierte der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA) Jörg Ziercke vor Parlamentariern im Reichstag die "latente Gefahr, der die jüdischen Gemeinden in Deutschland ausgesetzt waren, und verdeutlichte die Notwendigkeit, stärker als bisher gegen den Hass auf Juden vorzugehen. Im selben Jahr forderte Außenminister Steinmeier Wachsamkeit, um zu verhindern, dass "islamistische Kreise antisemitische Haltungen" in die zugewanderte Bevölkerung hineintrügen. Doch weder in Deutschland, noch in anderen Staaten Europas konnte die Zunahme antijüdischer

Ressentiments verhindert werden. Diese wurden über Jahre noch verstärkt durch einschlägige Programme von TV-Sendern aus dem Nahen Osten, die via Satellitenschüsseln überall in Europa empfangen werden können. Ergänzt wurde und wird das antisemitische power play durch zig Tausende islamistischer Websites mit Djihadbezug im Internet. Last but not least begünstigen hochideologisierte Rückkehrer durch persönlich vorgetragene Kampferfahrungen den heutigen "Djihad-Tourismus".

So bedrohlich die Entwicklungen in den letzten Jahren auch waren, erst der djihadistisch-antisemitische Mordanschlag in Brüssel schlug eine wahrlich sicherheitspolitische Zäsur. "Diese Qualität der Gewalt ist neu", stellte die für die Liberalen im Brüsseler Regionalparlament sitzende Viviane Teitelbaum kurz nach der Tat fest. Nach Gesprächen mit den europäischen Innenministern am 5. Juni in Luxemburg stellte der Anti-Terror-Koordinator der EU, Gilles de Kerchove, "dringenden Handlungsbedarf" angesichts der Anschlagsgefahren durch kampferfahrene Syrien-Heimkehrer fest. Bei der Rückkehr in ihre Heimatregionen stehen diese aber nicht isoliert da, sondern treffen auf bereits gewaltbereite Milieus. Für Deutschland wird die allgemeine Bedrohungslage im jährlichen Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Innern beschrieben. Vor einem Jahr hieß es dazu: "Die islamistische Szene besteht aus verschiedenen Strukturen, die stark miteinander vernetzt sind … Das Spektrum islamistisch-terroristischer Strukturen in Deutschland reicht von Netzwerken gewaltbereiter Islamisten, die in enger Beziehung zu 'jihadistischen' Organisationen im Ausland stehen, über weitgehend autonom operierende Kleinstgruppen bis hin zu Einzeltätern, die sich – zum Teil in rasanter Geschwindigkeit über das Internet – selbst radikalisieren und Anschläge selbständig planen … Ende 2012 gab es 30 bundesweit aktive islamistische Organisationen. Das islamistische Personenpotenzial in Deutschland ist von 38.080 (2011) auf 42.550 gestiegen. Der Anstieg beruht insbesondere auf der erstmaligen Einrechnung der den salafistischen Bestrebungen zugeordneten Mitglieder/Anhänger (4500) in das Gesamtpotenzial. Zu den in Deutschland in internationale 'jihadistische' Netzwerke eingebundenen Personen liegen keine gesicherten Zahlen vor …" Die nüchternen Zahlenwerke werden nicht kleiner, sondern größer; nicht nur in Deutschland, auch bei den europäischen Nachbarn. Die Möglichkeit, dass Besucher von Kultur- und Sportstätten, Gäste in Hotels, Reisende in Bahnhöfen und Kaufwillige in Einkaufsstätten plötzlich zu Geiseln terroristischer Gewalttäter werden könnten, ist mit dem Attentat in Brüssel realistischer geworden. Allen voran bedarf es des Schutzes jüdischer Einrichtungen in Europa. Doch sollte uns allen bewusst sein, dass Gewalt gegen jüdische und israelische Bürger und ihre Einrichtungen ein Indikator für die Gewalt des Djihadterrorismus schlechthin ist, der uns alle in einem bis jetzt noch sicheren Europa treffen kann.

Der Text im PDF-Format:

Berndt Georg Thamm_Manuskript_Terroranschlag_in_Brüssel_06_17

Dynamik des antisemitischen Ressentiments

Berlin, 31.07.2014

Einem Rabbiner droht in Frankfurt am Main ein Mann, 30 Juden umzubringen, sollte seiner Familie in Gaza etwas zustoßen. Am Rande einer propalästinensischen Demonstration in Berlin muss ein israelisches Ehepaar von der Polizei vor Demonstranten geschützt werden, weil der Mann eine Kippa trägt. „Free Palestine“ wird auf eine Synagoge in Wuppertal geschmiert, einige Tage später landen mehrere Brandsätze an derselben Synagoge.

Zweifellos kann von einem Zusammenhang verschiedener Vorfälle gegen jüdische Menschen und Einrichtungen mit den Demonstrationen zum Nahostkonflikt ausgegangen werden, fielen doch die vergangenen „Free-Palestine“-Demonstrationen durchweg durch Negativschlagzeilen auf. Unverblümt antisemitische Sprechchöre wie „Hamas – Juden ins Gas“ oder „Tod den Juden“ ließen an einer friedlichen Grundstimmung erheblichen Zweifel aufkommen. Dass die Parole „Jude, Jude feiges Schwein, komm heraus und kämpf‘ allein“ weder von der Polizei unterbunden, noch von der Staatsanwaltschaft vorläufig als volksverhetzend eingestuft wurde, ist bedenklich. Die Staatsanwaltschaft prüft gerade die Anzeige des American Jewish Committee (AJC).

Nach anfänglicher Lethargie berichten inzwischen auch die Abendnachrichten von ARD und ZDF von diesen Demonstrationen im Rahmen ihrer Nahostberichterstattung. Die Vorfälle in Berlin und Essen sehr spät aufgearbeitet, thematisierten sie auch die Al-Quds-Demonstration in der Bundeshauptstadt. Dabei betonten sie den „weitgehend friedlichen“ Ablauf. Antisemitische Parolen wollten sie dagegen kaum gehört haben, wodurch der Eindruck in den Beiträgen entsteht, dass die Demonstrationen ohne antisemitische Äußerungen oder gar Intentionen auskamen. Der Besuch der vergangenen Al-Quds-Demonstration lässt bei genauem Hinsehen nur eine andere Schlussfolgerung zu.

Aufgrund der harschen Kritik waren die Veranstalter und Ordner nun darauf bedacht, offen antisemitische Parolen zu unterbinden. „Jude“ sollte durch „Zionist“ ersetzt werden, da man sich nicht gegen das Judentum mit seinem Protest stelle. Gestärkt wird diese Behauptung durch Plakate mit der Aufschrift „Gemeinsam gegen Zionismus und Antisemitismus“ sowie durch die Teilnahme der „Naturei Karta“, einer winzigen ultraorthodoxen jüdischen Sekte, die aus religiösen Gründen die Existenz des Staates Israel bekämpft. Die Vereinnahmung dieser Gruppe soll den antisemitischen Charakter der Al-Quds-Demonstration verschleiern.

Dabei kann ihr Hass auf Juden nicht übersehen werden, betrachtet man die Plakate, die auf der Kundgebung über den Kurfürstendamm getragen werden. Auffallend oft wird der Staat Israel bzw. der Zionismus als blutrünstiges Monstrum dargestellt. Ein Plakat ziert der Schriftzug „Zionisten trinken Blut!!! Tote Kinder landen bei McDonalds –> Rabbi Abe Finkelstein trinkt Kinderblut“, ein anderes zeigt Benjamin Netanyahu über ein offenbar verletztes palästinensisches Kind gebeugt. Die Bildüberschrift über dem als Teufel mit blauem Davidstern auf der Stirn und offenem, bluttriefenden Mund dargestellten israelischen

Premierminister lautet „Can't get enough“, die Bildunterschrift „Save Palestinian Kids“. Israel habe also nichts anderes im Sinn, als palästinensische Kinder zu töten, so die Botschaft. Die Darstellung Israels als Ausgeburt des Teufels zeigt ein weiteres Plakat, auf welchem Theodor Herzl, der Wegbereiter des modernen jüdischen Staates, mit Eselsohren, Teufelszähnen und blutverschmiertem Mund auf einem Ei sitzend den Teufel (Israel) gerade ausbrütet. Dieses Bild des satanischen Juden ist ohne Umschweife dem mittelalterlichen Antijudaismus entlehnt.

Diese Vorstellungen waren auch für die Erfindung der Protokolle der Weisen von Zion wesentlich. Um ihr Verlangen nach Christenblut zu stillen, hätten die Juden ihre Geheimorganisation gegründet, welche die Welt beherrschen sollte. Die Wahnvorstellung von der Allmacht der Juden hielt auch Einzug bei der vergangenen Al-Quds-Demo: Ein Plakat zeigte einen von einem Davidstern umrahmten Bundesadler, was die Herrschaft der Juden über die Bundesrepublik nahelegen soll. Dass sich bei solchen Verschwörungsideologien Holocaustleugner wohl fühlen, ist nicht verwunderlich. Auf Plakaten jedenfalls wurde der Holocaust oft genug relativiert, indem die Situation in Gaza mit dem Völkermord an den Juden im Nationalsozialismus gleichgesetzt wurde. Komplettiert wird die Querfront durch linke Israel-Boykott-Aktivisten und diverse islamistische Gruppen wie die Hisbollah und die Hisb ut-Tahrir, unter Shahada-Fahnen vereint.

All diese Gruppen sammeln sich in diesen Tagen, um für Gaza zu demonstrieren und marschieren doch nur gegen Israel. Nachdem ihre antisemitischen Hetzparolen auf gesellschaftliche Ablehnung gestoßen sind, lassen diese Gruppierungen mit ihren Plakaten und Transparenten keinen Zweifel mehr an ihrer unverändert antisemitischen Grundeinstellung, auch wenn stets ein Antizionismus vorgeschoben wird. Viele Demonstranten bedienen sich mittelalterlicher antijüdischer Vorurteile und transferieren sie von ihrem Wahn einer jüdischen Weltverschwörung geleitet in die heutige Zeit, in der Medien wie Politik von Juden gesteuert sind, um schlussendlich einen Holocaust an den Palästinensern zu halluzinieren. Damit solidarisieren sie sich in ihrem Engagement für ein freies Palästina mit der Hamas, welche die Vernichtung Israels nicht nur in ihrer Charta verankert hat, sondern ihren Judenhass aus denselben Wahnvorstellungen ableitet.

Erschreckend ist die Eindeutigkeit der Verbindung zu alten antijüdischen Ressentiments, von welchen man gedacht hätte, sie seien verschwunden oder aufgearbeitet. Sie sind aber präsent, sie marschieren gegen Israel und: sie werfen Brandsätze auf jüdische Einrichtungen – den Mord von Juden billigend in Kauf nehmend.

Antisemitische Ausbrüche zum Tod von Robin Williams

Berlin, 15.08.2014

Die Welt trauert um einen großartigen Schauspieler. Die darstellerische Leistung von Robin Williams war und ist unbestritten. Auch wir als Cineasten waren traurig, als wir von seinem Tod hörten. Umso erschütternder war es, von der Kommentarspalte unter der Meldung von seinem Tod auf ZeitOnline zu erfahren. Antisemitische Inhalte übelster Sorte schockierten auf so vielen Ebenen und man fragte sich, warum ZeitOnline solche Kommentare so lange zuließ.

Am nächsten Tag hieß es in einer Erklärung, die Kommentarfunktion sei von der Nachtredaktion versehentlich nicht abgeschaltet worden, wie normalerweise bei Todesmeldungen gängig. Deshalb seien diese Kommentare so lange sichtbar gewesen. Abstoßend, aber dennoch aufschlussreich spiegelten sie doch die perfideste risikoloser, weil kaum sanktionierbarer, verbaler antisemitischer Agitation wider. Fabuliert wurde in alle erdenklichen Richtungen, selbstverständlich angefangen von der jüdischen Weltherrschaft, deren Propagandist Robin Williams scheinbar war, hätten die Juden natürlich auch Hollywood in der Hand. Pädophil seien sie freilich ebenfalls, obwohl die Frage offen bliebe, warum sie Kinder überhaupt schlachteten. Sicher ist den Kommentatoren nur ihre eigene wahnhafte Faktenlage. Könne man doch im heutigen Zeitalter einfach googeln.

Es ist eine Binsenweisheit, dass das Internet große Chancen eröffnet, vor allem in Bildung und Kommunikation. Nur schützt die Fähigkeit zur Nutzung der modernen Medien nicht vor ewiggestrigem Gedankengut, wofür das Internet ebenfalls vermeintliche Fakten liefert. Die Kommentare lassen jeden vernunftbegabten Menschen fassungslos den Kopf schütteln und leider wenig Verwunderung ob der kürzlich geschehenen antisemitischen Übergriffe zurück. Bei den verbalen und physischen Übergriffen wird sichtbar, welche wahnhaften Stereotype in vielen Köpfen vorhanden sind. Der Tod von Robin Williams wurde als Plattform genutzt, sonst eher versteckte Ressentiments auf widerlichste Art und Weise ihren freien Lauf zu lassen.

Die Mär von der Schuld am Antisemitismus

Berlin, 19.08.2014

Die antisemitischen Vorfälle rund um die Demonstrationen zur gegenwärtigen Gaza-Konflikt sorgten für Aufregung in Politik und Gesellschaft. Überwiegend wurde die Gewalt gegen jüdische Menschen und Einrichtungen in Deutschland verurteilt. Die einen konnten, teilweise zu Recht, keinen neuen Antisemitismus entdecken, die anderen vermochten, völlig zu Recht, eine neue Qualität in der Äußerung antisemitischer Ressentiments auszumachen. Vor allem die Offenheit der zu Schau getragenen Vorurteile schockierte viele. Nicht immer wurde, wie zwischenzeitlich sogar von den eigenen Organisatoren gefordert, auf den Demonstrationen zwischen Juden und Israel unterschieden. Dies entfachte die alte Diskussion, wie weit man in seiner Kritik am jüdischen Staat gehen darf.

So schwer machten es sich einige Menschen nicht. Diejenigen, die Gullideckel gegen Scheiben von Synagogen oder Brandsätze an solche warfen, identifizierten das Judentum eindeutig mit dem Staat Israel, besonders indem einige Tage vor letzterem Vorfall „Free Palestine“ auf das Gebäude geschmiert wurde. Den Mord an Juden billigend in Kauf nehmend, wollten die Täter ihrer Verachtung gegenüber der Politik Israels Ausdruck verleihen. Als Ziel nahmen sie die vermeintlichen Vertreter des Staates Israels: die Juden.

Doch was haben Juden in Deutschland mit Israel oder gar mit der Politik Israels zu tun? Beziehungsweise: Wie können Juden in Deutschland für die Geschehnisse im Nahen Osten verantwortlich gemacht werden? Schließlich können sie keine israelischen Politiker und Parteien wählen, womit eine demokratisch vermittelte, sehr weit hergeholte Verantwortung vorhanden wäre. Und dennoch: Selbstverständlich haben viele Juden in Deutschland eine Verbindung zu Israel, sei es durch dort lebende Freunde und Verwandte, sei es aufgrund der Vorstellung vom Staat Israel als dem einzig sicheren Zufluchtsort für Juden. Daher rührt die vielbeschworene und oft geforderte Solidarität mit Israel. Diese hat nichts mit konkreten politischen Inhalten zu tun – sie beruht allein auf dem Teilen gleicher Werte und der Bejahung des Existenzrechts des Staates Israel.

Gerade diese Solidarität wird den Juden vorgeworfen. Diese „ständige totale Identifikation mit Israel“, wie Alfred Grosser in einem Interview am 3. August im Deutschlandradio beschrieb, lade gerade dazu ein, Juden über einen Kamm zu scheren und kreiere die Feindbilder, die im israelsolidarischen Juden ausgemacht werden. Scheinbar tragen die Juden wieder einmal selber viel dazu bei, sie nicht zu mögen, wenn sie sich mit dem Staat solidarisch erklären, der ihnen als einziger den Schutz der Mehrheitsbevölkerung gewähren kann. Warum aber dürfen Juden nicht solidarisch mit dem jüdischen Staat sein? Warum sollen sie sich von der israelischen Regierung distanzieren? Sind alle Juden Auslandsvertreter des Staates Israel und müssen sich in der Öffentlichkeit rechtfertigen, wenn die israelischen Streitkräfte Ziele in Gaza bombardieren? Jedenfalls würde eine Distanzierung von der aktuellen Politik helfen, die aufgeheizte Lage in Deutschland zu beruhigen, wird der Israel wohlgesonnene Mensch von nahezu allen Seiten belehrt. Warum man sich von etwas

distanzieren soll, für das man in keinster Weise verantwortlich zu zeichnen ist, bleibt ein Rätsel.

Einige FriedensfreundInnen, die sich diesem Rätsel entweder nicht stellen oder seiner Lösung auf den Grund gegangen zu sein scheinen, versammelten sich am 4. August vor der Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin. Seit geraumer Zeit treffen sich Menschen montags, um für Frieden zu demonstrieren. Eine Gruppe dieser „Montagsdemonstranten“ machte sich von ihrem Treffpunkt Bundestag über das Wirtschaftsministerium Richtung Alexanderplatz auf. Internationalistisch mit Flaggen aller Herren Länder und dem Schlachtruf „Hoch die internationale Solidarität“ ließ man sich den Umweg über die Synagoge nicht nehmen. Man fühlte sich offenbar dazu genötigt, einige Worte vor der Synagoge „für den Frieden“ zu verlieren: „Und ja. In Palästina, was da abgeht, das ist ein blankes Verbrechen. Und das nur wegen Kohle, Kohle, Kohle und nochmals Kohle. Ich möchte nochmal sagen: ich habe nichts gegen Juden, absolut nicht, aber die Führung des israelischen Staates ist absolut verbrecherisch.“ Achso. Man hat ja nichts gegen Juden. Aber wo sonst soll man auch seinem Unmut über die israelische Politik Luft verschaffen, als vor einer Synagoge?

Erziehung zum Hass

Berlin, 28.08.2014

Eine Analyse zur Instrumentalisierung und antisemitischen Indoktrination von Kindern während der Demonstration "Stoppt das Massaker an palästinensischen Kindern, Frauen und Zivilisten in Gaza"

Laurence Kirmer, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin

Kirsten Tenhafen, Grundschulpädagogin und Vorstand Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA)

Lange sind auf deutschen Straßen nicht mehr derart eindeutig antisemitische Sprechchöre von Massen skandiert worden wie in den letzten Wochen. Hasserfüllte Demonstranten, darunter auffallend viele junge muslimische Männer, brüllten am 17. Juli einer pro-israelischen Kundgebung „Jude, Jude, feiges Schwein, komm‘ heraus und kämpf‘ allein!“ entgegen. Die große Anzahl von Demonstranten, die neben dem Slogan „Kindermörder Israel“ in diesen Slogan einfielen, ist auch auf Erziehungsmuster zurückzuführen, die am 22. Juli auf einer Kundgebung am Potsdamer Platz in Berlin für die Öffentlichkeit exemplarisch sichtbar zutage lagen. Im Rahmen der Veranstaltung mit dem Titel "Stoppt das Massaker an palästinensischen Kindern, Frauen und Zivilisten in Gaza", griffen die OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen mit dem Vorwurf des Kindermordes auf ein Jahrhunderte altes antisemitisches Motiv zurück, das fest in den europäischen und arabischen Gesellschaften verankert ist. Bei der Veranstaltung, die vom "Palästinensischen Frauenverband in Deutschland" mitorganisiert wurde, traten insbesondere Kinder und Frauen als DemonstrantInnen auf. Eine Homepage zur Palästinasolidarität, die den Aufruf zur Kundgebung veröffentlichte, verlinkt zu einem Video wie auch zu einer Fotostrecke, auf welchen nahezu alle der folgenden Beispiele nachvollzogen werden können. Die Instrumentalisierung und die antisemitische Indoktrination von Kindern, die auch bei anderen „Gaza-Demonstrationen“ zu beobachten waren, fielen hier besonders auf.

Während der Demonstration riefen Kinder antisemitische Parolen, die ihnen von Erwachsenen vorgegeben wurden: "Unsere Kinder wollen leben aber Israel ist dagegen", "Israel ist ein Mörder und Faschist", "Ist die Welt dumm und stumm, Israel bringt Kinder um" und Ähnliches. Die Kinder wiederholten diese Parolen mehrmals und wurden dabei von Erwachsenen instruiert und beobachtet. Sie trugen weiße T-Shirts, die mit roter Farbe bemalt waren, um Blut zu symbolisieren. Ein Kind hielt während der Kundgebung ein selbstgemaltes Bild hoch. Auf dem Bild war ein am Boden liegendes Kind zu sehen, auf dessen Körper sich ein großer roter Fleck befand. Darüber stand in Druckschrift "Kindermörder Israel". Im Laufe der Veranstaltung wurden die Kinder um Puppen gruppiert, die auf dem Boden lagen und mit roter Farbe beschmiert waren. Fotos von der Veranstaltung, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, zeigen am Boden liegende Kleinkinder, die zwischen die rot verschmierten Puppen drapiert worden waren. Zwischen zwei Kindern liegt ein abgetrennter Puppenkopf. Während

des “Protestmarsches” trugen mehrere Kinder mit roter Farbe verunstaltete Puppen auf den Armen. Ein Fotograf, der den Marsch mit der Kamera filmte, instruierte die auf ihn zukommenden Kinder: “Ruhig weitergehen, ruhig weitergehen.” (3:50) Auf der Kleidung eines Babys stand der Satz “Israel töte mich nicht”. Eine Frau hielt ein kleines Mädchen auf dem Arm, dessen Körper mit roter Farbe bemalt war. Auf dem anderen Arm trug sie eine Puppe mit rot verschmiertem Kopf. Als sie eine Kamera bemerkt, dreht sie die Puppe demonstrativ zur Kamera hin (2:14). Eine Fotografin machte Fotos von einem Mädchen, dem eine palästinensische Flagge auf das Gesicht gemalt worden war. Auch ein Team der ARD filmte die Kinder bereitwillig und nahm die Sprechchöre mit einem Mikrofon auf. Mit Kindern und Frauen als DemonstrantInnen werden dem Fernsehzuschauer, im Gegensatz zu potentiell gewaltbereiten jungen Männern, diejenigen als für eine Sache einstehend vorgeführt, welchen stets ein Abstand zur Gewalt attestiert wird. Die Inhalte der Demonstration werden durch die Instrumentalisierung der Kinder in ein positives Licht gerückt und es wird eine besondere Redlichkeit suggeriert. Die antisemitischen Inhalte bleiben dabei allenfalls eine Randerscheinung, keinesfalls der Mittelpunkt in der Berichterstattung.

Kinder, die mit Puppen auf dem Arm auftreten oder zwischen am Boden liegende Puppen drapiert sind, werden zum Teil der antisemitischen Ritualmord-Ikonografie gemacht. Sie haben keine Möglichkeit eine Distanz zu den Bildern einzunehmen, da sie selbst in ihnen enthalten sind. Als Teil der antisemitischen Ikonografie werden sie zur Schau gestellt. Die-se vermittelt ihnen die Botschaft, sie seien das Ziel vermeintlicher Tötungsabsichten der israelischen Armee. Obwohl sich die Kinder auf den sicheren Straßen Berlins bewegen, werden sie als potentielle Opfer des Staates Israel dargestellt. Dem israelischen Staat wird hier nicht nur unterstellt besonders Kinder töten zu wollen, sondern auch dies jederzeit überall tun zu können. Israel wird hier als Staat mit einer besonderen Allmacht fantasiert, der es besonders auf Kinder abgesehen habe. Durch das wiederholte Rufen antisemiti-scher Parolen wird dieses Bild verstärkt und letztlich von den Kindern internalisiert.

Auf den Videos und Fotos, die dem JFDA vorliegen, ist zu sehen, dass die Kinder mit dem einem Schlachtfeld gleichenden Arrangement sichtlich überfordert sind. Die mit roter Farbe verunstalteten Puppen verbreiten Angst und Schrecken. Es stellt sich die Frage, ob die Kinder vielleicht selbst noch ein paar Tage vorher mit den Puppen gespielt haben und ob sie aufgefordert wurden, ihre eigenen Puppen für das „Rollenspiel: Massaker“ zu opfern. Puppen sind zum Spielen gedacht. Im Spiel eignen sich Kleinkinder wie Kinder die Welt an. Im Spielen wiederholen sie Ereignisse, ermöglichen die Erfüllung ihrer Wünsche und Bedürfnisse, finden Selbstvertrauen, verarbeiten Erlebtes und finden eigenständig und unbeobachtet Lösungen. Spielen ist spontan und entwickelt sich frei nach den Ideen, Bildern und Vorstellungen der Kinder. Sie sollten hierbei nicht von außen gestört werden. Dieses genuine Spielverhalten der Kinder wird jedoch von den Verantwortlichen der „Gaza-Demonstrationen“ für das In-Szene-Setzen der antisemitischen Ikonografie ausgenutzt. Den Kindern wird nicht etwa vermittelt, dass sie geborgen und sicher sind, sondern dass sie existentiell bedroht seien, und zwar im Hier und Jetzt. Damit wird das Bedürfnis der Kinder nach Sicherheit und Geborgenheit übergangen.

In Bezug auf die „Gaza-Demonstrationen“ ist anzunehmen, dass die Kinder hin- und hergerissen sind zwischen dem Bedürfnis mit den Erwachsenen zu kooperieren und dem Wunsch nur nicht gesehen zu werden. Keiner der Erwachsenen – Eltern, Bezugspersonen und BeobachterInnen, JournalistInnen oder PolizistInnen – geht empathisch auf die Kinder ein, niemand interveniert. Offensichtlich liefert der arabische Antisemitismus hier eine Ikonografie, die der europäischen Mehrheitsgesellschaft nur allzu vertraut ist. Die Kinder bleiben letztlich mit dem Konflikt allein. Sie bleiben allein mit dem Gefühl von Scham und Zweifel, und das vor laufender Kamera. Ihr positives Selbstwertgefühl wird verletzt, sie müssen unangemessene Anforderungen erfüllen und werden genötigt, den unverhüllten Hass der Erwachsenen zu demonstrieren. Laut § 1631 BGB hat jedes Kind „ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.“ Es mutet wie eine seelische Misshandlung an, wenn Eltern und Erwachsene hier ihr eigenes hasserfülltes, verzerrtes Bild der Realität auf Kosten ihrer Kinder ausagieren. Sicher jedoch liegen unserer Ansicht nach eine massive emotionale Überforderung und Belastung der Kinder durch ihre Bezugspersonen vor.

Die meisten der betroffenen Kinder sind im schulpflichtigen Alter. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres ist zu hoffen, dass sie dort wachsamen, empathischen LehrerInnen und ErzieherInnen begegnen, die offen auf Erzählungen der Kinder eingehen, auch ihre Fragen zulassen und Antworten nicht ausweichen. Damit erhielten die Kinder eine Chance, nicht mit dem Erlebten allein zu bleiben. Wie werden die Kinder bis dahin das Erlebte verarbeitet haben? Welche Bilder tragen sie mit sich herum? Hatten sie Albträume? In welchem Ausmaß können sie sich ihren MitschülerInnen, LehrerInnen und ErzieherInnen anvertrauen? LehrerInnen und ErzieherInnen sollten für die Folgen eines emotionalen Belastungsdrucks sensibilisiert werden. Gleichwohl müssen sie in die Lage versetzt werden, angemessen auf antisemitische Äußerungen von Kindern und Jugendlichen zu reagieren. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus muss ein fester Bestandteil des Schulcurriculums sein.

Die für die Kinder Verantwortung tragenden Stellen stehen nunmehr vor der besonderen Herausforderung, Kontakt zu den Familien, ihren Kindern und den Organisatoren der antisemitischen Veranstaltungen aufzunehmen. Nur über den Weg der direkten Kommunikation kann die Prognose über die seelischen Folgen bei den betroffenen Kindern abgeschätzt werden. Die Kinder können und sollten befragt werden, mittels offener Fragen und dem jeweiligen Alter angemessen. Hierfür ist eine auf Offenheit und Achtsamkeit basierende Befragung notwendig. Derartige von Hass erfüllte Demonstrationen sind nicht einmalig, sondern wiederholen sich. Sie werden für die Öffentlichkeit wirksam in Szene gesetzt. Doch was passiert hinter verschlossenen Türen? In den Familien? In den „Communities“, in denen sich die betroffenen Kinder bewegen? Schließlich ist es dringend notwendig zu klären, in welchem Verhältnis die jeweiligen Familien und palästinensischen Organisationen wie der “Palästinensische Frauenverband in Deutschland” zur Demokratie und den Rechten von Kindern hier in der Bundesrepublik stehen.

Mit der während der „Gaza-Demonstrationen“ offen zutage liegenden Dämonisierung Israels wird Hass gegen Israelis und Juden an die nächste Generation weitergegeben. Es ist

anzunehmen, dass sich der Hass früher oder später in antisemitischer Gewalt entladen wird. Durch die Instrumentalisierung und die antisemitische Indoktrination von Kindern wird letztlich das nächste Pogrom vorbereitet. Die Vorboten kündigen sich bereits jetzt an: Erst kürzlich verübten drei arabische Jugendliche einen Brandanschlag auf die Wuppertaler Synagoge. In Berlin wurde aus einer palästinensischen Demonstration heraus ein israelischer Tourist attackiert. Während der antisemitischen Ausschreitungen wurde "Hamas, Hamas, Juden ins Gas" skandiert. Dies sind nur einige Beispiele der aktuellen Serie antisemitischer Übergriffe, die nicht abzureißen scheint. Die Erziehung zum Hass gefährdet die innere Sicherheit der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft in höchstem Maße und fügt den betroffenen Kindern in ihrer seelischen Entwicklung einen irreparablen Schaden zu. Die Eltern der Kinder und die Organisatoren der Veranstaltungen müssen daher in aller Schärfe und mit sofortiger Wirkung von den staatlichen Institutionen zur Verantwortung gezogen werden.

Dieser hochgefährlichen Entwicklung muss jetzt in aller Deutlichkeit entgegengetreten werden.

Antisemitismus in Deutschland – Sommer 2014: Eine Reflexion

Berlin, 11.09.2014

Der Krieg ist vorbei. Die Abendnachrichten finden in diesen Tagen kaum noch einen Grund, über den Konflikt zwischen Israel und der im Gazastreifen herrschenden radikal-islamischen Hamas zu berichten. Auch die Situation der Jüdinnen und Juden in Deutschland, die mit der Verschärfung der Lage im Nahen Osten nach Brandsätzen auf Synagogen und tätlichen Übergriffen auf erkennbare Juden sukzessive bedrohlicher wurde, scheint sich wieder auf ein ursprüngliches Niveau zu einzupendeln. Die Bundeskanzlerin hat sich auf der vom Zentralrat der Juden in Deutschland organisierten Kundgebung am 14. September als Rednerin angekündigt. Unter dem Motto „Steh auf! Nie wieder Judenhass!“ trifft sich ein erfreulich breites Bündnis, um ein Zeichen für eben diesen Grundsatz – gegen Judenhass – in Berlin zu setzen. Verwundern muss dabei, dass sich einige sogar diesem grundsätzlichen Dogma, dem sich wohl jeder vernunftbegabte Mensch mit einem Teelöffel Geschichtsverständnis anschließen würde, entgegenstellen wollen und sich schon als Gegner dieser Kundgebung angekündigt haben. Ob von einer Normalisierung gesprochen werden kann, sei dahingestellt. In jedem Fall kann konstatiert werden, dass die Ursprünge für diese Dynamik, welche jene hässlichen Szenen der letzten Wochen und Monate hervorbrachte, eben doch nicht ausgeräumt sind, betrachtet man die angedeuteten Ereignisse und die Reaktionen darauf aus Wissenschaft und Politik.

Die Anfänge der Demonstrationen gegen die Militäroffensive der israelischen Armee können auf Mitte Juli datiert werden. Der erste dieser Vorfälle ereignete sich am 10. Juli in Dortmund, wo auf einer Kundgebung vereinzelt „Tod, Tod Israel“, neben anderen israelfeindlichen Slogans gerufen wurde. Bereits am darauffolgenden Wochenende wurde die Parole auf deutschen Straßen skandiert, die sich zum Schlachtruf nahezu aller Demonstrationen entwickeln sollte: „Kindermörder Israel“. Manch einem dämmerte schon, dass der Antisemitismus wieder im neuen Gewand auf der Straße sein Unwesen trieb. Ein Aufmarsch von vermeintlichen Pro-Palästina-Aktivisten entlarvte ihre Intentionen an ihrer eigenen Aktion, als diese am 17. Juli in Berlin gegen die „Stand with Israel“-Kundgebung u.a. mit der Parole „Jude, Jude feiges Schwein, komm‘ heraus und kämpf‘ allein“ ihrem Hass gegen Juden freien Lauf ließen.

Die Polizei griff nicht ein. Sie hatte alle Hände voll zu tun, die KundgebungsteilnehmerInnen am Joachimstalerplatz vor den auf Eskalation ausgerichteten GegendemonstrantInnen zu schützen. Fragwürdig verhielt sich die Staatsanwaltschaft, als sie bei der Aufarbeitung der Kundgebung auf Strafanzeige des AJC-Berlin eben jene eindeutig hörbare und klar dokumentierte Parole nicht als volksverhetzend einstufte – zumindest vorläufig. Wenige Printmedien griffen die antisemitischen Inhalte nicht nur dieser Demonstration lobenswerterweise auf, die Abendnachrichten in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ließen sich hierbei mehr Zeit. Den Tagesthemen war diese Bewegung erst am 21. Juli ein Platz bei den Kurznachrichten wert, als die Sorgen des Zentralratspräsidenten Dieter Graumann um ein antisemitisches Klima in Deutschland zitiert wurden. Von da an genossen

die regelmäßig stattfindenden Demonstrationen zum Gaza-Konflikt mehr Aufmerksamkeit in den Medien.

Die antisemitische Grundstimmung, die sich am Rande solcher Demonstrationen zu oft in gewalttätige Übergriffe entlud, wurde nahezu einhellig von Politik und Gesellschaft verurteilt. Solchen Verurteilungen folgten häufig sehr schnell das alles vorher Gesagte relativierende Aber: „… man muss doch wohl Israel noch kritisieren dürfen“. Nun ist die Kritik an der Politik des Staates Israel weder verboten, noch wird sie von irgendjemandem unterdrückt. Eine kühle Medienanalyse, wie sie Professorin Monika Schwarz-Friesel von der TU-Berlin vollführt, belegt mühelos, dass die Politik Israels kritisiert werden darf und auch kritisiert wird. Das von vielen eingeforderte Recht auf Israelkritik offenbart schon deshalb sein Dasein als Ressentiment, da zum einen keine Frankreich- oder Japankritik im Gegensatz zur Israelkritik formuliert wird, zum anderen die Kritik an Israel immer als Kritik am Staat Israel an sich und nicht als eine an politischen Inhalten geäußert wird. Dafür würde keine Worthülse wie die der Israelkritik benötigt werden. Ihr Recht auf Israelkritik scheint solchen Menschen offenbar wichtiger zu sein, als eine klare, unmissverständliche Verurteilung der antisemitischen Gewalt, die für sich genommen nichts mit politischen Entscheidungen des Staates Israel zu tun hat.

Ebendies passierte aber im Juli und August diesen Jahres: Jüdische Einrichtungen wurden zum Ziel gegen Israel gerichteten Hasses, Menschen mit Kippa „provozierten“ bei einer Demonstration mit ihrer bloßen Anwesenheit KundgebungsteilnehmerInnen und wurden massiv bedroht. Dieses In-Haft-nehmen der Jüdinnen und Juden in Deutschland für die israelische Politik ist insoweit grotesk, als dass sie als deutsche Staatsbürger die israelische Politik in keinster Weise beeinflussen können. Auf der anderen Seite sind viele jüdische Menschen selbstverständlich solidarisch mit Israel, da Freunde und Verwandte von ihnen in Israel leben oder der Staat Israel ihnen die Vorstellung des einzigen in allerletzter Konsequenz Sicherheit für Juden gewährleistenden Ortes gibt. Letzteres scheint aufgrund der Auswanderung aus Frankreich nach Israel wieder mehr und mehr in die Gefühlswelt der europäischen Juden Einzug zu erhalten.

Absurderweise wird gerade diese Solidarität gegen israelsolidarische Juden in Anschlag gebracht. Würden sie nicht so bedingungslos hinter Israel stehen, würden die antisemitischen Ausbrüche nicht in der Form stattfinden. Mit anderen Worten: Wären die Juden nicht so solidarisch mit ihrem einzigen Zufluchtsort, würde man es den Antisemiten nicht so schwer machen, solche zu sein und ihre Ressentiments ausleben zu müssen. Für dieses Mantra werden vor allem jüdische Kronzeugen in den Medien zu Rate gezogen, denn Juden müssen ja Bescheid wissen. Den Gipfel der Absurdität bildet die Vorstellung, die angebliche Unterlassung von Kritik an Israel würde die antisemitischen Ausbrüche geradezu befeuern. In einer Demokratie müsse doch jeder sagen dürfen, was er denkt. Dies gilt offenbar für harte AntisemitInnen, wie für die GegendemonstrantInnen am Joachimstalerplatz, es stellt sich allerdings die Frage, ob dies auch für israelsolidarische Menschen gilt, die ihrer Israelsolidarität, die ohne volksverhetzende Parolen auskommt, in der Öffentlichkeit Ausdruck verleihen wollen. Im Gegensatz zum Vorschuss der Meinungsfreiheit werden ihnen altkluge Ratschläge erteilt, mit welchen sie ihre Gegner möglichst wenig provozieren mögen

und welche letztlich die Aufgabe ihrer Überzeugung nahelegen. Schuld am Antisemitismus sind scheinbar wieder die Juden selbst. Diese Vorstellung ist leider so alt, wie die antisemitischen Ressentiments, die auf Plakaten getragen und in Slogans auf den Straßen Deutschlands artikuliert wurden. Die allgemeine Dynamik bleibt die gleiche.

Dabei passt ins Bild, dass die Demonstrationen durchweg als antizionistische Pro-Palästina-, Free Palestine- oder Free Gaza-Proteste stattfanden, denn Schuld seien ja genau genommen Israel bzw. die israelsolidarische Menschen. Die Kundgebungen legten den Zusammenhang zwischen Antizionismus und Antisemitismus offen. Am Beginn der Demonstrationsbewegung waren die Slogans unverschämt antisemitisch. Nachdem Medien und Politik darauf aufmerksam wurden und die Demonstrationen in Verruf gerieten, versuchten die Organisatoren den antisemitischen Inhalt zu kaschieren, indem „Jude“ durch „Zionist“ ersetzt werden sollte. Im Endeffekt lieferten sie damit den besten Beweis dafür, aus welcher Denkstruktur sich der Antizionismus entwickelt und dass Antisemitismus und Antizionismus nicht ein und dasselbe sind, jedoch der Antisemitismus im Antizionismus „wie das Gewitter in der Wolke“ (Jean Améry) enthalten ist. Die Plakate offenbarten mit ihrer an den mittelalterlichen Antijudaismus anknüpfenden Formensprache, oft auf Israel umgemünzt, ihren israelbezogenen Antisemitismus. Schon der Begriff des „israelbezogenen Antisemitismus“ deutet an, wie vielfältig und different sich antisemitische Ressentiments in Wort und Tat artikulieren können. Die Gruppen, welche diese Inhalte ausagieren, können ebenso unterschiedlichen politischen Spektren zugeordnet werden.

Bundespräsident Joachim Gauck sprach von einem importierten Antisemitismus, zusätzlich zu einem autochthonen der links- und rechtsradikalen Milieus. Tatsächlich fiel eine Mehrheit an muslimischen jungen Männern als Teilnehmer bei den Demonstrationen zum Nahostkonflikt ins Auge, wie auch die Zurückhaltung von muslimischen Verbänden bei der Verurteilung der antisemitischen Vorfälle. Die Ressentiments der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland bleiben durch solche Schuldzuweisungen an islamistische Gruppierungen, die ohne Frage ein großes Problem darstellen, aber unangetastet. Dabei vergriff sich Nicolaus Fest entschieden im Ton, als er in einem Bild-am-Sonntag-Artikel die grundsätzlich israelsolidarische Haltung der Springer-Presse gegen die Muslime in Deutschland überhaupt in Anschlag brachte. Diese Abwälzung der Verantwortung auf die muslimische Gemeinschaft bringt rassistische Vorurteile zum Vorschein und verdeckt die antisemitischen Ressentiments, welche von sehr vielen Deutschen geteilt werden. Dies zeigten nicht nur die Umfragewerte des Antisemitismusberichts des Deutschen Bundestages von 2011, sondern auch der Schulterschluss von linken und rechten Gruppen mit AntisemitInnen bei Pro-Palästina-Kundgebungen. Die Vereinigung zwischen Neonazis, Israel-Boykott-Aktivisten, linken Antiimperialisten und islamistischen Gruppierungen unter dem Banner des Hasses auf Israel machte deutlich, wie stark diese Ressentiments sein müssen, dass die grundlegenden Ausrichtungen, wie sie bei den Gruppierungen wohl unterschiedlicher kaum sein können, hinten angestellt werden.

Es verwundert kaum jemanden, wenn ein Neonazi Antisemit ist. Ebenso erscheint bei Islamisten, welche ihren Judenhass auch aus nationalsozialistischem Gedankengut entwickeln, der Antisemitismus wenig sonderbar. Aus linkem Selbstverständnis heraus

überraschend ist die Haltung eines überwiegenden Teils der Linken, die sich mit einigen Aktionen an der Hetze gegen Israel beteiligt hat. Besonders die Linkspartei in NRW scheint ein zweifelhaftes Verhältnis zum Antisemitismus zu haben, organisierte sie doch eine für ihre antisemitischen Vorfälle bekannte Demonstration. Angesichts der Tatsache, dass linke Spitzenpolitikerinnen Antisemiten auf Rednerpodien die Stange halten oder gar selbst eine Rede beisteuern, bleibt abzuwarten, ob die Partei die Linke sich lernfähig zeigt. Die Querfront komplettieren die wohl eher linksgerichteten BDS-AktivistInnen.

Der Antisemitismus der Mehrheitsgesellschaft hat sich wieder gezeigt. Es scheint fast so, als hätte er nie wirklich aufgehört zu existieren, höchstens unterlassen, sich auszutoben. In diesem Sinne muss man dem ehemaligen Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung Wolfgang Benz fast dankbar sein, dass er keinen neuen Antisemitismus erkennen konnte. Solche Aussagen sind, aus dem Zusammenhang gerissen, allerdings gefährlich, unterstellt er doch als Experte so etwas wie eine Normalität in der derzeitigen Situation, welche eben nicht normal sein darf. Der Salafist Pierre Vogel z.B. berief sich in einem You-Tube-Video auf Benz. Die Kanalisierung der antisemitischen Ressentiments war eben in den vergangenen Wochen nicht „normal“ und legte den Antisemitismus wie gezeigt in all seinen Ausformungen offen, ob mit direkt mittelalterlich antijudaistischen Bildern oder (auf Israel gemünzte) Holocaustrelativierungen. Die Brandanschläge und Angriffe auf Leib und Leben, auch außerhalb Deutschlands, zeigten das zum Antisemitismus gehörende eliminatorische Element, das sich aus seinem Wahn speist, die Juden seien für alles Böse in der Welt verantwortlich. Denn wenn alles für das Böse verantwortliche erst einmal zum Verschwinden gebracht worden sei, der Weltfrieden wäre zum Greifen nah. In ihrem Wahn kennen AntisemitInnen offenbar keine Grenzen, wie die Instrumentalisierung von ihren Kindern auf einer Pro-Palästina-Demonstration in Berlin zeigte. Auf besonders perfide Art und Weise wurden Kleinkinder dazu angehalten, zwischen vermeintlichen Opfern israelischer Militärangriffe für allerlei Kameras zu posieren und mit Schlachtrufen wie „Kindermörder Israel“ und „Zionisten sind Faschisten“ den Hass ihrer Angehörigen medienwirksam in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Fülle an Möglichkeiten, den antisemitischen Ressentiments Luft zu verschaffen, kennt offensichtlich keine Grenzen.

Gleichwohl scheinen viele VertreterInnen aus Politik, Medien und Zivilgesellschaft Schwierigkeiten bei der Einordnung des Phänomens Antisemitismus als eine Form der Menschenfeindlichkeit zu haben. Die Vorstellung vom Antisemitismus als Rassismus gegen Juden ist wenig förderlich, übersieht sie doch sowohl seine Funktionsweise als Verschwörungsideologie, als auch sein damit einhergehendes eliminatorisches Element. Der wahnhafte Hass auf Juden und Israel ist das Bindeglied jener Querfront, die mit ihren Inhalten den Schulterschluss mit denen vollzieht, welche manche von ihnen angeblich kritisieren: Die radikalislamische Hamas, palästinensischer Arm der Muslimbruderschaft, die seit ihres Bestehens den bewaffneten Widerstand gegen Israel propagiert und ausagiert, bis Israel von der Landkarte verschwindet für ein Palästina vom Mittelmeer bis zum Jordan. Dass 90 eher weniger als mehr ausgewiesene Nahostexperten in einem offenen Brief an Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete den politischen Dialog mit der Hamas forderten, erscheint aufgrund dessen wie ein Treppenwitz der Geschichte.

Die iranischen Ayatollahs, Hamas, Hisbollah und Islamischer Jihad, wie auch diejenigen Demonstranten, die antisemitische Plakate getragen und Slogans skandiert haben sowie unter Hisbollah- und Shahada-Fahnen für ein „freies Palästina“ auf den Straßen Europas, ebenso wie auf dem Berliner Kurfürstendamm am Al-Quds-Tag marschiert sind, sie alle teilen den gleichen Grundsatz, der im Hass auf Israel Gestalt annimmt. Die Eskalation im Nahen Osten war der Auslöser dafür, dass auf den Straßen Deutschlands der Antisemitismus sich in einer Offenheit zeigte, wie es keiner vorher für möglich gehalten hatte. Die Hoffnung auf Besserung bekam durch die Ankündigung zur Gegendemonstration ebenso einen Dämpfer, wie die auf eine kritische öffentliche Diskussion über den Begriff des Antisemitismus, besonders im Bezug auf den Staat Israel.

Dennoch bietet die Kundgebung die Möglichkeit diesem Trend, dessen Auswüchse wir in den vergangenen Wochen erleben mussten, etwas entgegenzusetzen. Ein breites Bündnis aus Politik, Medien und Zivilgesellschaft kann dies leisten. Die Akteure des demokratischen Systems müssen und können an einem Strang ziehen, damit dem in der deutschen Gesellschaft verbreiteten Antisemitismus auch über die Kundgebung hinaus entgegengewirkt werden kann. Denn Auslöser für das Aufflammen des Antisemitismus war zwar die Eskalation im Nahen Osten, die Ursache ist jedoch der in großen Teilen der deutschen Gesellschaft verankerte Antisemitismus. Dass der Nahostkonflikt nicht „gelöst“ werden kann, liegt zu einem beträchtlichen Teil an den antisemitischen Organisationen, mit welchen Israel doch verhandeln soll. Vor diesem Hintergrund mutet es irritierend an, wenn sich Caren Miosga in den Tagesthemen vom 26. August hoffnungsvoll gibt, weil keine Raketen mehr in Israel und im Gazastreifen einschlagen und die Kämpfer der Hamas ihren, ihrem wahnhaften Weltbild entsprechenden Sieg auf den Straßen Gazas feiern. Kurzfristig mag die Hoffnung belohnt werden – langfristig werden sich die Freudentänze im Gazastreifen jedoch wieder in den Kampf gegen Israel umschlagen, da auch dort die Ursachen für den Konflikt nicht ausgeräumt sind.

Was stehen bleibt – Kundgebung gegen Antisemitismus und Störungen

Zwischen Düsseldorf und Wuppertal liegen nicht mehr als 34 Kilometer. Zwischen 2000 und 2014 liegen nicht mehr als 14 Jahre. Trotzdem scheinen Welten zwei Ereignisse zu trennen, die einander auf den ersten Blick ähnlicher kaum sein könnten. Einem Brandsatz, der im Jahr 2000 auf eine Synagoge in Düsseldorf geworfen wurde, folgte eine Kundgebung gegen Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit in Berlin. Ebenso wie der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland sprachen andere prominente Führungspersönlichkeiten der deutschen Gesellschaft. Sie sprachen zu 200.000 Menschen. Die Reden, die 14 Jahre später auf einer Kundgebung am selben Ort aus ähnlichem Anlass gehalten wurden, erreichten nur 5000 Menschen, von denen die meisten selbst aus ganz Deutschland angereiste Jüdinnen und Juden waren. Dieter Graumanns Worte zur Lage der jüdischen Bevölkerung während der letzten Monate, einer Zeit, die „bestimmt kein Sommermärchen“ war, „ziemlich alleingelassen“, passen auch hier.

Bittere Notwendigkeit eigener Initiative Obwohl zahlreiche Vertreter der Gesellschaft aus Politik und Religion am Brandenburger Tor einfanden, um zu einer Kundgebung unter dem Motto „Steh auf – Nie wieder Judenhass!“ Platz zu nehmen, konnte die Kundgebung so nicht ansatzweise die gesellschaftliche Dimension erreichen, die zu erhoffen gewesen wäre. Aufgerufen hatte der Zentralrat der Juden in Deutschland in Reaktion nicht nur auf die zahlreichen antisemitischen Vorfälle der vergangenen Monate, sondern auch auf die überwältigende Passivität der Mehrheit der Gesellschaft, die trotz der zahlreichen gewaltsamen antisemitischen Vorfälle der vergangenen Monate schwieg.

„Wir stehen an Ihrer Seite“ Der Feststellung Dieter Graumanns, der vergangene Sommer habe die „schlimmsten antisemitischen Parolen seit vielen, vielen Jahrzehnten“ mit sich gebracht, folgte Angela Merkels klares Bekenntnis: „Mit dieser Kundgebung machen wir unmissverständlich klar: Jüdisches Leben gehört zu uns. Es ist Teil unserer Identität und Kultur.“ Nachdem auch Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche ihre Solidarität bekundet hatten, brachte Ronald Lauder, Präsident des World Jewish Congress, die Botschaft des Tages auf den Punkt: „Alle, Juden und Nichtjuden, stehen als ein Volk zusammen. Wir stehen gemeinsam gegen Intoleranz, gegen Fanatismus, gegen Antisemitismus.“

Durch die Teilnahme hochrangiger VertreterInnen der deutschen Gesellschaft an der Kundgebung des Zentralrats und die ambitionierten und deutlichen Reden, die auf der Bühne gehalten wurden, wurde trotz der Tatsache, dass die Initiative zur Kundgebung vom Zentralrat der Juden in Deutschland selbst ausgehen musste, ein wichtiges Zeichen gesetzt.

Judenhass bedroht uns alle In den zentralen Botschaften der Kundgebung zeigt sich ihr hauptsächliches Anliegen. Zusammenstehen, zueinander gehören, eben nicht „ziemlich alleingelassen“ sein im Kampf gegen Antisemitismus, sind Wünsche und Versprechen, die auf der Bühne ausgedrückt werden. Weniger alleine zu stehen auf der Kundgebung, mit der ein starkes Zeichen in Reaktion auf den Antisemitismus der letzten Monate gesetzt werden sollte, ein deutliches Signal der Solidarität der Mehrheit der Gesellschaft, hätten sich viele der aus ganz Deutschland angereisten jüdischen Menschen erhofft. Entsprechend dem Veranstaltungsmotto, „Steh auf!“. Mehr noch als vor 14 Jahren, als die Anständigen Deutschlands schon einmal aufstanden und sich danach schlicht wieder hinsetzten. Slogans wie „Judenhass bedroht uns alle!“ und „Steh auf!“ zeigen diese Hoffnung und sind ein dringender Appell an uns alle.

Störungen Während der Veranstaltung setzten sich abseits der offiziellen Handlung auf der Bühne diverse Personen und Gruppierungen inner- und außerhalb der Kundgebung mit eigenen Anliegen und Inhalten in Szene.

• Neonazi mit Palästinensertuch und „Gott mit uns“-Schriftzug in eisernem Kreuz, bereits in Erscheinung getreten unter anderem auf der Al-Quds-Demonstration im August 2014.

• Christen mit missionarischen Bestrebungen „Lass Dich retten! Komm zu Jesus!“

• Antizionistische AktivistInnen („Frau Merkel, stoppen Sie den Waffenhandel mit Israel! – Antizionismus ist nicht Antisemitismus!“)

• Jüdische Stimme e.V., aufgetreten bei mehreren Kundgebungen, starke Medienpräsenz unter anderem bei öffentlich-rechtlichen Sendern („Zionismus ≠ Judentum, Antizionismus ≠ Antisemitismus“)

• Verteiler von Flugblättern der Jüdischen Stimme e.V.

• „Israelkritikerin“, der es nicht paradox erschien, den Davidstern einerseits auf dem auf der Kundgebung verteilten „Nie wieder Judenhass!“-Anstecker zu übermalen, andererseits aber um den Hals zu tragen: Bereits in Erscheinung getreten bei einer Anti-Israel-Kundgebung des vergangenen Sommers

• Jüdische Stimme e.V.

(„Gegen Angriffe auf Synagogen und Moscheen in Berlin oder Gaza“)

• „Warning: Anti-semitism contains racism and islamophobia!“ – “Warnung: Antisemitismus beinhaltet Rassismus und Islamophobie!”

• „Kein Antisemitismus gegen Araber! Araber sind auch Semiten!“

• „Kritik an der Politik Israels ist kein Antisemitismus!“

• *Free-Palestine*-Aktivisten

„Mehrere Dutzend arabischstämmige Jugendliche schwenkten Palästinenserfahnen, riefen Parolen und belästigten Kundgebungsteilnehmer.“ („Störungen am Rande“, Andreas Kopietz, Berliner Zeitung, 14.09.2014)

• „Russland ist nicht unser Feind – Free Palestine“

Seit Beginn des aktuellen russisch-ukrainischen Konflikts regelmäßig bei Kundgebungen in Erscheinung tretende AktivistInnen

• Mitglieder der Partei AfD, die die Ansicht vertraten, der „neue“ Antisemitismus sei ein rein „importiertes“ Problem

(„Der neue Judenhass ist importiert!“)

Berndt Georg Thamm: 35 Jahre Al-Quds-Tag

Erstveröffentlichung in
Deutsche Polizei. Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei (Oktober 2014)
Alle hier enthaltenen Bilder © Levi Salomon.

Al-Quds, „die Heilige", so der arabische Name für Jerusalem. Aus muslimischer Sicht ist diese Stadt von Allah besonders gesegnet und vor anderen ausgezeichnet worden.
Es heißt, dass der Prophet Muhammad zur Nachtzeit, nach einer Reise durch die Luft, von Medina aus Jerusalem besucht habe (Sure 17 – Die Nachtreise). Hier traf er alle Propheten, die schon vor ihm die Wahrheit verkündet hatten. Aber nur er durfte in den Himmel aufsteigen, wo er die Inspiration für die Wahrheiten der Heiligen Offenbarungsschrift (Koran) empfing. Nachdem er die Herrlichkeit erblickt hatte, kehrte er nach Jerusalem zurück, um die nächtliche Heimreise – wieder durch die Luft – anzutreten.

Der Prophet, so heißt es weiter, war von einer mächtigen Felsplatte aufgestiegen, über die sein Nachfolger (Kalif) Abd el-Malik 688 bis 691 einen Dom mit goldener Kuppel, den Felsendom (arab. Qubbat as-sachra), errichten ließ. Jene Felsenplatte, auf die der Prophet auch wieder zurückgekehrt war, stellte im übertragenen Sinn ein Fundament des Glaubens dar. Ein Platz, der Muslimen besonders heilig ist und von manchen Gläubigen mehr verehrt wird als die Kaaba in Mekka. Noch viel älter sind die jüdischen Überlieferungen, die sich an den Heiligen Felsen knüpfen. An eben diesem Ort sollte Abraham seinen Sohn Isaak opfern.

By the Rivers of Babylon. Vor rund 3.000 Jahren regierte David als König von Judah und Benjamin. Die Hauptstadt seines Reiches war Hebron im Stammgebiet Judah. Als er dann noch König der zehn Nordstämme wurde, wollte er mit einer neuen Hauptstadt das Zeichen setzen, dass er dort im Namen aller zwölf lokalen Stämme die Macht im noch jungen Königreich Israel ausübte. So suchte er nach einem Ort, der keinem der Stämme gehörte. Zu den von diesen bis dahin nichteroberten Siedlungen gehörte eine Stadt der Jebusiter, einem Volk der Kanaaniter, die von diesen „Schalem", so auch der Name ihres lokalen Schutzgottes, genannt wurde. Auf diese auch Jeruschalem genannte Stadt fiel die Wahl Davids, der sie zur Hauptstadt Gesamtisraels machte. Hier erwarb er von den Jebusitern auch Grund und Boden, auf dem sein Nachfolger Salomon einen königlichen Palasttempel als Heimstätte für die Bundeslade errichten ließ, die David zuvor im vereinten Reich nach Jerusalem überführt hatte (Altes Testament: 2. Samuel Kapitel 6). Diesen Tempel zerstörten im August 586 v. Chr. die Truppen des babylonischen König Nebukadnezar, der das Königreich der Juden erobert hatte. Die Oberschicht des Volkes ließ er nach Babylon verschleppen. Im mesopotamischen Exil gedachte sie über ein halbes Jahrhundert Zions. Das änderte sich, als der Perserkönig Kyros 538 v. Chr. Babylon eroberte. Ein Edikt von ihm gestattete den Juden die Rückkehr und den Wiederaufbau des Tempels. Nicht alle Juden kehrten heim. Für die, die blieben, wurde der persische Herrschaftsbereich zur Wahlheimat. Ihre Nachkommen lebten noch hier, als bei Persepolis der Schah (König) 1971 das „2500. Jahr der iranischen Monarchie" (seit Kyros)

feierte. Gut zwanzig Jahre zuvor zählte das iranische Königreich zu den ersten Staaten, die nach der Gründung des Staates Israel 1948 den jüdischen Staat anerkannten.

Jerushalajim/Al-Quds – die heilige geteilte Unteilbare. Als am 14. Mai 1948 David Ben Gurion in Tel Aviv die Gründung des Staates Israel ausrief, betrug die Bevölkerungszahl Palästinas 879.000, davon 120.000 Nichtjuden. Vom Proklamationstag bis zum 20. Juli 1949 führte Israel einen Unabhängigkeitskrieg gegen die arabischen Nachbarn, der insbesondere für die Palästinenser zur „Katastrophe“ (Nakba) wurde. Der Krieg riss Jerusalem (bis 1967) in zwei Teile – die jüdische Neustadt im Westen und den (trans)jordanischen Ostteil, der auch die Altstadt umfasste. Die palästinensische Bevölkerung Westjerusalems floh in den Ostteil und nach Jordanien. Israel erklärte 1950 das jüdische Westjerusalem zur Hauptstadt. Nach einem zweiten Waffengang (Suezkrieg 1956) besiegte im Juni 1967 Israel in einem „Sechs-Tage-Krieg“ Ägypten, Jordanien und Syrien, besetzte danach den Gazastreifen und den Sinai, Ostjerusalem und das Westjordanland und im Norden die Golanhöhen. Folge dieses Krieges war insbesondere die Wiedervereinigung von Jerushalajim. 13 Jahre später wurde das vereinte Jerusalem per Gesetz zur „ewigen und unteilbaren Hauptstadt Israels“ erklärt. Ein Desaster für die Palästinenser, für die „Al-Quds esh-Sharif“ (das verehrte heilige Jerusalem) – also Ostjerusalem – ohne Ausnahme als Hauptstadt eines künftigen Staates Palästina gesehen wurde. Eine andere Hauptstadt war (und ist) für sie undenkbar. Zwei Jahre nach dem Junikrieg, am 21. April 1969, brannte in Jerusalem die dem Felsendom benachbarte El-Aqsa-Moschee. Niemand in der islamischen Welt glaubte an die Unschuld der Israelis am Brand dieser im frühen 8. Jahrhundert errichteten besonders heiligen Stätte. Verschwörungstheorien verbreiteten sich, dass der jüdische Staat die Absicht hätte, die islamischen Heiligtümer von Al-Quds niederzubrennen, um an ihrer Stelle den zweiten Tempel, rund 2.000 Jahre nach dessen Zerstörung durch die Römer 68/69 n.Chr., wieder aufzubauen. Man befürchtete weitere Anschläge auf den Felsendom und die Al-Aqsa-Moschee. Der Zorn auf Israel war groß. Die Entrüstung in der islamischen Welt führte in der Folge zur Gründung der Organisation der Islamischen Konferenz 1969/71. Deren erste Kommuniqués richteten sich gegen „die zionistische Aggression“. So unterschiedlich die Konferenzteilnehmer arabischer, subsaharischer und südostasiatischer Staaten waren, so einig waren sie sich in der Unterstützung des Kampfes der Palästinenser gegen Israel. Einig war man sich auf ersten Gipfelkonferenzen in der Forderung, dass Israel Jerusalem in islamische Hände zurückgeben müsste: „Über 1.300 Jahre haben die Muslime Al-Quds verantwortlich verwaltet und dafür gesorgt, dass die heiligen Plätze offen waren für alle, die dort beten wollten. Nur Muslime können aufrichtige Wächter von Al-Quds sein, denn ihre Religion schließt auch die Propheten der jüdischen und christlichen Religion mit ein“, so die Begründung. Um für die Rückgabe Jerusalems werben zu können, wurde ein Finanzfonds eingerichtet, der von allen Staaten der Konferenz gemeinsam aufgebracht werden musste – der Djihad-Fonds.

Islamische Revolution 1979 – Geburtsjahr des Al-Quds-Tages.

In der Jerusalemfrage hatte sich das iranische Schah-Regime nicht gerade exponiert. Mit Israel wurde auf unterschiedlichsten Gebieten zusammengearbeitet, galt der Staat doch als Brückenkopf des Westens im Nahen- und Mittleren Osten. Mit der Führungsmacht des Westens, der USA, unterhielt der Iran noch engere Beziehungen. Diese „Verwestlichung“ klagte der schiitische Klerus an, dessen Kluft zur Monarchie immer größer geworden war. So war es denn ein Rechtsgelehrter, der Ayatollah Ruhollah Khomeini (1900-1989), der die Bevölkerung im Juni 1963 zum Widerstand gegen den Schah aufrief. Khomeini unterstellte Israel direkte Einmischungsversuche und stellte dabei auf die Zusammenarbeit der Zionisten mit Armee und Geheimdienst des Schahs ab. Nach der Niederschlagung der gewaltsamen Proteste im Iran wurde Khomeini festgesetzt und 1964 des Landes verwiesen. Hier schwelte jedoch der Protest weiter, brach auf breiter Front 1978 auf. Die Revolution war nicht mehr aufzuhalten. Im Januar 1979 verließ der Schah das Land und starb ein Jahr später in Kairo.

Revolutionsführer Khomeini kehrte nach 15 Jahren Exil (Türkei, Irak, Frankreich) am 1. Februar 1979 zurück. Die Revolution begriff er als Ausgangspunkt für eine globale Ausbreitung der islamischen Staatsidee, die beispielhaft im Iran verwirklicht werden sollte. Als Hauptfeinde der Revolution machte er die USA, Israel und die Sowjetunion als Führungsmacht des Kommunismus aus. Nach einer Volksabstimmung wurde nur acht Wochen nach seiner Rückkehr am 1. April die Islamische Republik als Theokratie, in der Gott der alleinige Herrscher ist, ausgerufen. Neun Monate später wurde nach einer weiteren Abstimmung die Verfassung angenommen, in der Khomeini auch als Oberster Rechtsgelehrter und Stellvertreter des 12. Imam auf Lebenszeit festgeschrieben wurde. Am 7. August, dem letzten Freitag des Fastenmonats Ramadan, proklamierte Khomeini den internationalen Al-Quds-Tag. Auf diesem sollten alle Muslime ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk bekunden und für „die Befreiung der Muslime unter dem zionistischen Regime“ demonstrieren. Zugleich sollte daran erinnert werden, dass Al-Quds, die sich „Israel widerrechtlich angeeignet“ hatte, für alle Muslime die drittheiligste Stadt nach Mekka (Muhammads Geburtsstadt) und Medina (hier lebte und herrschte der Prophet) war.

Am 28. Oktober hielt Khomeini vor Theologiestudenten in Qum eine Rede über den Feind:

„… Alle Probleme der Muslime kommen von Amerika. Die Amerikaner unterstützen und stärken den Zionismus derart, dass er in der Lage ist, unzählige unserer Brüder hinzumetzeln. Die USA sind der Feind des Islam … Amerika ist der große Satan“. Wenig später erklärte er: „Es ist deshalb Sache der Schüler, Studenten und Theologiestudenten, mit all ihrer Kraft die Angriffe gegen die USA und Israel zu verstärken, sodass sie die USA zwingen können, den abgesetzten und kriminellen Schah auszuliefern“. In der Folge besetzten radikale Studenten am 4. November die Botschaft des „großen Satans“ in Teheran. Der Beginn einer mehr als einjährigen Geiselnahme. Am 11. Februar 1980, dem Jahrestag der Revolution, drohte Khomeini dem Partner des Satans:
„Seit über 20 Jahren warne ich vor der israelischen Gefahr. Wir müssen uns alle erheben, den Staat Israel auflösen und das Volk Palästinas an seine Stelle setzen.“ Ein gutes halbes Jahr später erhob sich im September der Nachbarstaat Irak gegen den jungen Gottes-Staat in der Hoffnung auf einen schnellen und spektakulären Sieg. Khomeini rief daraufhin zum Heiligen Krieg (Djihad) und zur Islamischen Revolution gegen die gottlose Regierung Husseins in Bagdad auf. Sein Schlachtruf während des verlustreichen achtjährigen Krieges lautete: „Der Weg nach Al-Quds geht über Kerbala.“

Tag der Vernichtungsdrohungen gegen Israel.

Als nach Khomeinis Proklamation der Al-Quds-Tag zum ersten Mal am 17. August 1979 im Lande begangen wurde, sollen allein in Teheran über 3,5 Millionen Menschen demonstriert haben. Der Al-Quds-Tag, in der Islamischen Republik Iran ein gesetzlicher Feiertag, wurde in weiteren Staaten in Nah/Mittelost (mit größeren schiitischen und/oder palästinensischen Bevölkerungsanteilen) quasi zum Selbstläufer. Aber auch in der westlichen Hemisphäre wurde und wird er begangen, so in den USA, Kanada, Großbritannien und Schweden. In Deutschland finden seit den 80er-Jahren Aktionen zum Al-Quds-Tag statt, bis 1995 vornehmlich in Bonn. Danach wurde Berlin zum zentralen öffentlichen Aufmarsch meist schiitischer Exil-Islamisten, die zur Unterstützung der Palästinenser bis 2002 ungestraft zur Vernichtung Israels aufrufen konnten. Bis dahin war dieser Tag meist ohne nennenswerte Beachtung in der Öffentlichkeit und der dort aggressiv demonstrierte Antisemitismus und die Vernichtungsdrohungen gegen Israel weitgehend ignoriert worden. Am Al-Quds-Tag 2002 zogen in Berlin mehr als 1.200 Demonstranten über den Kurfürstendamm und skandierten

„Kindermörder Israel“, „Tod Israel“, „Tod den USA“ und weitere Hassparolen. Ein palästinensischer Vater trug seine kleine Tochter, mit Dynamit-Attrappen und Stirnband als Selbstmordattentäterin bizarr verkleidet, auf den Schultern. Ein Bild, das um die Welt ging.

Den Al-Quds-Tag 2003 meldete eine Privatperson an, möglicherweise ein Strohmann der libanesischen Hizbollah (Partei Gottes), deren Anhänger regelmäßig an dem Tag mitmarschierten. In Relation zu den Vorjahren regte sich erstmals Protest gegen den Al-Quds-Tag als jährliche Anti-Israel-Demonstration, die nun auch vom Innensenator mit Auflagen belegt wurde. Zum Al-Quds-Tag 2004 war die Stimmung durch den Tod des Palästinenserführers Yassir Arafat aufgeladen, war dieser kurz zuvor am 11. November verstorben. Die Polizei reagierte mit scharfen Personen- und Plakatkontrollen. Im zeitlichen Vorfeld des Al-Quds-Tages 2005 hatte der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad am 26. Oktober in Teheran auf einer Konferenz mit dem Titel „Die Welt ohne Zionismus“ vor Studenten eine Rede gehalten. Er forderte die „Tilgung Israels von der Landkarte“ und beschwor die Zerstörung des Staates durch palästinensische Anschläge: „Es gibt keinen Zweifel – die neue Anschlagwelle in Palästina wird das Stigma im Antlitz der islamischen Welt ausradieren. … Jeder, der Israel anerkennt, wird im Zornesfeuer der islamischen Nation verbrennen.“ Eine Anerkennung des jüdischen Staates bedeute, dass man die Aufgabe und Niederlage der islamischen Welt hinnehme. Der Staatsführer Ahmadinedschad berief sich dabei auf den Revolutionsführer Ayatollah Khomeini. In jenem Jahr 2005 hatte sich Israel aus Gaza herausgezogen. Ein Jahr später übernahm dort die Hamas (von Israel, den USA und der EU als terroristische Vereinigung definiert) die Macht. Ihr erklärtes Ziel war und ist „ein islamisches Palästina vom Mittelmeer bis zum Jordan“. Ihren bewaffneten Kampf gegen Israel munitioniert über Jahre auch der Iran. Diversen Selbstmordanschlägen folgten Raketenbeschüsse, auf die Israel mit Waffengängen gegen Gaza (Operationen „Sommerregen“ und „Herbstwolken“ 2006, „Warmer Winter“ 2007, „Gegossenes Blei“ 2008/09, „Wolkensäule“ 2012) reagierte. Der Al-Quds-Tag 2014 fiel auf den 25. Juli. Gut zwei Wochen zuvor hatte Israels Operation „Zuk Eitan“ (Fester Felsen) gegen die Hamas in Gaza begonnen. Vor dem Hintergrund dieses jüngsten Krieges kam es noch vor dem Al-Quds-Tag in verschiedenen Städten zu Gaza-Solidaritätsdemonstrationen, auf denen sowohl anti-israelische als auch anti-jüdische Parolen skandiert wurden: „Scheiß Juden, wir kriegen euch“, „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“, „Nazimörder Israel“. In Berlin stellte das American

Jewish Committee (AJC) deshalb Strafanzeige, hieß es hier auf einer propalästinensischen Demonstration auch „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“.

Yakov Hadas-Handeisman, seit 2012 Israels Botschafter in Deutschland, zeigte sich erschüttert ob dieser „hasserfüllter, Volksverhetzenden und antisemitischen Erscheinungen in aller Öffentlichkeit“ und machte dies auch als Redner auf einer Protestkundgebung gegen den antisemitischen Quds-Tag am 25. Juli deutlich. Die Al-Quds-Demonstration mit 1.200 Menschen blieb friedlich. Parolen wie „Kindermörder Israel“ und „Frauenmörder Israel“ wurden dennoch gerufen. Was sollte man auch erwarten von einem Aufzug, bei dem seit Jahr und Tag für ein „judenfreies Jerusalem“ demonstriert wurde und dessen Verbot bis heute für Innenpolitiker keine Option ist. Bemerkenswert vor dem Hintergrund, da schon vor über einem halben Jahrzehnt die Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede vor der Knesset in Jerusalemam 18. März 2008 erklärt hatte, dass „Israels Sicherheit ein Teil der deutschen Staatsräson“ sei.

Den Worten folgen Taten

Berlin, 15.10.2014

„STEH AUF! Nie wieder Judenhass!“ hieß das Motto, unter welchem sich am 14.09.2014 laut Veranstalter mehr als 8.000 Menschen in Berlin vor dem Brandenburger Tor versammelten, um ein Zeichen gegen den wieder aufflammenden Antisemitismus zu setzen. Wenn auch jedes Fanmeilen-Event mehr Menschen auf die Straße des 17. Juni bringt, war die Teilnehmerzahl für eine Veranstaltung, die sich mit den Juden in Deutschland solidarisierte, doch beachtlich.

Solche Zeichen sind gut und auch notwendig. Dass schon am 15. September im Tiergarten, unweit des Ortes, an dem tags zuvor gegen Antisemitismus demonstriert wurde, judenfeindliche Schmierereien entdeckt wurden, macht deutlich, dass Judenhass weiterhin zum Alltag in Deutschland gehört und die auf der Kundgebung ausgedrückte Solidarität dringend durch konkrete Taten realisiert werden muss. Schon am 22. September ereignete sich ein weiterer antisemitischer Vorfall in Berlin, als von Unbekannten ein Hakenkreuz in die Motorhaube des Autos einer jüdischen Familie gekratzt wurde. Nach einer entsprechenden Pressemitteilung des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) erschien in der Berliner Zeitung, wie auch in diversen anderen Medien, ein Artikel über dieses Ereignis.

Dass konkrete Solidarität im Kampf gegen Antisemitismus nicht nur unabdingbar, sondern auch tatsächlich schnell umsetzbar ist, zeigen Katja und Joachim Widmann, Marion Webers, sowie Renate und Fritz Lipkow und Johanna Schulz. Entsetzt über den antisemitischen Vorfall, von dem sie in der Berliner Zeitung gelesen hatten, entschlossen sie sich, der betroffenen Familie bei der Bewältigung der bei der Reparatur des Schadens entstandenen Kosten in Form von finanzieller Unterstützung zur Seite zu stehen.

Bereits 2010 war die betroffene Familie erstmals Opfer antisemitischer Aggression geworden. Damals bewarfen Jugendliche mit arabischem Hintergrund ihre Wohnung mit Schneebällen. Mit Steinen sollen sie auch schon geworfen haben. Mit „Pfui, hier stinkt es nach Juden“ wurde die Anwesenheit des Familienvaters einmal kommentiert. Auch die antisemitischen Ausbrüche während des Gaza-Konflikts des vergangenen Sommers mit tätlichen Übergriffen auf jüdische Menschen und Brandsätzen gegen Synagogen ließen die Familie nicht von antisemitischen Anfeindungen unversehrt. Einige junge Männer sollen dem Familienvater sinngemäß „Hitler, Hitler, … Jude, … Israel“ zugerufen haben. Inzwischen stellt sich den Mitgliedern der betroffenen Familie die Frage, ob sie noch weiter in ihrer Nachbarschaft leben können. Mit Kippa oder Davidstern gehen sie jedenfalls schon lange nicht mehr aus dem Haus.

Dass die solidarischen Spender sich damit einverstanden erklärten, ihre richtigen Namen hier genannt zu wissen, ist deshalb erfreulich, weil keineswegs selbstverständlich. Israelsolidarische Menschen, die von einer Kundgebung nach Hause gehen, verstecken meist

ihre Erkennungssymbole, ebenso wie jüdische Menschen, aus Angst vor tätlichen Übergriffen. Es liegt leider nahe, in diesem Zusammenhang nicht in der Öffentlichkeit stehen zu wollen.

Katja und Joachim Widmann, Marion Webers, Renate und Fritz Lipkow und Johanna Schulz stehen mit ihrem Namen offen zu ihrer Spende und wollen bewusst ausdrücken, dass es nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, sich offen zur Solidarität mit Opfern von Antisemitismus zu bekennen. Sie bekunden damit redlich eben jene Empathie, die nicht nur der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, in der Gesellschaft in diesem Sommer vermisste. Solche Menschen, welche sich aktiv und öffentlich für von Antisemitismus betroffene Menschen einsetzen, bilden einen unverzichtbaren Rückhalt für unsere Demokratie.

Wir möchten den Spendern von Herzen für ihre finanzielle Unterstützung und ihr Zeichen der Solidarität danken, die nicht nur für die betroffene Familie von großer Bedeutung sind.

Der 9. November als Schicksalstag aus jüdischer Perspektive

Berlin, 07.11.2014

Wenn am 9. November 2014 in Berlin anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Mauerfalls beleuchtete Luftballons in die Höhe steigen, jähren sich auch mehrere andere Ereignisse, von denen jedes einzelne einen Wendepunkt der deutschen Geschichte im Allgemeinen und des Schicksals von Jüdinnen und Juden in Deutschland im Besonderen darstellt.

Deutsche Republik, Räterepublik, „Judenrepublik“

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden deutschen Niederlage im ersten Weltkrieg am 9. November 1918 verkündete Reichskanzler Max von Baden eigenmächtig die Abdankung Kaiser Wilhelm des II. Vom Reichstagsgebäude in Berlin rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die „Deutsche Republik“ aus und verlieh der Hoffnung Ausdruck, dieses Datum werde „ein Ehrentag für immer in der Geschichte Deutschlands“. Was die prägende Rolle des 9. November für die deutsche Geschichte angeht, lag er richtiger, als er ahnen konnte. Umso mehr aber wurde seine Hoffnung, „dieser stolze Tag“ werde „durch nichts beschmutzt“ (1), in den folgenden Jahren zunichte gemacht.

Am selben Tag gab der Sozialist Karl Liebknecht vom nicht weit entfernten Berliner Stadtschloss aus die Geburtsstunde der „Freien sozialistischen Republik Deutschland“ bekannt.

In Folge dieser Uneinigkeit in Bezug auf die Gestaltung des Staatswesens kam es im Anschluss zu schweren kämpferischen Auseinandersetzungen, in denen die Anhänger der Räterepublik schließlich unterlagen. Die Weimarer Republik wurde gegründet.

Für das deutsche Judentum bedeutete dies nach Jahrhunderten der Unterdrückung, Diskriminierung und gewaltsamer Verfolgung von schwankender Intensität erstmals die Anerkennung als gleichberechtigte Staatsbürger. Gleichzeitig gewann aber der Antisemitismus, der dem Namen nach und in Verbindung mit rassistischer Ideologie erst wenig zuvor aufgekommen war, immer mehr an Bedeutung. Alfred Wiener, der dem damals aktiven „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (C.V.) angehörte und bis 1933 maßgeblich im publizistischen Kampf gegen Antisemitismus und den aufkeimenden Nationalsozialismus aktiv war, sprach in diesem Zusammenhang von einer „gewaltige[n] antisemitische[n] Sturmflut“ (2) Vertreter des völkisch-nationalistischen, antisemitischen Alldeutschen Bundes und anderer rechtsradikaler antisemitischer Organisationen machten die jüdischen Bürger für die Ereignisse der Novemberrevolution verantwortlich. Einzelne prominente jüdische Beteiligte, wie Kurt Eisner oder Rosa Luxemburg, nutzten sie zur Untermauerung ihrer antisemitischen Propaganda. Während der 9. November 1918 aus Sicht der jüdischen Bevölkerung Deutschlands also auf der einen Seite einen großen Schritt auf dem Weg zur staatlichen Anerkennung als gleichberechtigte Bürger darstellt, steht er auf der anderen Seite auch für eine Zeit des extremen Erstarkens antisemitischer Strömungen in Deutschland, die sich unter anderem in der Ermordung Rosa Luxemburgs und Walter Rathenaus ausdrückte und als Nährboden der weiteren Entwicklung in den folgenden Jahren gesehen werden muss.

Paukenschlag: Der Hitler-Ludendorff-Putsch

Nur fünf Jahre später deutete sich am 9. November 1923 erstmals öffentlichkeitswirksam an, wohin der Weg der deutschen Gesellschaft führen sollte. Unterstützt von Hermann Göring, Ernst Röhm, SA und NSDAP, scheiterte Adolf Hitler zwar beim Versuch der gewaltsamen Machtergreifung, konnte sich aber über die geographischen Grenzen Bayerns und die ideologischen Grenzen des antidemokratisch-nationalistischen und radikal antisemitischen Spektrums hinaus bekannt machen. In einem halbherzigen Prozess wurde er nach dem

Scheitern des Putschversuchs zu fünf Jahren Haft verurteilt, von denen er aufgrund von „guter Führung“ nur neun Monate verbüßen musste. In Hitlers Zeit im Gefängnis entstand der erste Band seines Buches „Mein Kampf“, Programmschrift der später Wirklichkeit gewordenen Grausamkeiten der nationalsozialistischen Terrorherrschaft bis hin zur Shoa.

Novemberpogrome

Was sich 1923 in Form eines gewaltsamen Putschversuchs angedeutet hatte, wurde zehn Jahre später auf der Basis regulärer Wahlen Wirklichkeit: Mit Adolf Hitler an ihrer Spitze erlangte die NSDAP die Macht in Deutschland.

In den Folgejahren verschlechterte sich die Situation der jüdischen Bevölkerung in Deutschland immer drastischer. Nachdem der deutsche Staat bereits 1934 mit der Führung einer „Judenkartei“ begonnen hatte und im September 1935 die Nürnberger Rassegesetze verabschiedet worden waren, wurden jüdische Bürger im April 1938 gezwungen, dem Staat detaillierte Auskunft über ihre Vermögensverhältnisse zu geben. Jüdische Geschäftsinhaber mussten ab Juni 1938 durch Anzeichnung ihrer Namen in weißer Farbe an den Schaufenstern deutlich auf ihre jüdische Identität hinweisen, während jüdischen Kultusgemeinden bereits im März 1938 der Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts und damit auch offiziell der Anspruch auf staatlichen Schutz aberkannt worden war. Im Juli 1938 wurden jüdische Menschen verpflichtet, „Kennkarten“ mit sich zu tragen und per Passeintrag die Vornamen Israel, beziehungsweise Sara anzunehmen. Im Oktober 1938 veranlasste die Regierung den Ausbau bereits bestehender KZ-Infrastruktur, sowie die Vorbereitung von durch gelbe „Judensterne“ gekennzeichneter Häftlingskleidung.

Ende Oktober 1938 wurden in der „Polenaktion“ bis zu 17000 Jüdinnen und Juden polnischer Nationalität aus Deutschland abgeschoben. Dass Herschel Grynszpan, dessen Eltern davon betroffen waren, in Folge dessen am 7. November 1938 einen deutschen Botschaftsmitarbeiter in Paris erschoss, diente den Nationalsozialisten als vorgeschobener Anlass für die Novemberpogrome, in denen der bis dahin konstant ansteigende antisemitische Furor schließlich am 9. November 1938 und den Folgetagen kulminierte. SS, SA und die deutsche und österreichische Zivilbevölkerung ermordeten mehr als 400 jüdische Menschen. Zahllose jüdische Wohnungen, Geschäfte und Gemeinschaftszentren wurden zerstört, mehr als 1400 Synagogen und Bethäuser verwüstet und niedergebrannt, jüdische Friedhöfe wurden geschändet. Ungefähr 30.000 meist wohlhabende Juden wurden zudem in einer geplanten Aktion verhaftet und in Konzentrationslagern interniert.

Die von langer Hand geplanten antisemitischen Pogrome des 9. November 1938 bedeuteten den Beginn der massenhaften Internierung von Juden in den deutschen Arbeits- und Vernichtungslagern.

Neben der Ermordung und Traumatisierung tausender jüdischer Menschen und der fast vollständigen Vernichtung öffentlich sichtbaren jüdischen Lebens in Deutschland und Österreich hatten die Pogrome im November 1938 zur Folge, dass die Zahl jüdischer Auswanderer sprunghaft anstieg und in der Zeit von November 1938 bis zum Beginn des Kriegs im September 1939 höher war, als in der gesamten nationalsozialistischen Herrschaftszeit zuvor.

Angst und Hoffnung

Nachdem Deutschland in den folgenden Jahren der Welt einen Krieg von bis dahin ungekannten Ausmaßen aufgezwungen und die industrielle Ermordung von sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden vorangetrieben hatte, musste es sich 1945 einer alliierten Übermacht geschlagen geben.

Noch Jahrzehnte später beschränkte sich jüdisches Leben in Deutschland nach dem Zivilisationsbruch der Shoa auf ein Minimum. Bis 1989 waren in der damaligen Bundesrepublik insgesamt nicht mehr als 29.089 jüdische Menschen in Gemeinden gemeldet, die großteils als Displaced Persons, Flüchtlinge oder ehemalige Häftlinge der nationalsozialistischen Arbeits- und Vernichtungslager in Deutschland geblieben oder

zurückgekehrt waren. In der Deutschen Demokratischen Republik hatten die wenigen verbliebenen jüdischen Gemeinden bis zum Beitritt zur Bundesrepublik insgesamt weniger als 500 Mitglieder. Der hohe Altersdurchschnitt, der allen jüdischen Gemeinden in den beiden deutschen Staaten gemein war, war ein klarer Indikator dafür, dass jüdisches Leben in Deutschland allein schon aufgrund der demographischen Entwicklung auf lange Sicht keine Zukunft haben würde.

Der Fall der innerdeutschen Mauer am 9. November 1989 trug entscheidend zur Veränderung dieser Situation bei. Während die Aussicht auf ein „wiedervereintes" Deutschland für den jüdischen Teil der Bevölkerung durchaus auch mit der Angst vor den Folgen eines wiedererstarkenden deutschen Nationalismus verbunden war, brachte die Grenzöffnung für die jüdischen Gemeinden auch enorme logistische Herausforderungen mit sich. Zusätzlich zur Zusammenführung der jüdischen Gemeinden West- und Ostdeutschlands begannen nach dem Mauerfall immer mehr jüdische Menschen und Familien aus der damaligen Sowjetunion, nach Deutschland einzuwandern. Durch die Schaffung eines neuen Arbeits- und Bleiberechts wurde diese Zuwanderung vom deutschen Staat begünstigt. Die Eingliederung der zahlreichen Zuwanderer in bestehende Gemeindestrukturen und ihre Unterstützung bei verschiedensten Schwierigkeiten der Orientierung und Zurechtfindung in Deutschland war eine komplexe Aufgabe, deren Bewältigung aber langfristig einen sehr wichtigen Aspekt der Erhaltung jüdischen Lebens in Deutschland darstellt: Auf dem Höhepunkt der 1990 beginnenden Wachstumsphase zählten die jüdischen Gemeinden in Deutschland im Jahr 2006 107.794 Mitglieder.
Nachdem die Mitgliederzahl schon 2013 wieder auf 101.300 Personen gefallen war, zeigt sich heute ein weniger hoffnungsvolles Bild. Bei einem Altersdurchschnitt von über 50 stehen sich die Sterbe- und Geburtsraten der jüdischen Gemeinden Deutschlands im Verhältnis 6:1 gegenüber. Mit Blick auf die antisemitischen Ausbrüche der letzten Monate denken jüdische Menschen, wie Dieter Graumann konstatiert, verstärkt darüber nach, ob sie „hierbleiben sollten oder die Koffer packen müssten" (3). Angesichts dieser demographischen und politischen Entwicklung bleibt die Frage, ob sich Leo Baecks Vorhersage von 1945, „die Epoche der Juden in Deutschland [sei] ein für alle Mal vorbei", doch noch bewahrheitet, offen.
(Philipp Bruckmann, Levi Salomon)

Alle: Vossische Zeitung Nr. 575, 9.11.1918, Abendausgabe
Wiener, Alfred: Vor Pogromen? Tatsachen für Nachdenkliche, Riesser, Berlin 1919
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zentralrat-der-juden-gesellschaft-muss-gegen-antisemitismus-helfen-a-983743.html

OSCE-Commemorative Event 2014: Erinnerungsveranstaltung und Empfehlungen zivilgesellschaftlicher Akteure zur Bekämpfung von Antisemitismus

Am 12. und 13. November 2014 fand im Auswärtigen Amt in Berlin ein High level commemorative Event der OSCE statt, dem ein Civil society forum vorausging.
Hintergrund der Konferenz war Erinnerung und Reflexion der OSCE Conference on anti-Semitism, die zehn Jahre zuvor am selben Ort stattgefunden hatte.
Die 2004 verabschiedete Berlin declaration der OSCE, in der Teilnehmerstaaten Antisemitismus als gesellschaftliche Gefahr benannten und sich zu konkreten Maßnahmen zu seiner Bekämpfung bekannten, würdigte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede zur Eröffnung der Veranstaltung als „Meilenstein in der Bekämpfung des Antisemitismus auf internationaler Ebene".
Er stellte fest, „eine der zentralen Fragen […] heute" sei, ob man den „Worten von vor zehn Jahren in ausreichendem Maße Taten folgen" gelassen habe.
Auch RepräsentantInnen zahlreicher weiterer OSCE-Staaten brachten ihre Unterstützung zum Ausdruck und sprachen über Fortschritte der von ihnen vertretenen Staaten während der letzten zehn Jahre. Einigkeit herrschte aber auch in Hinsicht auf die Dringlichkeit der Ergreifung weiterer Schritte angesichts der, wie Samantha Power, Botschafterin der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, sagte, „alarmierenden Statistiken über den Anstieg des Antisemitismus"(1).
Auf dem am Vortag abgehaltenen Civil society forum wurden von ExpertInnen in Diskussionen und Arbeitsgruppen konkrete Empfehlungen zur Art der zu ergreifenden Maßnahmen erarbeitet:
Recall the 2004 Berlin Declaration that "declared unambiguously that international developments or political issues, including those in Israel or in the Middle East, never justify anti-Semitism."

1.Use the EUMC Working Definition on Anti-Semitism when monitoring and recording acts of anti-Semitism.
2.Institute teacher training and educational programs at all levels to combat anti-Semitism, focusing in particular on the growing dissemination of anti-Semitism in social media as well as on growing societal diversity.
3.Comply with commitments on monitoring and prosecuting anti-Semitic hate crimes, in partnership with civil society, disclosing detailed statistical information on the nature of the incidents, publicizing the data and sharing it with ODIHR.
4.Designate a commissioner or coordinating body to ensure comprehensive cooperation on monitoring, prosecution, public awareness and education against anti-Semitism.
5.Issue an annual report on anti-Semitic incidents and on government efforts to combat anti-Semitism.
6.Promote cooperation of all European agencies concerned with combating anti-Semitism, eliminating competing roles and enhancing strategic and practical cooperation amongst them.
7.Review and enfoce legislation countering anti-Semitism.
8.Convene annual summit meetings amongst government officials, justice and law enforcement agencies, Jewish communities, and other community stakeholders.
9.Improve security for Jewish institutions by ensuring adequate police protection, training police and law enforcement to identify anti-Semitic hate crimes, funding security measures for Jewish institutions, and engaging Jewish leadership to encourage higher levels of reporting.

10.Promote media literacy and anti-hate counter-speech and provide financial support for civil society initiatives that promote programs and methods to curb online anti-Semitism and Holocaust denial.
11.Condem all expressions of Holocaust denial and efforts to distort its meaning, with reference to the International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) “Working Definition of Holocaust Denial and Distortion“.
12.Strengthen assistance for civil society and intercommunal networks to speak out against anti-Semitism and all forms of racism, independent of their differing views on the Middle East conflict, to provide support in times of crisis.
13.Recognize and protect the rights of Jews to their religious practices.
14.Refrain from using or instrumentalizing anti-Semitic stereotypes blaming political actors or other governments.
15.Denounce and investigate anti-Semitic comments and incidents made by ultra-nationalist groups.
16.Reject trivialization of the Holocaust through historical revisionism that equates totalitarian regimes without historical distinctions.
17.Support efforts of civil society networks to combat anti-Semitism and other forms of intolerance, establishing task forces or working groups in which law enforcement authorities and governmental stakeholders may participate.
18.Whereever possible secure endorsement for these recommendations through appropriate PC and Ministerial Council decisions.
19. Whereever possible secure endorsement for these recommendations through appropriate PC and Ministerial Council decisions.

Neben der Notwendigkeit der konsequenten Verfolgung antisemitischer Straftaten und des Schutzes jüdischen Lebens wurde die grundsätzliche Wichtigkeit politischer Bildungsarbeit verstärkt betont.
Auch auf die Wichtigkeit der Etablierung und Pflege von Beobachtungssystemen für antisemitische Vorfälle, die bei weitem nicht von allen OSCE-Teilnehmerstaaten bereitgestellt werden, wurde erneut hingewiesen.
Die Teilnahme zahlreicher RegierungsvertreterInnen zeigt, dass der Kampf gegen Antisemitismus ernst genommen wird. Wie schon durch die Teilnahme an der im September stattgefundenen Kundgebung des Zentralrats der Juden in Deutschland anlässlich der antisemitischen Ausfälle der vergangenen Monate setzte auch die Bundesregierung durch ihre Unterstützung der Veranstaltung und die Rede Frank-Walter Steinmeiers dahingehend ein deutliches Zeichen.
Die Berlin declaration von 2004 hatte grundlegende konkrete Entwicklungen zufolge. Dennoch ist die gesamtgesellschaftliche Gefahr, die von Antisemitismus ausgeht, seitdem keineswegs geringer geworden. Für die einhelligen Bekundungen aller RednerInnen kann stellvertretend Samantha Powers Feststellung, „unsere Arbeit wird nie abgeschlossen sein“ (2) stehen. Frank-Walter Steinmeiers Fazit mit Bezug auf die Arbeit und Empfehlungen der zivilgesellschaftlichen VertreterInnen, Regierungen sollen „ihre [Anm.: Der zivilgesellschaftlichen Akteure] Ideen und Vorschläge nach Kräften in unser politisches Handeln einfließen lassen“, macht deutlich, dass ihre Schlagkräftigkeit davon abhängt, ob den Reden konkrete Taten folgen.
Die aktuell vom Haushaltsausschuss des Bundes beschlossene Erhöhung der Mittel für Bundesprogramme für die Bereiche Salafismus, Islamismus und Antisemitismus um zehn Millionen Euro ist ein Schritt in diese Richtung.

☎🗁✆ „alarming statistics on Anti-Semitism's rise“
☎🗎✆ „Our work will never be finished“

TeilnehmerInnen des OSCE High Level Commemorative Event (© L. Salomon)

Dr. Frank-Walter Steinmeier (© L. Salomon)

Samantha Power (© L. Salomon)

Petra Pau (© L. Salomon)

Charlotte Knobloch (© L. Salomon)

Graumann: Offener Judenhass kein Tabu mehr

Berlin (JFDA). Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, äußerte in einem BILD-Interview, Judenhass würde offener ausgelebt werden: „Wenn auf deutschen Straßen gerufen wird ‚Juden ins Gas‘, trifft uns das tief.“ Viele der heute in Deutschland lebenden Juden hätten niemals Großeltern aufgrund der dunkelsten Stunde deutscher Geschichte gehabt. Der Zentralrat bekomme seit einiger Zeit vermehrt antisemitische Zuschriften mit Namen und Anschrift, bilanzierte sein Präsident, der am Sonntag nicht mehr zur Wiederwahl antreten wird.
In seine Amtsperiode fiel neben den antisemitischen Ausschreitungen während des Gaza-Krieges dieses Sommers auch die Beschneidungsdebatte. Graumann betonte die positive Haltung der Politik in der Diskussion um die Beschneidung von Knaben. 2012 sahen sich Juden in Deutschland einer Vielzahl unreflektierter und geschmackloser Anfeindungen ausgesetzt. Gleichzeitig hätten Juden „noch nie so gut hier leben können wie jetzt“, so Graumann.

© L. Salomon

Vergangenheit bewältigt?

- Von Kirsten Goetze

Der in Deutschland zu beobachtende Antisemitismus ist nicht allein eine Frage der Politik. Es wäre zu einfach, die Debatte auf die Frage „wie hältst Du es mit Israel?" zu verkürzen. Auf dem großen Feld der Politik ist für mich als Normalbürger eine zunehmende „Vergangenheitsmüdigkeit" zu beobachten. Die Gedenkfeiern am 9. November diesen Jahres fanden fernab von den zentralen Plätzen statt – offenbar sollte die Party nicht gestört werden. Im Geschichtsunterricht findet der Nationalsozialismus nur noch kurz vor dem Abitur statt, eingequetscht zwischen Imperialismus und Kaltem Krieg. Und da es kaum noch Überlebende gibt, die ein „Innehalten" oder „Nachdenken" einfordern, kann man sich wieder mit dem guten Gefühl zurücklehnen „alles ordentlich deutsch bewältigt" zu haben.
Da stören die täglichen Geplänkel nur: Dass ein Kollege Polizeischutz nach einem Interview zu einem NS-Verfahren bekam, weil er im Internet bedroht wurde; dass eine Zeugin sich scheute, die Geschichte ihrer Familie zu publizieren, weil sie rechtsradikale Übergriffe fürchtete; dass die Ehefrau ihren Mann bittet, auf dem Weg zur Synagoge die Kippa mit einem Basecap zu verdecken, „um niemanden zu provozieren". Hierüber wird – vielleicht – berichtet. Aber hat es auch eine Konsequenz in unserem Denken? Wie gehe ich damit um, wenn eine Lehrerin für katholische Religion eine Kollegin bittet, über das Judentum zu erzählen und die Kollegin mit den Worten vorstellt „Liebe Schüler, das ist eine echte Jüdin" oder bei einem Seminar bei einer provokativen Überschrift zunächst gefragt wird, ob „man Jude/Jüdin sei, man wolle ja bei der Diskussion nichts Falsches sagen"? Man kann dies großmütig mit „Dümmlichkeit" abtun. Wenn aber eine jüdische Organisation, die ihre Meinung bekundet oder der Brief eines Anwalts mit „eindeutig jüdischem Namen" mit dem Bemerken quittiert wird „von denen lassen wir uns erst recht nichts sagen", dann hat das mit Ignoranz und Dummheit nichts mehr zu tun, sondern mit einem tief sitzenden Antisemitismus. Mit der offenbar weiterhin tief sitzenden Antipathie und Unsicherheit, wie man „mit denen" umgehen soll.
Antisemitismus kann nicht per „Reset-Knopf" wie bei einem PC in den Köpfen ausgeschaltet werden. Aber wir müssen die Welt auch nicht so akzeptieren wie sie ist. Jeder einzelne kann dazu beitragen, sie so zu gestalten, wie sie sein sollte. Dazu gehört auch, Dummheit, Apathie und Aggressivität mit den Mitteln der Aufklärung zu bekämpfen.

5. Sonstiges

Gedenkrede Prof. Dr. Margot Käßmanns zum Geburtstag von Elisabeth Schmitz

Die nachstehende Rede hielt Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann, Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum 2017, am 17. Dezember 2013 anlässlich des 120. Geburtstages der Widerstandkämpferin Elisabeth Schmitz. Elisabeth Schmitz engagierte sich ab 1934 in der Bekennenden Kirche. Besonders bekannt wurde sie durch ihre Gedenkschrift "Zur Lage der deutschen Nichtarier", in der sie kirchliche Solidarität nicht nur für jüdischstämmige Konvertiten, sondern für alle verfolgten jüdischen Menschen in Deutschland forderte.

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus regt in seinem derzeitigen Modellprojekt "Bekennt Euch! Religiöse Selbstbehauptung während des Nationalsozialismus" Berliner Schülerinnen und Schüler zur Auseinandersetzung mit dem Wirken der Bekennenden Kirche und auch mit dem Engagement Elisabeth Schmitz' an.

Festrede von Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann:

Am 23. August 1893 wurde Elisabeth Schmitz geboren. Ich bin dankbar, dass André Schmitz und Manfred Gailus in diesem Jahr, 120 Jahre später die Initiative übernommen haben, sie heute Abend hier in Berlin zu würdigen und der Bischof dieser Landeskirche Markus Dröge ihr die Ehre gibt. Hier in Berlin lebte sie von 1915 bis 1943 und von 1933 an erfuhr sie hautnah, was die nationalsozialistische Ideologie zerstörte. Ihr wacher Geist ließ sie das bewusst wahrnehmen und anklagen, leise, aber unmissverständlich. 75 Jahre ist die Reichspogromnacht 2013 her. Elisabeth Schmitz hatte bereits vorher gesehen, welcher Ungeist wütete. Danach sah sie für sich keine Möglichkeit mehr, ohne den Verlust ihrer Integrität als Lehrerin zu unterrichten.

Die Würdigung heute Abend ist nicht selbstverständlich. Diese „protestierende Protestantin", wie Manfred Gailus sie in seiner Biografie nennt, wurde bisher kaum, viel zu wenig rezipiert. Aber, so schreibt er auch: „Der neue deutsche Protestantismus des 21. Jahrhunderts wird der Erinnerung an diese Frau gewiss einen hohen Wert zumessen. Er wird sie, über kurz oder lang, in den, protestantischen Heiligenstand' erheben."(1). Mit „Heiligen" haben die Protestanten ja eher Probleme. Nicht Menschen sollen angebetet werden, sondern allein Gott. Die „Gemeinschaft der Heiligen" ist für die Reformatoren die Gemeinschaft derer, die wissen, dass sie im Leben und im Sterben ganz und gar auf Gott angewiesen sind. Entsprechend heißt es im Augsburger Bekenntnis von 1530 im Artikel 21:

„Vom Dienst der Heiligen.
Vom Heiligendienst wird von den Unseren so gelehrt, dass man der Heiligen gedenken soll, damit wir unseren Glauben stärken, wenn wir sehen, wie ihnen Gnade widerfahren und auch wie ihnen durch den Glauben geholfen worden ist; außerdem soll man sich an ihren

guten Werken ein Beispiel nehmen, ein jeder in seinem Beruf … Aus der Heiligen Schrift kann man aber nicht beweisen, dass man die Heiligen anrufen oder Hilfe bei ihnen suchen soll. ‘Denn es ist immer nur ein einziger Versöhner und Mittler gesetzt zwischen Gott und Menschen, Jesus Christus.’ (1. Timotheusbrief 2,5).”

Insofern hat Manfred Gailus doch Recht: an Elisabeth Schmitz und ihrem Einsatz für andere aus ihren Glaubensüberzeugungen heraus können wir uns ein Beispiel nehmen. Und es wird Zeit, dass wir wahrnehmen, was sie geleistet hat. Wenn von denen die Rede ist, die widerständig waren oder Widerstand geleistet haben im so genannten „Dritten Reich“, fallen schnell die Namen Dietrich Bonhoeffer, Alfred Delp, Hans von Dohnanyi. Frauen kommen meist als unterstützende Ehefrauen vor. Dabei gab es sie natürlich, die aktiven Frauen im Widerstand, und nicht nur in der Weißen Rose – Sophie Scholl – oder im Netzwerk der Roten Kapelle…

Eine von ihnen ist Elisabeth Schmitz. Sie stammte aus Hanau, wirkte hier in Berlin und schließlich wieder in Hanau, wo sie 1977 84jährig starb. Nur sieben Menschen folgten ihrem Sarg. Warum taucht der Name dieser Frau, warum taucht ihre Lebensleistung erst jetzt auf? Eine ihrer Schülerinnen war Dietgard Meyer, die später kurhessische Pfarrerin war. Ich selbst bin als Kurhessin 1985 ordiniert worden, habe Dietgard Meyer kennengelernt. Dr. Katharina Staritz war mir ein Begriff, die in Breslau 1938 eingesegnete so genannte „Stadtvikarin“, die wegen ihres Engagements im Widerstand inhaftiert war und deren Status in Kurhessen- Waldeck nach dem Krieg nicht anerkannt wurde. Von Elisabeth Schmitz aber hatte ich bis vor wenigen Jahren nicht gehört. Dabei besticht ihre klare und sehr frühe Sicht auf die untragbare Verletzung der Menschenwürde durch die Nationalsozialisten, die sie von Anfang an hatte.

In der Biografie von Manfred Gailus war mir bei der Lektüre sehr eindrücklich, in welchem Netzwerk von jungen, sehr gut gebildeten Frauen Elisabeth Schmitz verankert war. Da war die sie prägende Religionslehrerin Dr. Carola Barth. Im Studium war Elisabeth Schmitz eng verbunden mit Dr. Elisabet von Harnack, später besonders mit Dr. Martha Kassel, einer Ärztin, Protestantin jüdischer Herkunft. Guten Kontakt hatte sie mit Prof Dr. Elisabeth Schiemann und im Lehrerkollegium mit ihrer Kollegin Dr. Elisabeth Abegg sowie der Schulleiterin Margarete Behrens. So sehr darüber spekuliert werden kann, ob Elisabeth Schmitz nun Frauen oder Männer liebte, ob sie schlicht auch keine Beziehungen hatte: sie hatte dieses Netzwerk aus Frauen, die ungemein gebildet waren, eine neue Generation, die frei denken durfte und wollte. Das wird sie geprägt haben. Und das ist gewiss auch der Kontext des kritischen Blicks, der Fragen mit Blick auf die Entwicklungen in aller Freiheit und Unabhängigkeit ermöglicht. Hier entstanden Gesprächsräume, so scheint es, die widerständig machten gegen die Verführbarkeit der nationalsozialistischen Ideologie.

Schon 1933 erregt sich Elisabeth Schmitz über Unrecht und Grausamkeit, mit denen Menschen jüdischer Herkunft begegnet wird, während die Kirche ihre Feste feiert(2). Wie konnte es sein, dass sie, als andere noch hofften, vieles würde sich zum positiven wenden, so kritisch wahrgenommen hat, was geschah? Manfred Gailus schreibt: „Tagtägliches Mitverhaftetsein in die Ausgrenzungserfahrungen ihrer ‚nichtarischen‘ Freundin Martha

Kassel, ihres Bruders und Rechtsanwaltes Heinrich Kassel und anderer Freunde und Bekannte, Zugehörigkeit zum jüdischen Intellektuellenzirkel um Julius Bab, frühe Lektüre Karl Barths und intensiver brieflicher Gedankenaustausch mit dem reformierten Theologen seit April 1933 – alles dies waren wesentliche Koordinaten, die Denken und Handeln von Schmitz seit 1933 bestimmten.“(3) Sie verkehrte im Gerhard-Jacobi-Kreis der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und unterschrieb 1934 die „Rote Karte“ und gehörte somit zur Gruppe der Mitglieder der Bekennenden Kirche an der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche.

1935 (!) verfasste sie ein Memorandum, in dem sie ihre Kirche aufforderte, sich für die entrechteten Jüdinnen und Juden einzusetzen. Sie schrieb: „Vor nunmehr bald 2 1/2 Jahren ist eine schwere Verfolgung hereingebrochen über einen Teil unseres Volkes um seiner Abstammung willen, auch über einen Teil unserer Gemeindeglieder. Die unsagbare äußere und wohl noch größere innere Not, die diese Verfolgung über die Betroffenen bringt, ist weithin unbekannt und damit auch die Größe der Schuld, die das deutsche Volk auf sich lädt.“(4)

Elisabeth Schmitz hatte Geschichte, Germanistik und Theologie mit dem Ziel „höheres Lehramt“ studiert. 1920 wurde sie in Berlin bei Friedrich Meinecke im Fach Geschichte promoviert – ein damals für eine Frau außergewöhnlicher Lebensweg. In Hanau als jüngste von drei Schwestern geboren wurde sie Lehrerin, ab April 1929 war sie Studienrätin in Berlin Mitte. Eine ihrer Schülerinnen beschreibt sie: „leise auftretend, persönlich zurückgenommen, konzentriert auf den Unterrichtsstoff, sachlich und anspruchsvoll in ihren Anforderungen an uns. Und in ihrem ‚Outfit‘ – ach, so schlicht und bescheiden: grauer Faltenrock und hochgeschlossene Bluse, meist mit einem ‚Seelenwärmer‘, einer wollenen Weste, darüber; das Haar in der Mitte gescheitelt und mit einem Kamm hinten hochgesteckt. Alles ein wenig altertümlich und nicht dazu angetan, uns spontan für ihre Person zu begeistern. Dennoch ist es Elisabeth Schmitz gelungen, sich Anerkennung zu verschaffen. Ihre absolut lautlose Autorität machte uns sprachlos.“(5)

Die Schülerinnen wissen nichts über ihre außerschulischen Aktivitäten. Sie war Mitglied in Helmut Gollwitzers „Dogmatischer Arbeitsgemeinschaft“. Zwischen 1933 und 1966 schrieb sie Briefe, Postkarten und Grüße an Karl Barth in der Hoffnung, ihn zu einer öffentlichen Stellungnahme mit Blick auf die Lage von Jüdinnen und Juden zu bewegen. Sie erhielt 1933/34 zwei Antworten. Sah Elisabeth Schmitz die Verfolgung der Juden und den nicht erfolgten Aufschrei der Kirche als eine Anfrage an das „esse“, das Sein der Kirche selbst, so verstand Karl Barth die ‚Judenfrage‘ als, Teilfrage‘(6).

Das scheint mir die tiefe Differenz zu anderen Menschen, die aus christlicher Überzeugung in der Bekennenden Kirche aktiv waren: geht es um die Kirche um der Kirche willen? Geht es um den Schutz von getauften Juden? Oder versagt die Kirche in ihrer ureigensten Aufgabe, weil sie sich dem Grauen, der Menschenverachtung, dem Verrat an jedweder Form von Menschenwürde nicht vehement entgegen stellt?

Beim Nachlesen vieler Dokumente (7) schien mir interessant, dass Edith Stein, die zum römischen Katholizismus konvertierte Jüdin, das ähnlich erlebte mit ihrem Brief an Papst Pius XI. im April 1933. Sie erhielt ebenso wenig Antwort wie Elisabeth Schmitz mit ihrem Memorandum über die Lage der Juden im nationalsozialistischen Deutschland. Sie legte es, so wird berichtet, der Synode der Bekennenden Kirche, die vom 23. bis 26. September 1935 in Berlin– Steglitz vor ohne eine Reaktion zu erhalten. Allerdings gibt es bis heute keinen Beleg dafür, mahnt der Kirchenhistoriker Hartmut Ludwig an(8). Und Manfred Gailus fragt zu Recht, ob sie das überhaupt gekonnt hätte. Bestenfalls, so meint er, war der Inhalt Gesprächsthema am Rande der Synode, nicht aber offizieller Beratungsgegenstand.

Interessant auch, dass die Schrift lange Zeit Marga Meusel zugeschrieben wurde. Erst 1999 wurde Elisabeth Schmitz als Verfasserin bekannt und erst durch einen Zufallsfund 2004 in Hanau ein großer Teil von Originaldokumenten aus ihrem Leben gefunden.(9) Der „Finder“ ist der pensionierte Richter Gerhard Lüdecke aus Hanau, der – soweit ich weiß – heute auch anwesend ist. Er hat viel für die Erinnerung an Elisabeth Schmitz in Hanau getan. Wenn wir nachher noch Zeit haben, würde ich gern fragen: Warum wohl hat sie selbst nicht dafür Sorge getragen, dass das Memorandum ihr zugeschrieben wurde?

Das genannte Memorandum ist ein beeindruckendes Dokument einer Frau, die hellwach beobachtet und erkennt, wie der nationalsozialistisch Ungeist um sich greift. So beschreibt Elisabeth Schmitz „Die Lage der Kinder“: „Aber wenigstens die Kinder haben doch i.a. im ganz elementaren Empfinden der Menschen einen Anspruch auf Schutz. Und hier? In großen Städten gehen die jüdischen Kinder vielfach jetzt in jüdische Schulen. Oder die Eltern schicken sie in katholische Schulen, in denen nach allgemeiner Ansicht sie sehr viel besser geschützt sind als in evangelischen. Und die nichtarischen evangelischen Kinder? Und die jüdischen Kinder in kleinen Städten, wo es keine jüdischen Schulen gibt, und auf dem Lande? In einer kleinen Stadt werden den jüdischen Kindern von den anderen immer wieder die Hefte zerrissen, wird ihnen das Frühstücksbrot weggenommen und in den Schmutz getreten! Es sind christliche Kinder, die das tun, und christliche Eltern, Lehrer und Pfarrer, die es geschehen lassen!”(10)

Das Memorandum zeigt im Jahr 1935 einen glasklaren Blick auf die Lage der Juden, auf das Verbrechen, das an ihnen begangen wurde und auf das Versagen der evangelischen Kirche. Elisabeth Schmitz sah das Unrecht, es konnte gesehen werden, das berührt mich an ihrem Text besonders. Sie schrieb ihr Memorandum drei Jahre vor der Reichspogromnacht!
Was sind die Gründe für die ausbleibende Resonanz auf das Memorandum? Lag es daran, dass es auch der Bekennenden Kirche mehr um die Rettung Kirche ging als um die Rettung der Juden? Oder weil vermutet wurde, eine Frau, Marga Meusel, sei die Autorin und nicht ein „richtiger ordinierter Theologe“?

Elisabeth Schmitz wurde denunziert, weil sie Martha Kassel, die bereits genannte Christin jüdischer Herkunft, in ihrer Wohnung aufgenommen hatte. An der Schule in Lankwitz hatte sie seit 1935 Probleme, weil sie den Vorgaben nicht entsprechen wollte, Kinder zu „nationalsozialistischen Menschen“ zu erziehen. So bat sie nach der

Reichspogromnacht um Versetzung in den Ruhestand. Sie sah sich nicht in der Lage, so zu unterrichten, wie es der nationalsozialistische Staat von ihr forderte.

1943 aus Berlin evakuiert kehrte Elisabeth Schmitz nach Hanau in ihr Elternhaus zurück. Ab 1946 unterrichtete sie dort wieder bis 1958. Offenbar hatte sie weiterhin engen Kontakt zu Freundinnen und ehemaligen Schülerinnen, aber das Memorandum, ihre Verfasserschaft, all das hat sie wohl nicht thematisiert.

Mich bewegt diese Geschichte. Zum einen, weil sie zeigt, wie früh das Unrecht sichtbar wurde, „man" wissen konnte, was geschah. Elisabeth Schmitz fragt schon 1935 deutlich: „Warum muß man sich immer sagen lassen aus den Reihen der nicht-arischen Christen, daß sie sich von Kirche und Ökumene verlassen fühlen? … Warum sucht Bodelschwingh in den Ärzteblättern einen ‚arischen' Medizinalpraktikanten? … Warum tut die Kirche nichts? Warum läßt sie das bodenlose Unrecht geschehen?"(11)

Bedeutsam ist die ekklesiologische Frage, die Elisabeth Schmitz stellt. Es geht ihr nicht allein um die Freiheit der Kirche wie etwa Karl Barth, oder um getaufte Juden wie etwa Marga Meusel. Ihr ging es um ein Versagen der Kirche als Kirche, wenn sie nicht für die Menschen eintritt, die entrechtet werden vor ihren Augen, ja mit ihrer Beteiligung.
Zum anderen ist unverständlich, dass die Denkschrift seit 1945 nicht rezipiert wurde, dass es hier ein Vergessen gibt, das wenige selektiv als ‚Helden' hervorhebt, andere aber ignoriert.
Und schließlich wird die ganze Spannung für heute ersichtlich. In Vorbereitung auf das Reformationsjubiläum 2017 hat die Evangelische Kirche in Deutschland ein Themenjahr „Reformation und Politik" ausgerufen. Wie verhalten sich beide zueinander, die evangelische Kirche und die Politik? Allzu gern wird erklärt, die Kirche solle sich auf „das Eigentliche" konzentrieren. Aber was ist „das Eigentliche"?
Der Apostel Paulus schreibt im Römerbrief: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott angeordnet." (13, 1) Das hat viele Christinnen und Christen davon abgehalten, Widerstand zu leisten. In der Apostelgeschichte aber heißt es: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen" (5,29) – das wiederum hat viele Christinnen und Christen ermutigt, Widerstand zu leisten.

Sicher, der Apostel Paulus schrieb keine grundsätzliche Abhandlung über das Verhältnis der Christen zur Macht bzw. zu den Grenzen der Macht. Er diskutierte nicht die Fragen von Machtmissbrauch und staatlich geduldetem oder gar gefördertem Unrecht(12), sondern wehrte sich gegen einen Enthusiasmus, der sich so himmlisch entrückt sah, dass ihn Kirche und Welt samt ihren Ordnungen nicht interessierten. Dagegen plädiert er für eine Anerkennung staatlicher Gewalt, die dem Leben in Frieden und Gemeinschaft dient.
Martin Luther war in Anlehnung an Paulus überzeugt: Es muss zwischen weltlichem und kirchlichem Regiment unterschieden werden. Das ist in vielem nachvollziehbar, hat aber die Kirche, die sich nach ihm benannt hat, manches Mal dazu verführt, unkritisch zu bleiben angesichts ungerechter Verhältnisse. Die so genannte „Zwei-Reiche" oder auch „Zwei-Regimenter"–Lehre erschien manchem lutherischen Theologen und manchem

Kirchenführer als Legitimation die absoluten Verbrechen von 1933-1945 nicht beim Namen zu nennen – auch nach 1945 nicht…

Mutige wie Elisabeth Schmitz blieben die Ausnahme, waren Einzelkämpferin in einer an die Obrigkeit angepasste Kirche. Heute sind wir dankbar, um solche hellsichtigen Menschen zu wissen. Wenn Paulus schreibt: „Wer sich nun der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt der Anordnung Gottes“ kann das auch auf Irrwege führen. Diese Balance zwischen notwendigem Respekt vor der „Obrigkeit“ – in solchen Kategorien dachten Protestanten noch lange, auch als es längst einen demokratischen Staat gab – und notwendigem, oft unbequemem Ungehorsam, bleibt eine Herausforderung auch heute.

Natürlich ist die Situation heute nicht vergleichbar mit den Herausforderungen zur Zeit der Nazi-Diktatur. Aber denken wir nur 25 Jahre zurück. Da lag dieses Rote Rathaus im Osten Berlins. Damals kritische Anfragen zu stellen, die Kirchenräume zu öffnen für Menschen mit offenen Fragen an die Regierung mit Blick auf Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, durch Reden, Manuskripte und Demonstrationen: o ja, da war eine Elisabeth Schmitz Vorbild im Sinne der protestantischen Wahrnehmung von Heiligen.
Und freies Denken und Widerständigkeit sind – wenn auch auf andere und wesentlich ungefährdetere Weise – auch heute mitten im demokratischen Wohlstandsdeutschland gefragt. Wo Menschen anfragen, was es bedeutet, dass jedes sechste Kind in Armut aufwächst! Wo Menschen sich auflehnen gegen eine Flüchtlingspolitik, die Menschen für Jahre verbannt in Lager ohne ihnen Möglichkeiten zu geben, ihr kreatives Potential zu entfalten, die Sprache dieses Landes zu lernen, sich zu integrieren. Und wer begehrt auf gegen die rassistischen Slogans einer Partei, die mit Steuergeldern finanziert wird. Endlich kommt ein Verbotsverfahren in Gang, aber nicht mit Unterstützung des deutschen Bundestages. Wer heute Kriege wie in Afghanistan und Waffenexporte, bei denen Deutschland auf den unrühmlichen dritten Platz weltweit aufgerückt ist, anprangert, wird verächtlich gemacht, an den Rand gedrängt.

Nein, das ist nicht vergleichbar mit dem, was Menschen wagten in den dreißiger und vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Wenn sie uns aber Vorbild sind, dann heißt das: Hinschauen, hellwach sein, in Worte fassen, was geschieht, nicht zu blinden Mitläufern werden. Da musst du nicht gleich öffentlicher Held sein, auch dafür ist Elisabeth Schmitz Vorbild. Sie wird eher als zurückhaltend beschrieben und deshalb ist der Untertitel der Biografie von Manfred Gailus auch sehr passend: Der stille Widerstand der Elisabeth Schmitz. Aber sind diese leisen Töne von weniger Gewicht als die lauten? Sie hatte ja gehofft, dass diejenigen, die öffentlich gehört werden wie etwa Karl Barth, ihre Erkenntnisse weiter geben würden…..

Wir brauchen auch heute hellwache Zeitgenossinnen und Zeitgenossen, die nicht einfach mit dem Strom schwimmen, sondern kritisch sehen, was geschieht, sich zu Wort melden, sich einmischen, auch wo das für sie selbst und andere unbequem ist. Und wir brauchen eine Kirche, die sich nicht zurück drängen lässt in das privat-religiöse, sondern mitten in der Gesellschaft ihre Stimme erhebt, wo immer Menschen entrechtet und an den Rand gedrängt werden.

Diese Kirche muss auch in der Lage sein, selbstkritisch mit ihrer eigenen Geschichte umzugehen. Im Rahmen der Vorbereitung des Reformationsjubiläums 2017 gibt es derzeit eine Debatte darüber, inwiefern Luthers Antijudaismus auch Wegbereiter für den Antisemitismus der Nationalsozialisten war. Ich finde irritierend, wie sehr einige das leugnen. Luthers Antijudaismus ist nicht einfach mit „Zeitgeist“ zu entschuldigen. Er hat der Kirche, die sich aus seiner Lehre heraus entwickelte, ein fatales Erbe hinterlassen. Dabei finden sich in seiner 1523 veröffentlichten Schrift „Dass Jesus Christus ein geborener Jude sei“ für die damalige Zeit bemerkenswerte Ansichten: Stereotype Vorwürfe gegen die Juden, darunter den des Wucherzinses, weist der Reformator entschieden zurück. Dies seien alles „Lügendinge“. Es sei vielmehr das lieblose Verhalten der Christen gewesen, dass die Juden bisher abgehalten habe, sich zu bekehren, wofür Luther durchaus Verständnis hat: „Wir haben sie behandelt, als wären es Hunde“, schreibt er und unterstreicht in dem ihm eigenen drastischen Sprachduktus, auch er wäre an ihrer Stelle „eher eine Sau denn ein Christ geworden“. Durch jene Schrift Luthers entstand in jüdischen Kreisen die Hoffnung, es könne zu einem Neuanfang im Verhältnis zwischen Juden und Christen kommen.

Doch zwanzig Jahre später, 1543, erschien ein im Duktus völlig anderer Text Luthers. Schon der Titel „Von den Juden und ihren Lügen“ verrät, dass es sich um eine Schmähschrift handelt. Luther schlägt darin der Obrigkeit vor, dass sie jüdische Synagogen und Schulen „mit Feuer anstecken“, ihre Häuser „zerbrechen“ und die Juden „wie die Zigeuner in einen Stall tun“ solle. Zudem sollten ihnen ihre Gebetbücher genommen werden, worin „Abgötterei“ gelehrt werde, ihren Rabbinern solle verboten werden, zu unterrichten. Furchtbar. Unerträglich. Diese so unfassbaren Äußerungen, die ich nur ungern zitiere, können nicht mit seiner Verbitterung, dass Juden nicht zur Kirche der Reformation übertraten, erklärt oder durch den „Zeitgeist“ gerechtfertigt werden. Sie werfen auf ihn und die Reformation insgesamt einen Schatten und sollten die Kirche, die sich nach ihm benannte, auf einen entsetzlichen Irrweg führen.

Die Schmähschrift von 1543 diente allzu oft der Rechtfertigung für Diskriminierung, Ausgrenzung und Mord. Luthers Pamphlet wurde in der NS-Zeit häufig nachgedruckt, zum Beispiel unter dem Titel „Martin Luther und die Juden – weg mit ihnen!“ Vor dem Nürnberger Gerichtshof bezog sich der NS-Hetzer Julius Streicher auf sie, um dann zu sagen: „Dr. Martin Luther säße sicher heute an meiner Stelle auf der Anklagebank….“ Aus Luthers Spätschrift hatte Streicher für sein Hetzblatt „Der Stürmer“ den in der NS-Zeit sprichwörtlich gewordenen Satz „Trau keinem Fuchs auf grüner Heid und keinem Jud‘ bei seinem Eid“ entnommen.

Bis auf wenige Einzelne wie Elisabeth Schmitz versagte die evangelische Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus, weil sie Menschen jüdischen Glaubens nicht schützte, sich dem Holocaust nicht vehement entgegenstellte. Erst nach 1945 begann sie – langsam –, den verhängnisvollen Weg des Antijudaismus zu verlassen, eine Lerngeschichte setzte ein. Der jüdisch-christliche Dialog hat neu entdecken lassen, was der Apostel Paulus über das Verhältnis von Christen und Juden schreibt: „Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich.“ (Römer, 11.18) Das war für die evangelische Kirche ein Prozess, der

Erschrecken über eigene Irrwege zutage treten ließ, Befangenheit auslöste. Mein Eindruck aber ist, dass immer öfter freie Begegnung möglich wird, die um das Vergangene, um Schuld ebenso wie um Opfererfahrung weiß, aber nicht dort verhaftet bleibt, sondern Wege ins Offene, in die Zukunft eines Dialogs auf Augenhöhe sucht.

2011 anerkannte die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem Schmitz als "Gerechte unter den Völkern". In einer würdigen Feier übergab im April 2013 der Gesandte der Botschafter des Staates Israel Emmanuel Nahshon Urkunde und Ehrenmedaille an den Hanauer Oberbürgermeister Claus Kaminsky. Heute ehren wir hier im Berliner Rathaus die Hanauerin, die zugleich Berlinerin war. Eine Frau, die mutig war, die früh warnte, welche zerstörerische Kraft die nationalsozialistische Ideologie entfaltete und ihre Kirche mahnte, sich dem zu widersetzen. Am Ende richtete sich die zerstörerische Kraft auch gegen die Deutschen selbst, Berlin weiß viele Geschichten davon zu erzählen.

Aber dies soll keine Trauerfeier sein. Wie bei der Trauerfeier für Nelson Mandela am vergangenen Dienstag können wir das Leben von Elisabeth Schmitz feiern. Dankbar für ihr mutiges Zeugnis. Froh darüber, dass wir es endlich bewusst wahrnehmen. Und ermutigt, selbst diese Lerngeschichte fortzuschreiben, die unsere Kirche – Gott sei Dank – gegangen ist. Eine Lerngeschichte aber, die niemals zu den Akten gelegt werden kann, sondern stets neu und aktuell werden muss im Kontext ihrer Zeit. So kann Elisabeth Schmitz dann im protestantischen Sinne „Heilige" werden, deren Leben und Zeugnis uns heute für die Zukunft mahnt und ermutigt.

---

1 Manfred Gailus, Mir aber zerriss es das Herz. Der stille Widerstand der Elisabeth Schmitz, Göttingen 2011 (2. Auflage), S. 17.
2 Vgl. Gailus, aaO., S. 84.
3 Ebd. S. 85.
4 Zur Lage der deutschen Nichtarier, in: Manfred Gailus (Hg.), Elisabeth Schmitz und ihre Denkschrift gegen die Judenverfolgung,. Konturen einer vergessenen Biografie (1893.1977), Berlin 2008, S. 192ff.; S. 193.
5 Diegard Meyer, „Mutter Elisabeth",, in Elisabeth Schmitz und ihre Denkschrift gegen die Judenverfolgung, aaO., S. 1ff.;, S. 13.
6 Vgl. Marlies Flesch-Thebesius, Ein Gefühl der Fremdheit. Briefwechsel zwischen Elisabeth Schmitz und Karl Barth, in: ebd. S. 83ff.; S. 83.
7 Vgl. Margot Käßmann (Hg.), Gott will Taten sehen, München 2013.
8 Vgl. Hartmut Ludwig, Die Denkschrift von Elisabeth Schmitz „Zur Lage der deutschen Nichtarier", in: Elisabeth Schmitz und ihre Denkschrift gegen die Judenverfolgung, aaO., S. 93ff.; S. 94.
9 Vgl. Gerhard Lüdecke, Ein sensationeller Fund in Hanau 2004, in: ebd. S. 20ff.
10 Elisabeth Schmitz, Zur Lage der deutschen Nichtarier, aaO.; S. 199f
11 Elisabeth Schmitz, Zur Lage der deutschen Nichtarier, aaO., S. 210.
12 Vgl. Walter Klaiber, Der Römerbrief, Neukirchen 2009, S. 223.

Nach 50 Jahren erscheint zum ersten Mal wieder eine Jüdische Kinderbibel in Deutschland

Seit 1964 schien die Tradition deutsch-jüdischer Kinder- und Schulbibeln abgebrochen zu sein. Mit seiner Ko-Autorin Hanna Liss, hat Bruno Landthaler für den deutschsprachigen Raum nun diese beeindruckende Torah übertragen. Parascha für Parascha (Leseabschnitt) wird in kindgerechter Sprache die Torah nacherzählt.

Hier der Link: Ariella Verlag

Zur Entführung von Eyal Yifrach, Gilad Sha‘er und Naftali Frenkel

Mit großem Entsetzen und großer Sorge verfolgen wir die Berichterstattung zur Entführung dreier israelischer Schüler. Wir hoffen auf eine schnelle und unversehrte Heimkehr der Jugendlichen und unterstützen die Solidaritätskampagne *Bring back our boys!*

Link: Informationen der Botschaft des Staates Israel

Link: Solidaritätskampagne “Bring Back Our Boys“

Zur Ermordung der drei israelischen Jugendlichen

Die Nachricht über die Ermordung der drei Jugendlichen Eyal Yifrach, Gilad Shaar und Naftali Frenkel macht uns, beim JFDA, zutiefst fassungslos und wütend.

Unser tiefes Mitgefühl gilt den Familien in dieser so schweren und schmerzhaften Zeit. Wir hoffen, dass die Verantwortlichen für diese terroristische Tat schnellstmöglich gefasst und ihrer Strafe zugeführt werden.

Kel Male Rachamim zum Gedenken an die ermordeten israelischen Jugendlichen

Kel Male Rachamim

(G’tt voller Barmherzigkeit)

(Sinngemäße Übersetzung Kel Male Rachamin)

Der Vater des Erbarmens, der in himmlischen Höhen thront, gedenke der Seelen, lass selige Ruhe finden unter den Schwingen der g’ttlichen Majestät, in hohen Regionen der Heiligen und Reinen, die Seelen von Eyal Yifrach, Gilad Shaar und Naftali Frenkel.

Oh Herr der Barmherzigkeit, nimm sie in den Schutz der Fittiche der Ewigkeit und mögen ihre Seelen aufgenommen werden im Bunde des Lebens, vereint mit den Seelen Abrahams, Isaaks und Jakobs, Saras, Rifkas, Rachels und Leas und mit allen frommen Männern und Frauen, denen Seligkeit zuteil geworden ist im Garten Eden. Sprechen wir:

Amen

Chronik 2014 von antisemitischen, rechtsextremen und homophoben Vorfällen

Das JFDA führt täglich ein umfassendes und unabhängiges Monitoring durch und dokumentiert aus uns bekannt gewordenen Pressemeldungen antisemitische, rechtsextreme und homophobe Vorfälle in Deutschland. Aus Platzgründen wird hier auf die Homepage verwiesen, welche die Vorfälle vollständig auflistet.

Jüdisches Forum
für Demokratie und gegen Antisemitismus

Herausgeber und Redaktion:

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) e.V .
Postfach 04 02 07, 10061 Berlin
salomon@jfda.de
www.jfda.de